

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 RM, monatlich 1,10 RM,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 RM pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Verzeichnungs-
 Anstalt. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich: Langzeit
 2 RM, für das übrige Ausland
 3 RM pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Beschlusungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schul-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 28. Oktober 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wahlrechtsraubgelüste.

Unseren herrschenden Kreisen ist's unbehaglich in ihrer Haut. Die Erfolge der Sozialdemokratie machen sie nervös, die Revolutionen im Osten und Westen verbessern die Stimmung nicht. Hinter jedem Streik sehen sie die Hydra der Revolution lauern, und ob von den Schanernmärchen über die Raabiter Vorgänge mehr auf das Konto der Angst oder mehr auf das der kalkülirten Verrechnung kommen, das ist nicht leicht zu entscheiden. Selbst wenn aber die Verrechnung vorwiegend gewesen wäre, sie ist letzten Grundes auch mit der Angst verwandt, sie zeigt, daß die Macht-haber schon die Anwendung verzweifelter Mittel für notwendig halten, um die rote Flut einzudämmen. In dieser Atmosphäre gebehnen die Staatsstreichgedanken und die Pläne auf Wahlrechtsraub. Nicht bloß in den Redaktionsstuben der Rechten reaktionärer Zeitungen, auch in den Amtsräumen preussisch-deutscher Regierungsmänner. Und nicht bloß, um dort als stille Wünsche bewahrt zu werden. Der Kanzler des Deutschen Reiches, der Doktor der Philosophie Bethmann Hollweg ist nicht bloß der Mann der Gedanken. Es drängt ihn nach Taten — er möchte einst in der Weltgeschichte als der Verbesserer des Wertes von Bismarck glänzen, er möchte den unerbittlichen Felserrigieren, den der erste Kanzler nach der Meinung aller Junker und Scharfmacher und nach seiner späteren eigenen Ansicht beging, als er das neue Deutsche Reich durch das allgemeine gleiche Wahlrecht zusammenzuschweißen unternahm.

Von diesem Vorhaben des Herrn Bethmann Hollweg, von seinem Plan auf Beseitigung des demokratischen Reichstagswahlrechts, von seinen — vorerst gescheiterten — Bemühungen, diesen Plan auszuführen, erzählt in seinem eben erschienenen Buche „Unter dem Scheinwerfer“ der Regierungsrat a. D. Rudolf Martin. Herr Martin, der sich durch seine Disziplinärprozesse und durch ein wissenschaftlich unbedeutendes, aber die schlechte Finanzlage Rußlands immerhin scharf hervorhebendes Werk einen Namen gemacht hat, ist ein sehr eifriger Bücherfresser. Er verfügt über eine fruchtbare Feder, die freilich einen sehr mächtigen Stil schreibt, eine wuchernde Phantasie und eine große Unbedenklichkeit, die ihn alles, was ihm just einfällt und was er erfahren hat, zu einem Buche zusammenstopfeln läßt, einerlei, ob ein innerer Zusammenhang besteht oder nicht. So gibt er in seinem neuesten Buche politische Rückblicke, Kritiken, Zukunftspantastien, Kannegiehereien über die Qualitäten deutscher Staats- — pardon Regierungsmänner, Ministerialbureaukratsch, Darstellungen über den Vermögensstand der Plutokraten Deutschlands, Schilderungen der Entwicklung der Motorluftschiffahrt und Phantasien über ihre Einwirkung auf die internationale Politik. Es ist nicht sehr erquicklich, diesen Wust von allerlei vielfach schon längst Bekanntem und Bekanntem, von brauchbarem Material und mehr oder minder lustigen Phantasien zu durchwaden. Aber die eine Stelle, die von den Wahlrechtsraubplänen des Reichskanzlers handelt, verpflichtet, das Buch zu beachten.

Herr Martin erzählt auf Seite 60, am Schlusse eines Kapitels „Die Parteien“, folgendes:

Trotz der Fortschritte der Sozialdemokratie bei den Reichswahlen, dürfte Herr von Bethmann seine Versuche, die Bundesstaaten und das Zentrum für eine Aenderung des Reichstagswahlrechts zu gewinnen, nach den bisherigen Mißerfolgen kaum wieder aufnehmen, bevor die rote Flut das Land überflutet hat. Sollte Bethmann Hollweg die kommenden allgemeinen Reichstagswahlen noch überdauern, so wird er wahrscheinlich den Versuch einer Aenderung des Reichstagswahlrechts erneuern. Ohne Auflösung des Reichstags wird die Aenderung des Reichstagswahlrechts angesichts der rund 150 Sozialdemokraten, 20 Linkliberalen und etwa 30 Nationalliberalen von jungliberaler Gesinnung nicht möglich sein, zumal der größte Teil des Zentrums nach den Wahlen mehr als je für den sozialen und demokratischen Fortschritt und daher für die Aufrechterhaltung des Reichstagswahlrechts eintreten dürfte. Zum Zwecke der Aenderung des Reichstagswahlrechts dürfte dann also Bethmann Hollweg den sogenannten roten Reichstag des Jahres 1911 oder Januar 1912 auflösen. Eine Aenderung des Reichstagswahlrechts ist aber sicher keine glänzliche Wahnpolitik. Dazu kommt, daß die Erneuerung der Handelsverträge immer näher rückt und die Bevölkerung eine Herabsetzung der landwirtschaftlichen Güter mit der Zunahme der Agitation in steigendem Maße wünschen dürfte. Man muß daher mit der Möglichkeit rechnen, daß nach der Auflösung der neuen Reichstag noch zoter wird.

Das Buch des Herrn Martin hat vor etwa vierzehn Tagen die Presse verlassen. Bisher hat noch kein Blatt der bürgerlichen Presse, kein Blatt des Zentrums, keins der offiziellen Organe den Raum und die Zeit gefunden, um zu sagen, ob die Erzählung des Herrn Martin wahr ist oder ob seine Darstellung bestritten wird. Herr Bethmann Hollweg kann, wie wir bei der Königsberger Kaiserrede gesehen haben, unter Umständen sehr schnell in dem Entschluß sein, die Zeitungsschreiber der Regierung in Bewegung zu setzen. Weshalb schweigt er hier? Etwa weil er auch der Ansicht des Herrn Martin ist, daß eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechts keine gute Wahlparole ist, wenigstens nicht für die Regierung und ihre Parteien? Den Grund wird man gelten lassen müssen, aber wenn Herr

Bethmann Hollweg Grund hat, seine Gedanken über das Reichstagswahlrecht und seine mißglückten Versuche, es zu meucheln, vor dem deutschen Volke zu verbergen, so hat dieses um so mehr Grund und Berechtigung zu fragen, was an den Behauptungen des Martinischen Buches daran ist! Daß der Kanzler ein Feind des demokratischen Wahlrechts ist, weiß es freilich seit langem, seit den Tagen, da er sich im Reichstag mit lahmen Wendungen vergeblich gegen die Angreifer zu decken suchte, die ihm nachwies, daß er das höchste Recht des deutschen Volkes geschmäht, daß er grimmige Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht zum Reichs-parlament kundgegeben habe. Daß es sich von diesem Kanzler und von unseren herrschenden Klassen eines guten Tages eines Angriffs auf das bedeutsamste Recht des deutschen Staatsbürgers versehen kann, das ist dem deutschen Volke, das ist besonders dem politisch interessierten Proletariat Deutschlands nicht verborgen. Aber etwas anderes, als wenn dem obersten Beamten des Reichs solche Gedanken über die Grundlage des Reichs in einer Rede zur Verteidigung preussischer Dreiklassenmachts entschlüpfen, ist, wenn dieser angebliche Leiter der deutschen Politik von den Gedanken zu dem Versuch zur politischen Tat übergeht, wenn er versucht, eine parlamentarische Mehrheit für einen Wahlrechtsraub, für eine Entredung der großen Masse des arbeitenden Volkes zusammenzubringen. Denn dann haben die Dinge sich schon viel mehr zuspitzt, als man bisher annehmen konnte, dann ist die Gefahr eines Angriffs auf das Reichstagswahlrecht weit näher als es bislang schien. Allerdings, nach Martin hat Bethmann Hollweg sich beim Zentrum eine Absage geholt. Und Martin meint, es werde dem Kanzler bei dieser Partei in Zukunft mit seinen Versuchen nicht besser gehen. Aber wehe dem deutschen Volke, wenn es auf Zentrumswechsel vertrauen wollte! Die Annahme Martins, daß das Zentrum nach den Wahlen demokratischer werden würde, widerspricht allem, was die neuere Entwicklung der deutschen Politik lehrt. Das Umgekehrte ist zu erwarten und deshalb ist es für die deutsche Arbeiterschaft von brennendem Interesse, zu erfahren, ob der Reichskanzler in der Tat schon praktische Schritte zur Verwirklichung des demokratischen Reichstagswahlrechts unternommen hat!

Und ein großes Interesse, darüber Auskunft zu geben, was das Zentrum! Denn wenn der Kanzler es zum Wahlrechtsraub gewinnen wollte, so hätte es, wenn es ihm ernst wäre mit seinem laut beteuerten Willen, das Reichstagswahlrecht nicht antasten zu lassen, sofort der Öffentlichkeit von dieser Sachlage Kenntnis geben, sofort die Alarmtrommel rühren müssen. Das Schweigen war hier eine indirekte Förderung des Wahlrechtsraubes, das Schweigen machte in solchem Falle das Zentrum zum Hehler des Wahlrechtsraubes!

Wir wissen, daß Herr Martin ein phantasievoller Schriftsteller ist, wir möchten auf die Zuverlässigkeit aller seiner Erzählungen nicht schwören. Aber wir wissen auch, daß Herr Martin als ehemaliger Angehöriger der höheren Bureaukratie wohl in der Lage ist, allerlei aus dem Milieu der Ministerien und der Parlamentscouloirs zu erfahren — neben gleichgültigem Personenlatsch hier und da auch wohl einmal etwas von mehr Bedeutung. Zudem ist seine Behauptung von großer innerer Wahrscheinlichkeit.

Und wenn sie nicht wahr sein sollte, weshalb ist noch kein Dementi erfolgt, weshalb wurde die „Nordd. Allg. Ztg.“ noch nicht bemüht, weshalb hat sich die Zentrums-Presse noch nicht gerührt? Etwa, weil es nichts zu dementieren gibt? Weil man fürchtet, eine Ablehnung könne durch gute Zeugen widerlegt und so erst recht Staub aufgewirbelt werden?

Wir fragen: Was ist an der Sache?
 Das deutsche Volk hat ein Recht auf Antwort, auf unverzügliche Antwort!

Parlamentshausrecht — Kollusionsgefahr.

In der Sitzung der Justizkommission am Donnerstag erneuerte sich die Debatte über das Hausrecht des Parlaments gegenüber dem Eingreifen richterlicher und polizeilicher Beamten. In der ersten Lesung wurde im § 106a festgelegt, daß in den Geschäftsräumen einer gesetzgebenden Körperschaft Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen werden dürfen. Da die Regierung auch in der heutigen Sitzung erklärte, daß hier ein Anlaß zu einem weiteren „Unannehmbar“ für die Verbündeten Regierungen vorliege, griffen die Konservativen diese „Anregung“ auf und forderten mit Unterstützung der Nationalliberalen die Streichung dieser neuen Bestimmung. Die Debatte, in welcher neben unseren Genossen auch die Freisinnigen, das Zentrum und die Polen für die Aufrechterhaltung des Beschlusses in erster Lesung nachdrücklich eintraten, spielte der Fall Erzberger zu wiederholten Malen hinein. Und der Staatssekretär Visco erklärte bei dieser Gelegenheit, daß das damalige Vorgehen gegen den Abg. Erzberger kein ungesetzliches war, sondern auf die bestehenden Bestimmungen gestützt wurde.

Um so mehr lag für die Mehrheit der Kommission die Notwendigkeit vor, den neuen § 106a aufrecht zu halten. Gegen die Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und des Antisemiten wurde der § 106a mit 10 Stimmen beibehalten.

Dagegen lehnte die Kommission gegen die Stimmen unserer Genossen den wieder eingebrachten sozialdemokratischen Antrag ab,

die richterlichen und polizeilichen Vernehmungen phono-graphisch aufzunehmen.

Zu längeren Debatten führte ebenfalls der § 110, der die Bestimmungen über die Kollusionshaft enthält. Hier stellten unsere Genossen Anträge, welche die besonders gefährlichen Vorschriften dieses Paragraphen beseitigen sollten. So sollte nur dann die Haft vorgenommen werden dürfen, wenn bereits Vorstrafen vorliegen, welche beweisen, daß der Verdächtige es unternommen hat, die Spuren der Tat zu vernichten. Auch von mehreren Zentrums-angeordneten wurde herangezogen, daß heute die Kollusionshaft und Fluchtverdachtshaft in ganz unzulässigem Maße angewendet wird und die weitere Forderung des sozialdemokratischen Antrags, daß nur dann der Fluchtverdacht berechtigt ist, wenn ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet, sei durchaus berechtigt, während die Regierungsvorlage schon dann den Fluchtverdacht für begründet hält, wenn u. a. den Umständen nach anzunehmen ist, daß auf eine Strafe von über ein Jahr Gefängnis erkannt werden wird. — Von den Freisinnigen hielt auch diesmal Abg. Müller-Herlorn seinen Widerspruch gegen die Beseitigung der Kollusionshaftbestimmungen aufrecht u. a. hervorhebend, daß nach der bisher festgestellten Zahl der vorgenommenen Kollusionshaftfälle auf einen Mißbrauch der bisherigen Bestimmungen nicht geschlossen werden könnte. — Die Anträge unserer Genossen wurden abgelehnt.

Beim § 110 wurde, gegenüber den Beschlüssen erster Lesung, das Beweisrecht des verhafteten Verdächtigen wieder wesentlich eingeschränkt und verschlechtert.

Die Schiffsabgaben.

Der vielumstrittene Gesetzentwurf zur Besteuerung des Verkehrs ist dem Reichstage nunmehr zugegangen. Das Gesetz bestimmt, daß in allen Häfen und auf allen natürlichen Wasserstraßen Abgaben zu erheben sind für solche Werke, Einrichtungen und sonstige Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind. Die Abgaben sollen in einer Höhe erhoben werden, daß die Kosten der Herstellung und Erhaltung der Anlagen sowie die Unterhaltungskosten nicht überschritten werden. Auf die Höhe der Erhebung von Abgaben insoweit Anwendung, als die Flöße schiffbare Wasserstraßen passieren müssen. In dem Gesetz wird vorgesehen, daß für die Stromgebiete des Rheins, der Weser und der Elbe je ein Stromverband geschaffen wird. Dem Strombauverband, der aus den Vertretern der Regierungen besteht, wird ein Verbot beigegeben, dessen Mitglieder aus den Kreisen der Interessenten zu wählen sind. Preußen hat sich den Vorsitz in den sämtlichen Strombauverbänden vorbehalten. Für die Schiffsabgaben sind 5 Tarifklassen vorgesehen; die Abgaben steigen von 0,02 Pf. in 5 Stufen bis zu 0,1 Pf. pro Tonnenkilometer.

In der sehr umfangreichen Begründung hält es die Regierung für notwendig, ausdrücklich zu betonen, daß der Gesetzentwurf im Bundesrat einstimmig Annahme fand. Das befremdet insofern, als man bisher annehmen mußte, daß namentlich die süddeutschen Staaten für diese neuerliche Belastung des Verkehrs nicht zu haben wären. Es scheint aber, als ob diese Bundesstaaten ihre anfänglich ablehnende Haltung aufgegeben haben, weil ihnen gewisse Konzessionen gemacht worden sind. So wird der Redar von seiner Mündung bis hinauf nach Heilbronn erheblich vertieft und der Main von Aschaffenburg bis nach Frankfurt kanalisiert. Das sind die Konzessionen, die Bayern und Württemberg gemacht worden sind. Was Sachsen bestimmt hat, dem Entwurf zuzustimmen, ist momentan noch nicht bekannt. Die Begründung des Gesetzentwurfs selber geht mit keinem Wort auf die schwere Schädigung des Verkehrs ein, die eine notwendige Folge der Schiffsabgaben sein muß. Man hebt hervor, daß der Ausbau des Wasserstraßennetzes eines der wirksamsten Mittel zur Förderung des nationalen Wirtschaftslebens und deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der inneren Politik sei. Eine Vinsentwahrheit, die die Regierung sich getroßt hätte denken können. Wenn nun aber, so wird weiter ausgeführt, der Ausbau der Wasserstraßen bisher nicht in wünschenswertem Maße erfolgt ist, so liegt das an dem Mangel an Mitteln. Namentlich sei Preußen nicht in der Lage, aus allgemeinen Staatsmitteln weitere Aufwendungen für den Ausbau der Wasserstraßen zu machen. Die Anforderungen, die das Reich und die Bundesstaaten an die Steuerkraft der Bevölkerung stellen, seien derart gestiegen, daß für den Ausbau der Wasserstraßen anderweit Mittel flüssig gemacht werden müssen und das könne nur auf dem Wege der Einberufung von Schiffsabgaben geschehen.

Gegen die Einführung der Schiffsabgaben ist in den Kreisen der deutschen Industrie eine lebhafteste Bewegung entfaltet worden. Es wurde der Nachweis geliefert, daß die Verteuerung der Frachten eine ganz erhebliche sei, und es wurde weiter darauf hingewiesen, daß Preußen offensichtlich die Absicht habe, durch Erhöhung des Verkehrs auf den Wasserstraßen den Staatsbahnen mehr Fracht zuzuwenden.

Es kann auch kaum einem Zweifel unterliegen, daß die kleinen Schiffseigner, die ohnehin vom Wasserstand außerordentlich abhängig sind und oft wochenlang stilliegen müssen, durch diese Schiffsabgaben in ihrem Erwerb und in ihrer Konkurrenzfähigkeit noch mehr geschädigt werden. Das alles beweist,

daß man es in diesem Geß mit einer gewaltigen Erhöhung des Handelsverkehrs zu tun hat, soweit er sich der deutschen Ströme bedient. Der Kampf für und wider die Schiffabgaben wird deshalb auch in der kommenden Reichstagsession zweifellos ein überaus heftiger werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Oktober 1910.

Bodmans Gewaltstreich.

Die Maßregelung Arnspersger ist selbst für preussisch-deutsche Verhältnisse ein widerlich-tüftlicher Streich. Man bedenke, hier wird ein nationalliberaler Parteimann gemäßregelt, ein Mitglied der Regierungspartei, der engere Parteifreund des maßregelnden Ministers, der eingeschriebenes Mitglied desselben Vereins ist, in dem der Gemahregelte gesprochen hat. Und diese Maßregelung erfolgt, weil Arnspersger für dieselbe Großblockpolitik eingetreten ist, als deren Stütze Herr von Bodman der Öffentlichkeit galt und deren Nutznießer das badische Ministerium gewesen ist. Nun wird ein nationalliberaler Vorkämpfer dieser Politik gleichsam aus dem Hinterhalt überfallen und für eine Rede gemahregelt, von der er nicht einmal ahnen konnte, daß sie in die Politik des Herrn v. Bodman nicht mehr passe. Herr Arnspersger erleidet Strafe, weil er die Charakterfestigkeit dieses Ministers überschätzt hat und nicht rechtzeitig erkannt hat, daß diese „komplizierte Natur“ auch vor dem höchsten Gewaltakt nicht zurückzucken, wenn es gilt, die eigene Stellung zu festigen. Diese „komplizierte Natur“ hat sich damit allerdings als sehr einfach erwiesen. Herr v. Bodman wendete an unsere Genossen ein paar schöne Worte, als er glaubte, das Gewinnen ihrer Stimmen werde seiner Karriere nützen, und er zögert keinen Moment, durch eine empörende Tat seine Worte zu verleugnen, sobald er die Ueberzeugung gewonnen hat, auf diese Weise seine Stellung zu festigen. Die „komplizierte Natur“ erweist sich so als struppeliger bureaukratischer Karriere-macher, der sich von einem preussischen Kollegen höchstens durch den Mangel an Offenheit unterscheidet.

Doch über diesen Mann braucht man weiter kein Wort zu verlieren und wir stimmen ganz mit unserem Stuttgarter Parteiblatt überein, das schreibt:

„Die scharfste Kampfsache gegen diesen Minister ist das einzige, was der Würde der sozialdemokratischen Partei entspricht. Jetzt wird sich zeigen müssen, ob der Großblock in Baden eine politische Macht bedeutet. Er ist mit dem Fall des nationalliberalen Arnspersger vor die wichtigste Entscheidung seit seinem Bestehen gestellt.“

Die badischen Nationalliberalen sind natürlich gezwungen, gegen die Maßregelung ihres Parteigenossen Stellung zu nehmen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ konstatiert zunächst, daß diese Maßregelung letzten Endes die national-liberale Partei selbst trifft und spricht dann als einmütige Ueberzeugung der badischen Nationalliberalen folgendes aus:

„Es muß betont werden, daß die Haltung der Regierung in dieser Frage gegenüber den vom Norden kommenden Einflüssen, denen sie sich scheinbar nicht entziehen konnte, einmal ein Unkenntnis der tatsächlichen politischen Verhältnisse und Anschauungen in Baden, zum anderen aber auch eine dauerliche Schwäche gegenüber den größten Gegnern der liberalen Regierung betraf, die man bei einem so modernen und liberal gerichteten Mann, als den das badische Volk in lang-jähriger parlamentarischer Arbeit den Minister v. Bodman kennen lernte, nur bedauern muß, die aber für ihn insofern zu sehr schwerwiegenden Komplikationen führt, als das Vertrauen zur Politik der Regierung stark ins Wanken geraten ist.“

Und der Karlsruher Jungliberale Verein hat eine Resolution beschlossen, in der dagegen protestiert wird, daß den Verwaltungsbeamten noch der letzte Rest staatsbürgerlicher Freiheit entzogen würde.

Wenn aber bei irgend einer Partei, so sind bei der nationalliberalen Worte und Taten zweierlei! Und man wird die Taten abzuwarten haben, um zu sehen, ob es den Nationalliberalen mit ihrem Protest wirklich ernst ist.

Unsere erwägungsvolle Regierung.

Das deutsche Volk kann sich einer Regierung rühmen, die an weiser Voraussicht, Fürsorglichkeit und Geschäftsfähigkeit alle Regierungen der anderen europäischen Staaten um mehrere ansehnliche Ratenlängen übertrifft. Seit ungefähr einem

Jahre steigen die Fleischpreise und über die Notwendigkeit einer Dämpfung der Grenzen für die Vieh- und Fleisch-einfuhr sind unzählige Leitartikel in der Presse erschienen; doch erst jetzt findet die Regierung in ihrer Viehbefähigung die nötige Ruhe, die bekannnten berücksichtigten Erwägungen darüber anzustellen, ob nicht vielleicht die Einfuhr von gekühltem und gefrorenem argentinischem Fleisch in Deutschland unter gewissen Bedingungen und in beschränktem Maße, das heißt in einem Umfang, der den Profitinteressen der viehzüchtenden Agrarier keinen Abbruch tut, gestattet werden könne. Allerdings sofort will sie sich, da Ueberstürzung leicht schaden könnte, auch jetzt noch nicht in solche Erwägungen fügen, sondern erst im nächsten Frühjahr. Zunächst will sie in weiser Geduld abwarten, welche Erfahrungen man in Oesterreich mit der Einfuhr von argentinischem Fleisch macht, dann will sie die österreichische Regierung um Auskunft bitten, darauf nachdrücklich, ob die österreichischen Gesichtspunkte auch für Deutschland Gültigkeit haben, und wenn diese Formalien mit der erforderlichen Gründlichkeit erledigt sind, endlich gewissenhaft erwägen und untersuchen, ob tatsächlich in Anbetracht der vorzüglichen Versorgung der deutschen Schlachtviehmärkte mit vaterländischem Rind- und Hammelvieh eine Einfuhr von argentinischem Fleisch nötig ist und innerhalb welcher Grenzen solcher Import ohne Gefährdung der Volksgesundheit oder, was weit wichtiger ist, des agrarischen Profites möglich ist. So schnell ist also auf die Gestaltung der Einfuhr von gekühltem und gefrorenem Fleisch nicht zu rechnen — möglicherweise im Sommer nächsten Jahres oder noch etwas später.

Das kurioseste an der Sache aber ist, daß die Regierung ihre Absicht, im nächsten Jahre Erwägungen anstellen zu wollen, auch noch als Beweis ihres Wohlwollens für die ärmeren Volksschichten offiziös veründen läßt. Eine hiesige halbhoftige Korrespondenz meldet nämlich:

Die Verusche, die jetzt in Wien mit importiertem argentinischem Fleisch angestellt werden, werden in den deutschen Regierungskreisen mit lebhaftem Interesse verfolgt. Wie wir hören, wird die österreichische Regierung ihre Erfahrungen mit diesen Veruschen, die im Dezember fortgeführt werden, der deutschen Regierung zugänglich machen. Wie es scheint, hat das argentinische Fleisch die gebotenen Erwartungen bis jetzt nicht erfüllt. Eine höchst anerkennenswerte Gründlichkeit, die genügend beweist, welches kostbare Juwel wir an unserer Regierung besitzen. Zwar wird mancher Mörzler meinen, die Regierung könne sich leichter Aufschluß verschaffen, wenn sie eine Studienkommission nach England schickte, das seit vielen Jahren argentinisches Fleisch einführt, von den deutschen General-konsulaten in England Bericht einfordere oder sich auch nur den Bericht der nach England entsandten österreichischen Studienkommission ansehe — doch wer so spricht, der kennt nicht das tiefe gewaltige Verantwortlichkeitsgefühl unserer Herren Minister und ihre zärtliche Fürsorge für Agrarier und Rindvieh.

„Zuverlässige“ Richter.

Vorausichtlich im November werden die Anklagen wegen Landfriedensbruch aus Anlaß der Roabiter Vorgänge zur Verhandlung gelangen. Wir haben dargelegt, daß — ähnlich wie früher politisch zweifelhafte Sachen durch Umstellung der Namen der Angeklagten auf den staatsanwaltlichen Akten an die Graufwetter- oder Dyperrmann-Kammer dirigiert wurden — jetzt, wiederum namentlich der Geschäftsplan bei mehreren Angeklagten die alphabetische Reihenfolge für Bestimmung der zuständigen Kammer maßgebend sein läßt, die Staatsanwaltschaft den Versuch unternommen hat, alle Sachen von der Lieberischen Kammer abzutrennen zu lassen. Wegen das eingeschlagene Verfahren haben die Verteidiger der Angeklagten folgende telegraphische Eingabe an den Justizminister gerichtet:

„In Strafsachen wegen Roabiter Streikunruhen hat Staats-anwaltschaft I gegen jeden Angeklagten besonderes Verfahren eingeleitet und getrennte Anklagen erhoben, hierauf zunächst Anklage gegen Hagen der 4. Strafkammer zur Eröffnung des Hauptverfahrens vor 8. Strafkammer (Vorsitzender Landgerichts-direktor Lieber) gemäß Geschäftsplan vorgelegt. Weitere Anklagen hat Staatsanwaltschaft als Nachtragsanklagen bezeichnet und ebenfalls der 4. Strafkammer vorgelegt. Geschäftsplan schreibt alphabetische Verteilung vor, weshalb 4. Strafkammer verweigert, Hauptverfahren vor 8. Strafkammer auch gegen die Angeklagten zu eröffnen, die nach alphabetischer Folge nicht vor 8. Strafkammer gehören. Darauf verteilte Staatsanwaltschaft die einzelnen Sachen nach der alphabetischen Reihenfolge vor die zuständigen Eröffnungskammern und beantragte bei diesen Verbindung mit der Sache

„alles rein“ ist, das scheint den Herrn Staatsanwalt weniger zu interessieren als die Ueberzeugung einer Polizeivorkaufs, die die gefährdeten Arbeiter eines Schlagwetterwinkels beging, indem sie selbst Lüftungsmahregeln trafen, statt erst (im Akkorde!) dreiviertel Stunden weit zum Steiger zu laufen, der ihnen gefolgt hätte: „Wißt Ihr nicht selbst, was da zu tun ist?“ Aber mit solchen kleinen Advancements blüht der Herr Staatsanwalt sogar bei Herrn Hollender ab.

Herr Hollender ist die Hauptperson in diesem Prozeß. Herr Hollender redet nicht nur oft und viel, um zu zeigen, daß alles in Ordnung war, sondern er leitet auch die Vertretung der Anklage. So wie beim ersten Raddod-Prozeß tritt er ja freilich nicht mehr auf; damals erklärte der verantwortliche Aufsichtsbeamte stolz wie ein Spanier, dem angeklagten Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ mangle ja die nötige Vorbildung, um mit ihm die Sicherheit auf Raddod zu diskutieren. Das hat man dem Herrn Berginspektor schon abgewöhnt. Aber es ist doch interessant, den unausgeglichenen Kontakt zwischen dem Redaktionsdirektor Andree und dem Herrn Aufsichtsbeamten zu beobachten. Wenn Herr Andree z. B. sich darin irt, worüber ein von ihm geführter Zeuge auszusagen soll, gleich bringt ihn Herr Hollender durch leises, aber eifriges Einreden auf die richtige Spur. Auch wenn ein Arbeiter die Rede belächelt, kann man diese Intimen und intensiven Konferenzen beobachten, nach denen Herr Hollender allsogleich das Wort ergreift zu einem Verzicht, solch unangenehme Anklagen zu entkräften. Ist das nicht eigenartig? An Leute, die nichts Schlimmes wissen, hat der Herr Aufsichtsbeamte fast nie eine Frage. Allerdings — auch ihm selb ja nie auf Raddod etwas auf bei seinen 30 Kontrollbefahrungen in eindreiviertel Jahren. Hört man den Herrn Aufsichtsbeamten, möchte man wirklich Raddod für einen Idealbetrieb halten. Staub gab's überhaupt nicht, Schlagwetter nie über das zulässige Minimum. Und daß selbst dann ins Wetterbuch nichts eingetragen wurde, wenn die Arbeiter den Steigern zeigten, daß sich der unheimliche „Popf“ an der Lampe bildete, auch darin sieht der staatliche Aufsichtsbeamte nichts Arges. Zu solchen Eintragungen waren ja die Steiger nicht verpflichtet, wenn sie nur für Abführung der Gase gefolgt hatten. Schade, daß der alte Herr Oberbergat Kalkbrenner trotz aller Bemühungen des Herrn Andree hier die Verordnung nicht anders verstehen will als der Verteidiger Heine. Dann — schließt sich Herr Hollender völlig dem Gutachten des Gutachten des höheren Beamten an.

Es gibt zweierlei Zeugen. Beweis ist es nur Zufall, daß die, die noch auf Raddod sind, nicht von dem häufigen Verlegen der Verleselung, nichts von den starken Schlagwetteransammlungen, nichts von bloß verbeden Hohlräumen, nichts von willkürlichen Bohrerabmessungen, kurz überhaupt gleich jenem, dessen Name Gase ist,

Hagen und Eröffnung vor 8. Strafkammer. Ueber Zulässigkeit dieses Verfahrens soll morgen, Freitag, Besprechung der Strafkammer-Vorsitzenden, vielleicht Präsidial Sitzung, stattfinden.

Als Verteidiger einzelner Angeklagter beantragen wir Staatsanwaltschaft anzuweisen nach Gesetz und Geschäftsplan zu verfahren und jede Maßnahmen zu unterlassen, die die Angeklagten ihrem gesetzlichen Richter entziehen könnten.

Selbst wenn Zusammenhang der einzelnen Sachen bestände, was nicht der Fall ist, wäre Verbindung erst in der Haupt-verhandlung nach § 338 St.-P.-O. möglich. Wäre aber selbst jetzt Verbindung zulässig, so muß nach Geschäftsplan alphabetische Namensfolge der Angeklagten entscheiden.

Verfahren der Staatsanwaltschaft bewirkt Wiederherstellung des Zustandes, zu dessen Vereinerung alphabetische Reihenfolge im Geschäftsplan vorgesehen ist, und ermöglicht gegen Gesetz und Geschäftsplan Auswahl eines bestimmten Richters. Wolfgang Heine, Dr. Hugo Heinemann, Theodor Liebknecht und Dr. Kurt Rosenfeld.

Von einem justizministeriellen Eingriff erwarten wir nichts. Man darf gespannt sein, ob die Unabhängigkeit der Richter stark genug sein wird, um dem Versuch mit Entschiedenheit entgegenzutreten, Angeklagte ihrem gesetzlichen Richter zu entziehen.

Ämtliche Urteilsbriefe!

„Bei Ihrem Namen steht bereits im schwarzen Buch ein Doppelkreuz.“ Mit diesen Worten eines Häschers charakterisiert in seinem köstlichen Poem „Hausfuchung“ der Dichter Franz Xehr. Gaudy das vormärzliche System der polizeilichen Gesinnungsbespitzelung.

Der Vormärz liegt über 60 Jahre hinter uns — aber die Methoden der hohen Polizei „zur Wahrung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ haben sich seitdem nur wenig geändert. Das schwarze Buch für die Leute von unvorschriftsmäßiger Gesinnung existiert heute noch in den Polizeistuben, die Bespitzelung des Bürgers wird noch ebenso eifrig betrieben wie vor 1848, wie wir aus den behördlichen „Feststellungen“ über die Gesinnung der Rekruten wissen. Daß aber diese Feststellungen von einigen Polizeibehörden nicht bloß für die ämtlichen Akten, sondern auch zur Fabrikation ämtlicher Urteilsbriefe gemacht werden, das zeigt das folgende Formular für ein polizeiliches Führungszeugnis, das uns vorgelegt wurde.

J.-Nr. Schinkel, den 19 ..
Zum Schr. vom

geboren

hier selbst wohnhaft

..... ist, wobei mir bekannt,

1. nicht bestraft,

2. an ordnungsfeindlichen Bestrebungen und Vereinen nicht beteiligt gewesen und hat sich

3. in seinen bisherigen Lebensverhältnissen achtbar und unbescholten

geführt,

Der Gemeindevorsteher

(Stempel)

Gemeinde Schinkel

Landkreis Osnabrück

..... J. U.:

..... Lehmann, Polizeordner.

Das Formular war ausgefüllt mit Datum und dem Namen der Person, die sich das Führungszeugnis ausstellen ließ, wir haben diese Angaben hier natürlich fortgelassen.

Ob solche Zeugnisse bloß in der Landgemeinde Schinkel bei Osnabrück ausgestellt werden? Es will uns scheinen, daß die Führung des Formulars auf eine allgemeine Anweisung schließen lasse. Allerdings hat man bisher von solchen Zeugnissen aus anderen Orten nichts gehört — wenigstens seit rund einem Jahrzehnt nicht. Aber liegt das vielleicht daran, daß der Polizeordner zu Schinkel sich vergriffen hat und dem um das Attest Nachsuchenden ein Formular in die Hand gedrückt hat, das nicht zum Verkehr mit dem Publikum, wenigstens nicht mit dem gewöhnlichen Publikum bestimmt ist, sondern zum Verkehr mit Behörden und allenfalls — Unternehmern?

Sollte es sich hier trotz aller Vereinzlung des Falles um eine preussische Eigentümlichkeit handeln? Vielleicht findet das Blatt des Herrn v. Bethmann Hollweg, wenn es gerade mal von der reichsverbändlerischen Beschimpfung der Sozialdemokratie ausruht, die Zeit, Auskunft zu geben, was es mit diesem Schinkeler Formular auf sich hat und ob der preussische Minister mit seiner Verwendung einverstanden ist! Eventuell kann ja auch die ämtliche „Berliner Korrespondenz“ bemüht werden.

Raddod-Prozeß.

Böhm, im Oktober.

„Nu, da habt Ihr eben nicht seriefelt, nicht? Na, und habt auch 'n bißchen seßhaft beim Verlegen der Hohlräume, nicht? Na, darft Ihr 'n dat? So, dat war der Feuertempel, da wißt Ihr nicht von, hm. Nu, jetzt mach'n wa mal ne Pause. Bei der hohen Temperatur ist die achtstündige Schichtdauer schon überschritten. Gerichtsdienster, sorgen Sie mal 'n bißchen für Bewetterung.“

So gemütslich und humoristisch, beinahe ein bißchen pidwisch leitet Herr Landgerichtsdirektor Zimmermann die Verhandlung. Ab und zu gibt's feßliches Schmunzeln über seine echt rheinischen Vonnotts, es ist alles ganz reizend nett und man vergißt momentan vollständig, daß es sich hier um die Urtsachen handelt, die ursächlich das Gebirge über 300 Kohlengräbern zusammenfürgen ließen. ... Aber schließlich, es ist nicht jedermanns Sache, die Dinge so ernst zu nehmen. Und es braucht uns wenig zu kümmern, wie sie der Herr Vorsitzende nimmt, wenn das auf die Verhandlungsführung keinen Einfluß hat. Von dieser aber ist ohne weiteres anzuerkennen, daß sie tadelloß ist. Es bedurfte zwar einer Revision durch das Reichsgericht und seines festes Auftrages, den Beweis nicht bloß für zwei Seiten des Artikels der „Bergarbeiterzeitung“ zuzulassen — aber nun, wo dieser Auftrag ergangen ist, wird dem Beweis keine Schranke gezogen. Und allgemein ist der Eindruck, daß die Rede nicht gefolgt hätte, wenn sie diese Reichsgerichtsentscheidung hätte ahnen können. Denn schon bisher ist weit mehr zutage gekommen, als das Bergarbeiterblatt behauptet hat. Nur die Opfer von Raddod, die kommen lebend nicht mehr zutage.

Nur gelegentlich wird man daran erinnert, daß nicht bloß die Rede gefolgt hat, sondern auch der Staatsanwalt. Stundenlang sitzt der Herr dort völlig ruhig auf seinem Platz im Winkel neben den Richtern, ohne sich bemerkbar zu machen. Und wenn er einmal spricht, so ist das fast immer kurz nach einer Verhandlungspause, die vielleicht auch die Gelegenheit gibt, mit dem Herrn Nebenkläger, dem Redaktionsdirektor und dem Sachverständigen Jg. Berginspektor in Verbindung zu treten. Dann kommt es, bei all der merkwürdigen Sanftmut dieses öffentlichen Anklägers auch vor, daß er sich etwas vorwagt, wenn auch nur, um bekunden zu lassen, daß die Verantwortlichen an dem Unglück unschuldig sind. Es ist dann nicht immer angenehm, vom Vorsitzenden höflich, aber deutlich zurückgewiesen zu werden. Immerhin — daß die Steiger ganz andere Löhne eintrugen, als die Leute wirklich bekommen, daß sie „Vorschieße“ auf schon bezahlte Arbeit von einschaltendem Lohn gaben, daß im Wetterbuch stets und ständig

von nichts wissen — und daß es durchwegs von Raddod abgelehrte Arbeiter sind, die alle diese schlimmen Vorzeichen beobachtet haben. Es kann und darf nur Zufall sein, denn niemals sind Arbeiter hinausgeschoben, weil sie sich belächelten oder belästigende Auslagen in der Untersuchung der Katastrophe machten. Herr Andree widerholt es öfters und sein Unwille stößt es durch Fragen an die noch auf Raddod Verbliebenen unwiderleglich fest.

Aber leider — die Fingen des Angeklagten, der hier zum Ankläger wird, lassen sich nicht irre machen. „Herr Andree, machen Sie doch den Mann nicht dange“, mußte der Vorsitzende gleich am ersten oder zweiten Tage abwehren, als Herr Andree einem unangenehmen Zeugen vorhielt, was er hier beantwortet habe. Meineidsanzeigen scheinen ja denen, die auf Raddod alles stets in Ordnung fanden, geläufig zu sein. Der von Heine abgelebte Sachverständige Berg-rat Riederstein hat gleich gegen zwei der Verurteilten von Raddod Meineidsanzeigen eingereicht wegen der die Rede belastenden Auslagen. Die Staatsanwaltschaft sandte die Anzeigen dem Herrn zurück. Es sollte nicht sein, daß die, die man aus den zusammen-gebrochenen Gebirgsmassen befreit hatte, ins Justizhaus gesperrt wurden. Aber von der Rede flogen fünf Mann der besten Kolonne — wo man ihnen eine Stunde nach ihrer Vernehmung durch die Aufsichtsbehörde vorhielt, das hätten sie nicht zu sagen brauchen.

Doch es nützt nichts. Selbst die Steiger müssen manchmal, wenn die stereotypen Antworten auf die stereotypen Fragen alles in Ordnung gezeigt haben, über und erinnerungslos was dies und das augeben, was die erschütternden, bestimmten Angaben der Arbeiter Thomas, Metlich, Dohmeyer, Pilgrim, Lewandowski usw. bestätigt. Die Rede, denen die Arbeiterlisten, gewiß die des ganzen Raddodreviers, zur Verfügung stehen, kann nur wenige Leute bringen, die sich an die Zustände — nicht entkommen können. Und mehr als einmal konnten ihre Zeugen die Anklage nicht widerlegen, weil sie nicht deren Schichtkameraden, sondern deren „Gegenkumpel“ waren. Dafür hat es sich nun schon einmal ereignet, daß die Zeugen der Rede selbst die Verteidigung auf neue Streifen führten, die bisher noch unbekannt belastende Momente ans Licht förderten.

Mit leidenschaftlicher Spannung, die sich trotz aller Vermahnungen manchmal Luft machen muß, verfolgen Hunderte Bergarbeiter die Verhandlung. Siehend harrten sie dichtgedrängt im Ueberrod auch noch, in dem heißen Saale aus. Akt, neun Stunden im Tage dauert der Prozeß. Die Leute opfern die Ruhepausen zwischen den Sätzen, um dabei zu sein. Und begierig erwarten dröhnen auf den Seiten Tausende und Abertausende die Zeitung. Tua ros agitar — es ist doch ihre Sache, ihr Leben, die Existenz ihrer Lieben, um die in dem Saale dort in Böhm verhandelt wird.

Wer schafft das Gold zutage ...

Stadtverordnetenwahltag in Leipzig.

Leipzig, 27. Oktober.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

In der dritten Abteilung standen bei den heute vollzogenen Stadtverordnetenwahlen acht Mandate zur Wahl. Davon hatte die Sozialdemokratie sieben Mandate zu verteidigen, während das achte bisher von einem Gegner vertreten wurde.

Von einem sozialdemokratisch-nationalliberalen Bündnisplan

Bei der letzten preussischen Landtagswahl mußte dieser Tage die „Dortmunder Zeitung“ zu erzählen. In einer Polemik gegen das bekannte Scharfmacherorgan „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ verteidigte das nationalliberale Dortmunder Blatt die Nationalliberalen gegen den schrecklichen Vorwurf der Stimmgewinnung zum Großblock mit folgender „Entscheidung“:

Die nationalliberale Partei hat selbst um den Preis von zwei sicheren Landtagsmandaten, die ihr 1908 von der Sozialdemokratie gegen entsprechende Wahlhilfe angeboten wurden, nicht eine Minute gezögert, das sozialdemokratische Anerbieten aufs Bestimmteste zurückzuweisen. Sieht das etwa nach liberaler Sozialistenfreundschaft aus?

Freudensprechend drückte die ultramontane „Germania“ diese „Entscheidung“ nach und meinte, sie werde der Sozialdemokratie sehr unangenehm sein, obgleich die Geschichte schon zwei Jahre alt sei. Und höhniisch setzte das Zentrumblatt hinzu:

Das sozialdemokratische Zentralorgan hat den kommunalen Großblock in Dortmund völlig totgeschwiegen, seine Leser haben durch den „Vorwärts“ nie etwas davon erfahren; wird er auch zu der indiskreten Mitteilung der „Dortm. Ztg.“ einfach schweigen? ...

Von dem „kommunalen Großblock“ in Dortmund haben unsere Leser nie etwas erfahren, weil er nicht existiert, weil keinerlei Abmachungen zwischen der Sozialdemokratie und den Nationalliberalen vorliegen. Daß die Nationalliberalen aus Haß gegen das Zentrum darauf verzichtet hatten, in den für die Sozialdemokratie ausschlaggebenden Stimmen eigene Kandidaten aufzustellen, ist den Lesern des „Vorwärts“ nie verheimlicht worden. Auch jetzt liegt gar kein Anlaß vor, ihnen etwas zu verschweigen. Nur möchten wir der Mitteilung der „Dortmunder Zeitung“ sogleich die Erklärung des Zentralvorstandes des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Dortmund-Hörde anhängen, daß die Behauptung der „Dortmunder Zeitung“ unwaar ist und jeder Grundlage entbehrt.

Angst vor Wahlreden.

In der bürgerlichen Presse wird Stimmung dafür gemacht, gleich beim Zusammentritt des Reichstags die Beratungen zu kontingieren. Man weiß darauf hin, daß im Reichstag ohnedies zuviel geredet werde und daß zu erwarten sei, daß im kommenden Winter in der Hauptsache nur Wahlreden gehalten werden. So wird empfohlen, daß eine zweite Rednergarantie nur noch bei besonders wichtigen Fragen angelassen werden solle. So richtig es auch ist, daß die bürgerlichen Parteien sehr häufig lediglich Wahlkreispolitik treiben, so sehr muß es beklammert werden, daß versucht wird, die Redefreiheit im Reichstag einzuschränken, wenn es auch begreiflich ist, daß der Koalition eine gründliche Kritik äußerst unangenehm ist.

Von Kiel nach Frankfurt a. M.

Kiel, 27. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Abgeordnete des Reichstags, Oberlandesgerichtspräsident Peter Spahn ist vom Oberlandesgericht in Kiel an das Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. versetzt worden. An seiner Stelle ist der Landesgerichtspräsident Kirchner vom Landgericht Kassel zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Kiel ernannt worden. Mit der Versetzung nach dem schönen Frankfurt a. M. ist keine Rangserhöhung verbunden. Eine Mandatsniederlegung ist deshalb nicht erforderlich.

Der Lübecker Senat gegen das Koalitionsrecht der Straßenbahner.

In der Versammlung der Lübecker Bürgerschaft, die am letzten Montag abgehalten wurde, brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Genosse Stelling zur Sprache, daß die Arbeiter und Angestellten der Lübecker Straßenbahn einen Vertrag unterschreiben mußten, der den Passus enthält: Die Zugehörigkeit zu einem Handels- und Transportarbeiterverband oder einem sonstigen Arbeiterverband ist verboten. Die Unterchrift wurde den Leuten unter Androhung sofortiger Entlassung abgedrückt. Genosse Stelling kritisierte in scharfster Weise dieses Verfahren, das er als ungesetzlich und an Erpressung grenzend bezeichnete. Senator Straß gab die von Stelling behaupteten Tatsachen zu. Er meinte aber, die Straßenbahner hätten außerhalb der Gewerbeordnung und der Sozialdemokratischen Organisationen nicht angehören dürfen. Wer sich nicht füge, der würde entlassen. Natürlich verurteilte der Mann nicht, das bekannte rechtsverbindliche Märchen vom Terrorismus der Organisation den Vertretern der Spieker aufzutischen.

Wermutswort ist, daß die Freisinnigen sich ausdrücklich mit dem ungesetzlichen Vorgehen des Senats gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter einverstanden erklärten.

Oesterreich.

Der Gewerkschaftskongress in separatischer Veranstaltung.

Wir lesen in der Wiener „Arbeiterzeitung“: Wer erwartet hat, daß die so außerordentlich sachlichen und trotz aller begreiflichen Erregung immerhin maßvoll geführten Debatten des Gewerkschaftskongresses in Prag als ein Zeichen der Friedensbereitschaft erkannt und gewertet werden würden, hat sich geirrt. Das „Bravo Lidu“ bringt Sonntag zwei Artikel, die sich an Festigkeit gar nicht genug tun können und die überdies versuchen, die Motive und die Loyalität des Kongresses zu verdächtigen. Der entscheidende Beschluß des Kongresses wird eine „Quillotine“ genannt und es wird behauptet, sie enthalte ein „dreifaches Diktat“, nämlich: Die autonomen Verbände müssen aufgelöst werden; ihre Mitglieder müssen in die zentralen Verbände hinübergeführt werden und die Verhandlungen darüber müssen spätestens Anfang November eingeleitet werden, also sofort. Von alledem ist das wahr, daß der Kongress wünscht, daß sogleich verhandelt werde, was jeder wünschen muß, der dem selbstmörderischen Jwitz ein Ende machen will, bevor er unheilbar geworden ist. Von einem „Diktat“, einem

„Imperialismus“ der Auflösung steht kein Wort in der Resolution, wohl aber haben Genosse Hueber und andere Redner mehrfach ausgeführt, daß ein solcher Weg zur Schlichtung des Streites ungangbar wäre.

Aber das „Bravo Lidu“ begnügt sich nicht damit, die Tatsachen in follichem Lichte darzustellen, was ihm wesentlich dadurch erleichtert wird, daß es nicht nur höchst lüdenhafte, sondern auch in wesentlichen Punkten direkt falsche und unwahre Berichte veröffentlicht; sollte das bestritten werden, können wir mit schlagenden Beweisen dienen. Schlimmer noch ist, daß abermals von „Regiekunst“ gesprochen wird, daß behauptet wird, es sei ein vorher entworfenen Plan gewesen, daß die Gewerkschaftskommission ihren „ruhigeren und gemäßigteren Antrag“ einbrachte, und daß dann die tschechischen Delegierten, die natürlich maßlos beschimpft wurden, dazu „designiert“ wurden, die dann beschlossene Verschärfung einzubringen. Wer die ersten und zum Teil recht erregten Debatten, die in der Antragskommission geführt wurden, mitgemacht hat, kann über diese dummschöne Verdächtigung nur lachen. Man fragt sich allerdings, an welche tatsächlichen Methoden man in Prag gewöhnt sein muß, wenn immer wieder solche Insinuationen auftauchen können. Schließlich aber hat alles seine Grenze und wir fangen an, diese ewigen Unterstellungen schon ganz gründlich satt zu bekommen.

Wir geben trotzdem noch nicht alle Hoffnung auf. Wenn man in Prag nicht die falschen Berichte des „Bravo Lidu“, sondern die genauen wahrheitsgemäßen Berichte gelesen haben wird, muß man zur Ueberzeugung kommen, daß der Weg zu Verhandlungen frei ist, wenn man in Prag will. Wenn dieser Wille fehlt, dann freilich ist nichts zu machen und die Verantwortung für die Folgen des weiterfressenden Streites wird ungeleitet von den Prager Genossen getragen werden müssen.

Frankreich.

Briand als Scharfmacher.

Paris, 27. Oktober. Die Regierung bereitet drei Gesetze vor zur Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts bei Arbeiterkonflikten, zur strafrechtlichen Verfolgung der Sabotage und schließlich zur Einschränkung des Streikrechts für die Arbeiter von öffentlichen oder vom Staate konzessionierten Betrieben. Viviani werde, so heißt es, den beiden ersten Vorlagen seine Zustimmung geben, soll aber entschlossen sein, der dritten Vorlage nicht zuzustimmen.

Die Meinungsverschiedenheit im Kabinett.

Paris, 26. Oktober. Ministerpräsident Briand empfing heute nachmittag den Arbeitsminister Biviani und den Unterstaatssekretär im Finanzministerium Renault, die beide erklärten, nicht zurücktreten zu wollen. Viviani erklärte außerdem, daß er bis zum gegenwärtigen Augenblick keine Einwendungen gegen die Politik der Regierung zu machen habe.

Möglicherweise werden die Sozialisten Vertagung der Diskussion verlangen, bis die Regierung sich über die der Kammer zu unterbreitenden Vorlagen schlüssig geworden ist. Einen solchen Antrag würde Briand, wie verlautet, kategorisch zurückweisen.

Unstimmigkeiten in der Regierungspartei.

Paris, 27. Oktober. Die Gerüchte von einer im Ministerium herrschenden Uneinigkeit veranlaßten mehrere Kammergruppen, über die Lage zu beraten. In der sozialistisch-radikalen Gruppe bemühten sich die Anhänger Pelletans und Combes gegen das Kabinett Stimmung zu machen. Mehrere Redner kritisierten scharf die Vergangenheit des Ministerpräsidenten und schlugen Resolutionen vor, die ein Misstrauensvotum gegen die Regierung enthalten. So beantragten die Deputierten Rabier und Dumont, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, die wegen des Ausstandes abgesetzten Staatsbahnbediensteten wieder einzustellen und für die Wiedereinstellung der Eisenbahner auf den übrigen Linien einzutreten. Eine zweite, von Thalomas vorgeschlagene Tagesordnung spricht dem Kabinett einen unzweideutigen Tadel aus, eine dritte verurteilt zwar die Sabotage, den Antimilitarismus und alle Gewalttätigkeiten überhaupt, erklärt aber, die Regierung besitze infolge ihrer Vergangenheit keineswegs hinreichende Autorität, die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu beseitigen. Es kam jedoch zu keiner Abstimmung über die Resolutionen, da die meisten Anwesenden vorher die Versammlung verließen. Unter den regierungseindlichen Radikalen herrscht darüber große Erregung. Es heißt, diese erwogen den Plan, eine eigene Gruppe zu bilden, um bei der Abstimmung freie Hand gegen das Ministerium zu haben. Einzelne Deputierte regten in den Wandelgängen der Kammer an, in der heutigen Sitzung die Vertagung der Interpellationsdebatte zu beantragen, angeblich, damit die Regierung die erforderliche Zeit und Freiheit habe, über die vom Ministerpräsidenten vorgeschlagenen „Abfungen“ zu beraten.

Eine gute Antwort.

Rimes, 27. Oktober. Hier ist ein Eisenbahner, der bei dem letzten Ausstand eine führende Rolle gespielt und der Einberufung nicht gehorcht hatte, zum Gemeinderat gewählt worden. Der Präses hat gegen diese Wahl als ungesetzlich (?) Einspruch erhoben.

Spanien.

Gegen ein neues Marokkoabenteuer.

Madrid, 26. Oktober. In der Kammer protestierte Pablo Iglesias gegen die Möglichkeit eines Krieges mit Marokko und gegen die Zahl der in diesem Jahre ausgehobenen Mannschaften. Ministerpräsident Canalejas wandte sich in seiner Antwort gegen die antipatriotische Kampagne, die bis in die Kasernen getragen werde, und gegen die Kampagne, die gegen einen von der Regierung gar nicht geplanten Krieg geführt werde. Dadurch werde auf eine leere Fiktion hin Unruhe in das Land gebracht. Canalejas fügte hinzu, die Nordafrika betreffenden Fragen, die gegenwärtig Gegenstand von Unterhandlungen seien, würden bis zum 15. November gelöst sein.

Generalfreik.

Madrid, 27. Oktober. In Sabadell ist im Anschluß an den Streik der Spinner und Weber der Generalausstand erklärt worden. In einem gestern abend abgehaltenen Meeting schlugen die Redner vor, daß die Streikenden massenhaft nach Barcelona ziehen sollen, um dort eine große Kundgebung zu veranstalten. In Barcelona befristet man, daß der Metallarbeiterausstand von neuem ausbrechen wird.

Portugal.

Die Revolutionskämpfer.

Lissabon, 27. Oktober. Die provisorische Regierung hat erklärt, daß die Kämpfe an den Tagen vom 8. bis 5. Oktober als Heldentaten betrachtet werden sollen. Die Soldaten, die an der Revolution teilgenommen haben und sich Hilfe von Disziplinlosigkeit zu schulden kommen ließen, sind begnadigt worden.

Aus der Partei.

Zum effizienten Parteifreik

geht und aus Wülhausen l. G. eine persönliche Erklärung mit der Bitte um Aufnahme zu, der wir einestimmen:

Genosse Petrotos hat in der nachträglichen Ausarbeitung, die er der Marxinger Schlußrede drei Tage später im Straßburger Parteiblatt zuteil werden ließ und wovon der „Vorwärts“ jetzt den Parteigenossen im Reichskenntnis gibt, die Liebeshörigkeit, von mir zu sagen, ich sei „ein eigenstimmiger, unbefehlbarer Redner, der niemals nachgibt, selbst wenn man ihm hundertmal nachgewiesen, daß er unrecht hat“. In der Ostroidebatte hätte ich in der unverantwortlichsten Weise die Debatte aufs persönliche Gebiet geschleppt.

Ich stelle demgegenüber vor der Partei fest, daß die Ostroidebatte im Elsch durchaus sachlich geführt wurde, bis der Genosse Petrotos mit seinen Freunden im Sozialdemokratischen Verein Straßburg-Stadt zur Vereinstagung der Delegiertenwahl für die Landeskonferenz vom 17. Juli erklärte: Den Wülhausen sei es gar nicht um die Ostroifrage zu tun, die Ostroifrage sei nur Vorwand, in Wirklichkeit sei es „den Wülhausen“ darum zu tun, den Landesvorstand nach Wülhausen zu bekommen. Mit dieser Unterstellung unsachlicher, unklarerer Motive, womit von Petrotos auch sonst im Lande „gearbeitet“ wurde, um sich eine Mehrheit auf der Landesversammlung zu sichern, wurde die Ostroifrage notwendig aufs persönliche Gebiet geschleppt, aber nicht von mir und „den Wülhausen“.

Die von Ostroizungen beauftragte Charakterisierung des Magdeburger Parteitages als Parteitag der „gedrillten Unteroffiziere“ — am Vorabend des Zusammentritts des Parteitages, in der Annahme, die Wülhäuser Programmresolution würde verhandelt und angenommen werden — entspricht denselben Beweggründen. Wir tun hier im Elsch, was wir wollen, die „da drüben“ sind weit! Genosse Petrotos erklärt ja auch in seiner wahrheitsgemäßen reaktionären Ausarbeitung der Marxinger Schlußrede, daß ihn die Annahme der Wülhäuser Programmresolution „falt lassen“ würde. Er handle dann doch „nach Pflicht und Gewissen“, das heißt, er mocht, was ihm beliebt, denn „nur, wenn ein Parteitag in genauer Kenntnis der Sachlage und nach eingehender Beratung aller in Betracht kommenden Umstände gesprochen, nur dann kann ich mich seinem Votum fügen.“ Das ist die Proklamation der Richtunterwerfung, am Vorabend des Parteitages, für den Fall, daß der Parteitag trotz des vorbereiteten Beratungsantrages beschließen sollte. Und das ist nur der Parteigenosse, der mich einen „eigenstimmigen, unbefehlbaren Redner“ schilt! Mein Eigensinn ist der Eigensinn unseres Parteiprogramms, und meine Unbefehlbarkeit liegt darin, daß ich es ablehne, auf kommunalpolitischen Gebieten die indiskreten Steuern in genau denselben Gedankenansätzen und mit ganz ähnlichen Maßnahmsstellungen zu verteidigen, mit denen die Zentralpresse die Reichsfinanzreform des Schapsbloss verteidigt. Ich lehne es ab, gewiß, mich dahin bekehren zu lassen, daß wir auf kommunalpolitischen Boden den Grundfragen ins Gesicht schlagen sollen, die wir in der Reichspolitik gerade jetzt so laut und entschieden vertreten. Und ich nehme für mich in Anspruch, daß ich die Partei nicht schädige, sondern die Interessen der Partei wahre, wenn ich in der „Wülhäuser Volkszeitung“ dagegen Einspruch erhebe, daß in einer Gemeindeverwaltung bei dieser Lebensmittelfteuerung Parteigenossen die höchsten Schatzkassen um das Sechsfache erhöhen: für ein Maß von 25 Pf. auf 1,50 M., für eine Hammel oder eine Ziege von 20 Pf. auf 1,50 M. usw. Das ist in Wirklich geschehen, und das von dem Genossen Petrotos geleitete Parteiblatt hat kein Wort der Kritik dafür gehabt, es hat den Beschluß im Gegenteil zu verteidigen versucht!

Jean Martin.

Aus Industrie und Handel.

Wo lebt man am billigsten?

Interessante Aufschlüsse über diese Frage gibt eine im neuesten Statistischen Jahrbuch des königl. württembergischen Statistischen Amtes veröffentlichte Zusammenstellung über die durchschnittlichen Markt- und Ladenpreise für die wichtigsten Lebensmittel, die in den Jahren 1907 bis 1909 in den verschiedenen Gemeindegroßklassen gezahlt wurden. Es kosteten in den

Table with columns for municipalities (Gemeinden von) and population (Einwohner) and rows for various food items like Dönsfleisch, Rindfleisch, Schweinefleisch, etc., with prices in M. and Pf.

Wir haben in der vorstehenden Tabelle die jeweils höchsten Preise durch Fettdruck ausgezeichnet. Demnach wurden nur für Fleisch, Erbsen, Kartoffeln und Milch in der Großstadt die höchsten Preise bezahlt. Dagegen sind ausschließlich inländisches Schweinefleisch und Eier, Äpfel, die man in der Großstadt am allerbilligsten bekommt. Und auch in übrigen stehen die Großstadtpreise eher unter als über dem Durchschnitt, während die Städte mittlerer Größe im allgemeinen die ungünstigsten Preisverhältnisse aufweisen.

Reform-Zuckererte. Nach den Angaben der Internationalen Vereinigung für Zuckersatistik wird die diesjährige Zuckernernte eine Rekorderte werden. Ihr Ertrag wird auf 7465 Millionen Tonnen geschätzt, während die vorjährige Ernte nur 6081 Millionen Tonnen und die des Jahres 1908/09 nur 5508 Millionen Tonnen erbrachte. An dem glänzenden Resultat des letzten Jahres ist in erster Reihe Rußland beteiligt, dessen Zuckernernte sich fast verdoppelt hat. Außerdem zeigen aber auch Deutschland und Oesterreich Zunahmen der Ernte, während Frankreich hinter dem Vorjahre zurückbleibt. Was die diesmalige Ausbeute der Rüben an Rohzucker und die Höhe der Zuckerausbeute anbelangt, so ist allerdings die durchschnittliche Ausbeute etwas geringer als im vergangenen Jahre. Trotzdem wird auf eine Zuckerausbeute von 2,3 Mill. Tonnen gerechnet gegen 2,0 Mill. Tonnen im letzten Jahre und 2,1 Mill. Tonnen im vorhergehenden. In den Jahren 1906/07 und 1907/08 allerdings hatte die Zuckerausbeute noch mehr betragen, nämlich beide Male 2,4 Mill. Tonnen.

Gewerkschaftliches.

Wo ist Hintze?

Herr Hintze, der „jeden Streik bricht“ und in Moabit die nach dort entwandte Berliner Schuhmannschaft so erfolgreich kommandierte, daß diese sich das besondere Lob ihrer vorgelegten Behörde zu verdienen vermochte, war bekanntlich für die Berliner Polizei unaussprechbar, als derselbe sich vor einiger Zeit in Leipzig wegen Verleumdung verantworten sollte. Ein Wunder ist das freilich nicht, wenn man sich des Eisens erinnert, mit dem die Berliner Behörde sich des so schnell berühmt gewordenen Helden von Moabit nicht annahm. Es ist dem öffentlich nicht widersprochen worden, daß auf der Polizei ein Zettel mit der Adresse des Herrn einfach zerissen worden ist, obgleich der Ueberbringer desselben die in Preußen gewiß nicht nebensächliche Mitteilung machte, daß eben dieser Hintze, dieses „dem Staate so nützliche Element“, ein unsicherer Antonist, ein Heeresflüchtiger sei.

Wir haben keinen Zweifel, daß man sich jedes der Streikenden, gegen den die gleiche Beschuldigung erhoben worden wäre, auf dem kürzesten Wege versichert hätte. Hätte nun gar ein solcher Streikender noch dazu die Verleumdung von Streikbrechern auf dem Herbolze, so wäre er ohne Gnade festgehalten und zur Entgegennahme seiner Strafe vorgeführt worden.

Den Hintze fand die Berliner Polizei nicht. Was ihr aber nicht gelungen sein soll, ist — wie man uns mitteilt — der Militärbehörde möglich gewesen. Hintze soll zurzeit im Infanterieregiment Nr. 151 dienen. Ob die Nachricht richtig ist, vermochten wir leider nicht nachzuprüfen. Vielleicht kann es jetzt die Berliner Polizei, die ja einen Vorführungsbefehl gegen Hintze in Händen hat, den sie — gewiß zu ihrem Verdruß — nicht ausführen konnte.

Dient übrigens Hintze jetzt wirklich, dann dürften sich Kravalle a la Moabit vorläufig bei Streiks nicht wieder ereignen, es sei denn, dieses besonders nützliche Element erhielte von Zeit zu Zeit einmal — Streikbrecherurlaub!

Berlin und Umgegend.

Rißstände im Betriebe der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken (Werk Wittenau), wurden am Mittwoch in einer stark besuchten Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Werkes besprochen. Zunächst bezogen sich die Erörterungen auf das Stöchen der Kontrolluhr nach Feierabend. Bis vor kurzem handelte es sich um die Arbeiter frei, die Kontrolluhr entweder unmittelbar nach Feierabend, also noch im Arbeitszuge, oder erst, nachdem sie sich ausgezogen hatten, also im Strahlangzuge, zu stellen. Der Zweck der Kontrolle wird in beiden Fällen vollkommen erreicht. Neuerdings hat die Direktion angeordnet, daß die Arbeiter im Arbeitszuge die Uhr stellen müssen. Trotz Vorstellung der Betriebskommission ist diese Anordnung nicht zurückgenommen worden. Der Nachteil, den die Arbeiter durch Befolgung dieser Anordnung haben, ist der: Um den nächsten Vorortzug zur Heimfahrt zu erreichen (der folgende Zug geht erst eine Stunde später), müßt sie zur selben Minute die gesamte Arbeiterschaft nach der Kontrolluhr, da entsteht ein unheimliches Gedränge, aber trotz großer Hast verstimmt doch ein Teil der Arbeiter den Zug. Vor dieser Anordnung wickelte sich die Kontrolle wesentlich glatter ab. Die Versammlung beschloß einstimmig, die Kommission soll wegen Zurücknahme dieser Anordnung nochmals vorstellt werden. Wenn diese Vorstellung seinen Erfolg hat, soll vom Montag ab die Kontrolluhr nur noch im Strahlangzuge gestochen werden.

Im weiteren Verlauf der Versammlung kamen noch andere Rißstände von größerer Bedeutung zur Sprache. Vor allem wurde über die Kugelabfuhr geredet. Die dort bestehenden Rißstände werden auf dashalten des Betriebsleiters, Ingenieur Hanusch, zurückgeführt. Herr Hanusch verlangte im Juni, als sich die Konjunktur wieder zu heben begann, daß Ueberstunden gemacht werden. Das lehnten die Arbeiter ab. Sie drangen mit ihrem Vorschlag durch, der dahin ging, drei Arbeitsstunden pro Tag einzuführen, wodurch dieselbe Stundenzahl herauskam wie bei der früheren Arbeitszeit mit Ueberstunden. Ganz besonders klagen die Arbeiter darüber, daß der Betriebsleiter Hanusch seitdem mit Kürzungen der Akkordlöhne vorgeht und daß jeder, der diese Taktik zu durchkreuzen sucht, seine Entlassung zu befürchten hat. Der Betriebsleiter hat eine Anzahl gelber Arbeiter herangezogen, die ihm gefällig sind, und die er gegen die ihre Interessen vertretenden Arbeiter auszuspielen sucht. In der Automatenfabrikerei machte der Betriebsleiter den Versuch, den Einrichter, der sonst besonders bezahlt wurde, in den Akkord der übrigen Arbeiter mit hineinzunehmen, was gleichbedeutend gewesen wäre mit einer Lohnkürzung. Dieser Versuch ist durch den Widerstand der Arbeiter vereitelt worden. In der Kaltpresserei aber ist seit drei Wochen zum Nachteil der Arbeiter das Akkordsystem eingeführt worden. — Als ein schwerer Rißstand wird empfunden, daß die Akkordarbeiter nie wissen, wieviel sie eigentlich verdienen. Die Arbeit wird nach Gewicht bezahlt. Da die Arbeiter das Gewicht nicht feststellen können, so erfahren sie immer erst am Lohnstage, wie viel oder wie wenig sie in der Woche verdient haben. Wer dem Betriebsleiter derartige Rißstände vorträgt und um Abhilfe ersucht, der bekommt die Antwort: Wem es nicht paßt, der kann gehen. — Da also Vorschläge nichts helfen, so sehen sich die Arbeiter genötigt, ihre Klagen der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Außer diesen Uebelständen allgemeiner Art kamen noch manche Einzelheiten zur Sprache, welche den Arbeitern Anlaß zur Klage geben. So wurde berichtet, daß eine bestimmte Arbeit, die sonst von jugendlichen Arbeitern verrichtet worden ist, Erwachsenen übertragen wurde mit dem Bemerkens, sie sollten dabei ebensoviel verdienen wie sie bisher verdient hätten. Als dann der Lohnstag herankam, stellte sich heraus, daß die Arbeiter, die vorher über 30 Mark verdienten, jetzt nur auf 19 Mark gekommen waren. — Ferner wurde angeführt, daß die Schmelzöfen in der Harterei so stark tauchen, daß man Glasaugen und Pferdeaugen haben müßte, um es in dem raucherfüllten Raum aushalten zu können.

Die Jolitzer mit einer Aussperrung bedroht!

Bei der Firma Heinholt u. Co., deren Hauptgeschäft in Hannover 18 Filialen in Deutschland besitzt, ist seit Montag in der Berliner Filiale ein Streik ausgebrochen. Vor vier Wochen begannen die Arbeiter in Hannover den Streik, weil die Firma sich weigerte, über den abgelassenen Tarifvertrag behufs Erneuerung Unterhandlungen mit dem Verbands angaknüpft; sie stellte die bekannte Forderung, nur mit den einzelnen Arbeitern verhandeln zu wollen, wobei der Verband überhaupt nicht in Frage zu kommen habe. Der Kampf in Hannover war schwierig und die Berliner Kollegen kamen zu Hilfe; sie begannen, 20 Mann an der Zahl, den Sympathiestreik. Mehrere Tage vorher verhandelten sie, durch Unterhandlungen die Differenzen zu schlichten. Zuerst wurden sie zum Abwarten veranlaßt, bis sie schließlich am Sonnabend die Antwort erhielten, daß die Firma auch hier nicht mit dem Verbands verhandeln würde. Daraufhin wurde die Arbeit niedergelassen. Heinholt u. Co. stellen es den übrigen Firmen gegenüber so hin, als verhandeln sie nirgends und niemals mit dem Verbands, während in einigen Filialen, zum Beispiel in Dresden, ein Tarifvertrag abgeschlossen worden ist. Ueberhaupt ist man in dem Unternehmerverbände nicht so einig, wie man sich, äußerlich den Anschein gibt.

Die gegenwärtige Situation wurde in einer Versammlung der Jolitzer, die am Mittwochabend bei Obiglo, Schwebler Straße, stattfand, eingehend beraten, nachdem der Referent lange eine genaue Uebersicht über den Stand der Dinge gegeben hatte. Man

war für einen friedlichen Ausgleich der Differenzen, aber die Unternehmer traten plötzlich mit einer Drohung hervor.

Das folgende Schreiben, an die einzelnen Jolitzer gerichtet, die bei Heinholt u. Co. in den Streik traten, wurde in der Versammlung verlesen:

Berlin, den 25. Oktober 1910.

Herrn Jolitzer R. R.

Nachdem Sie trotz unserer gestrigen Besprechung mit Ihren Vertrauensmännern die Arbeitseinstellung ausgesetzt erhalten haben, fordern wir Sie hierdurch nochmals auf, die Arbeit am Donnerstag, den 27. d. M., früh, unter den bisherigen Bedingungen wieder aufzunehmen.

Geschieht dieses nicht, so sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für das Jolitzergewerbe in Berlin ihren sämtlichen organisierten Jolitern am Freitag, den 28. d. M., das Arbeitsverhältnis kündigen werden.

Mit Gruß

Heinholt u. Co.,

Vereinigte Norddeutsche und Dessauer Kieselgur-Gesellschaft.

J. B.: Steinbrück.

Diese Drohung einer Aussperrung wurde teils mit Entrüstung, teils mit Heiterkeit aufgenommen, denn die gegenwärtige Konjunktur ist nicht dazu angetan, daß die Unternehmer große Lust verspüren könnten, die Arbeiter auszusperrten. Diese Drohung bewirkte nur, daß jeder Beschäftigt in bezug auf eine Wiederaufnahme der Arbeit bei Heinholt u. Co. unmöglich gemacht war. Der Streik besteht fort und die Arbeiter werden in Ruhe den Bericht ihres nach Hannover entsandten Geschäftsleiters abwarten, ehe sie weitere Beschlüsse fassen. Einige Redner meinten, daß eine Aussperrung gar nicht so übel wäre, man könnte sich dann geschlossen wieder mal auf neue Forderungen einigen. Jedenfalls hatte die Drohung auch nur als Schreckensmittel jede Wirkung verscheit.

Der Streik der Fleischergehilfen bei der Firma E. Morgenstern, Schererstraße 8, hat die Polizeibehörde auf den Plan gebracht. Den ganzen Tag stehen doppelte Posten vor dem Geschäft. Herr Morgenstern ist in seiner Rot zu einem Rechtsanwalt gelaufen. Dieser hat die Organisation aufgefordert, — Streikbrecher zu liefern! Nachstehendes Schreiben wurde heute der Organisation zugeandt:

Berlin, den 26. Oktober 1910.

An den Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen! Namens und in Vollmacht der Firma Ernst Morgenstern in Berlin, Kaiser-Wilhelm-Straße 20, habe ich Ihnen folgendes zu unterbreiten:

Herr Morgenstern hat heute vormittag 2 Gesellen seiner Wurstfabrik Schererstr. 8 ordnungsmäßig gefündigt. Darauf fordernde die übrigen Gesellen die Wiedereinstellung der beiden gefündigten Gesellen. Als Herr Morgenstern dieses Verlangen ablehnte, haben heute mittag die sämtlichen Gesellen die Arbeit niedergelegt und erklärt, daß sie erst dann wieder die Arbeit aufnehmen würden, wenn Herr Morgenstern die beiden gefündigten Gesellen wieder einstellt. Dieses durchaus ungerechtfertigte Verlangen hat Herr Morgenstern mit Recht abgelehnt.

Ich erlaube Sie hierdurch höflichst, Herrn Morgenstern bis spätestens Freitag, den 28. Oktober cr., mittags 12 Uhr, das für seine Wurstfabrik Schererstr. 8 notwendige Personal, nämlich 10 Gesellen, zur Verfügung zu stellen. Sollten Sie Herrn Morgenstern die gewünschten 10 Gesellen nicht bis Freitag mittag 12 Uhr zur Verfügung gestellt haben, so ist Herr Morgenstern, der natürlich seinen Geschäftsbetrieb nicht brach liegen lassen kann, genötigt, sich anderweitig Personal zu verschaffen.

Die Wiedereinstellung des jetzigen Personals lehnt Herr Morgenstern selbstverständlich ab.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Wolff, Rechtsanwalt.

Zum Verständnis des Vorstehenden sei bemerkt, daß Herr Morgenstern sich erst vor kurzem schriftlich verpflichtet hat, nur organisierte Gesellen zu beschäftigen, was ihn jedoch nicht abhielt, sich einen gelben Erstgehilfen zu nehmen. Erst auf energisches Eingreifen der organisierten Schlichter bin hat er diesen am Mittwoch entlassen. Herr Morgenstern, der sich dadurch in seinem „Herr im Hause-Standpunkt“ gekränkt fühlte, wollte nun offenbar die organisierten Kollegen nach und nach entlassen, was jedoch die Gesellen durch die Arbeitsniederlegung durchkreuzten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zentralverband der Fleischer.

Der Streik in den Deutschen Preßluftwerken in Oberschöneweide ist beendet. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Gegen die Ausbeutung durch die Stellenvermittler.

Das am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft getretene Stellenvermittlungsgesetz sollte bekanntlich den Zweck haben, die Stellensuchenden vor Ausbeutung zu schützen. Im Städtekomplex Hamburg-Altona-Wandsbek haben die Behörden exorbitant hohe Gebühren jäh festgesetzt, so daß die Absicht des Gesetzgebers nicht nur nicht erreicht ist, sondern sogar zum Teil eine größere Ausbeutung der Arbeitsuchenden herbeigeführt wird, als das früher der Fall war. So sind z. B. in Hamburg laut Gebührentarife für das Gastwirts-gewerbe für einen Geschäftsführer oder Portier sage und schreibe 60 M. — zehnmal soviel als in Berlin! — zu zahlen; für einen Oberkellner für Hotel 1. Ranges ebenfalls 60 M., für einen solchen zweiter Güte 40 M., für Zimmerkellner 30 M., für Portiers in Cafés 25 M. usw. Wegen dieses unerhörten Zustands, der noch die Bürgerschaft beschäftigen wird, protestierten am Dienstagabend die Vertreter von mehr als 100 000 organisierten Arbeitern durch Annahme dieser Resolution:

„Die Vertreter der dem Hamburg-Altonaer Gewerkschafts-faktell mit weit über 100 000 organisierten Arbeitern ange-schlossenen Gewerkschaften protestieren entschieden gegen die von den Behörden in Hamburg, Altona und Wandsbek festgesetzten hohen Gebühren für gewerbsmäßige Stellenvermittler.

Das neue Stellenvermittlungsgesetz ist zum Schutz der Arbeits-suchenden gegen Ausbeutung durch die gewerbsmäßigen Stellen-vermittler geschaffen worden und hat den Zweck, die Zahl der gewerbsmäßigen Stellenvermittler zu beschränken bezw. gänzlich zu beseitigen. Dieses ist zweckmäßig aber nur durch Festsetzung möglichst niedriger Gebühren zu erreichen.

Die Verammelten mißbilligen ferner entschieden die ein-seitige Festsetzung der Gebühren von seiten der Behörden ohne vorherige genügende Befragung der beteiligten Gruppen, wie es der Gesetzgeber ausdrücklich gewollt hat.

Die Verammelten erwarten daher von den in Betracht kommenden Behörden Hamburg, Altona und Wandsbek, daß sie die Gebühren für gewerbsmäßige Stellenvermittler entsprechend dem Sinne des Gesetzes ermäßigen bezw. den Berliner Tarif auch für genannte Orte zur Geltung zu bringen.“

Ein Erfolg der Aussperrung.

Die Zahlstelle Mülhausen i. E. des Erd- und Bauhilfsarbeiter-Verbandes hatte beim Schlusse des dritten Quartals 1910, wie der dieser Tage erschnittene Rollenbericht ergibt, 300 Mitglieder, während vor der Aussperrung 351 Mitglieder vorhanden waren. Zahlen sprechen!

In der Pforzheimer Kettenindustrie haben nach einer Umfrage des Arbeitgeberverbandes in 101 Fabriken 921 Arbeiter gefündigt, von diesen haben aber angeblich inzwischen 66 ihre Kündigung wieder zurückgezogen. Man erwartet die Zurücknahme weiterer Kündigungen.

Ausland.

Bevorstehender Bergarbeiterstreik in England.

12 000 Bergleute des Cambriantrusts haben die Einigungs-vorschläge abgelehnt, der Ausstand zum 1. November ist daher unvermeidlich. Mit diesem Tage werden alsdann insgesamt etwa 20 000 Bergleute ausständig sein.

Aus der Frauenbewegung.

Sieg der weiblichen Ketten-schmiede.

Nach einem harten und mühtigen Kampfe endete der Streik der weiblichen Ketten-schmiede in Cradley Heath mit dem Siege der Arbeiterinnen. Man wird sich erinnern, daß es sich bei diesem Ausstand um die sofortige Anerkennung des von dem Handelsministerium für billig erklärten Lohns handelt. Nach dem Befehle über Lohnämter in der Schweißindustrie, das am Anfang des Jahres Wirkfamkeit erhielt, tritt zwischen die Annahme eines Tarifs durch die Vertreter der beiden Parteien im Lohnamt und die obligatorische Einführung der neuen Löhne eine sechsmonatliche Uebergangsperiode, in der nicht alle Arbeitgeber gezwungen sind, die vereinbarten Löhne zu zahlen. Obwohl nun eine Reihe Arbeitgeber in Cradley Heath bereit war, die neuen Löhne, die in manchen Fällen mehr als 100 Proq. höher sind als die alten, sofort anzuerkennen, und obwohl die „Manufacturers“, die in diesem Falle eigentlich nur die Großhändler sind, die den Zwischen-messern (middlemen oder shepends) die fertige Ware ablaufen, versicherten, daß die Industrie von der beschlossenen Lohnerhöhung nichts zu befürchten hätte, weigerten sich viele der Arbeitgeber, den neuen Lohn anzuerkennen, jedenfalls weil sie glaubten, die Ueber-gangsperiode zu einer planmäßigen Ueberproduktion ausnützen zu können. Vielleicht werden auch manche der neueren Meister, die besonders gegen die unmittelbare Anerkennung des Lohns tarifs waren, kein Interesse daran haben, sich vorzeitig zu verhalten zu lassen; denn daß eine Industrie, die auf Kosten einer mühseligen Ausbeutung der weiseloßen Handarbeit lebt, unter den neu geschaffenen Bedingungen eingetretene technische Veränderungen erleben wird, die dem Kleinbetrieb feindlich sind, erklärt sich ohne Schwierigkeit und ohne lange Auseinandersetzung. Unter diesen Umständen haben sich die weiblichen Ketten-schmiede von Cradley Heath der Gefahr ausgesetzt, am Ende der Uebergangsperiode arbeitslos zu werden, und um die Möglichkeit einer Ueberproduktion zu verhindern, traten sie in den Streik, in dem sie von allen rechtlich denkenden Menschen unterstützt wurden.

Nach langem Widerstande beschloß der Verband der Fabri-kanten, die Forderungen der Arbeiterinnen zu bewilligen. Er lud diejenigen unter den Fabrikanten zu einer Sitzung ein, die sich dem Verband nicht angeschlossen haben, und ließ sich von der Gewerkschaft Arthur einen Vortrag halten, in dem diese den Ver-sammelten mitteilte, daß schon 150 Zwischenmeister die weiße Liste, d. h. den Lohns tarif unterzeichnet hätten. In einer Geheime-sitzung der Fabrikanten wurde darauf beschloßen, nur von solchen Zwischenmeistern zu kaufen, die die weiße Liste unterzeichnet hätten, und die noch außen stehenden Arbeitgeber zu beeinflussen, die Liste zu unterzeichnen. Dieser Beschluß beendet zwar den ganzen Ausstand noch nicht, er hat aber den widerpenstigen Arbeitgebern das Rückgrat gebrochen. Etwa 300 Arbeiterinnen, wovon zwei Drittel unorganisiert sind, aber ebenfalls Streikunter-zügung beziehen, werden noch weiter streiken. Während der Dauer des Ausstands sind über dreitausend Pfund Sterling für die Streikenden gesammelt worden. Es sind noch genügend Gelder vorhanden, um auch den nun folgenden Kleinstreik erfolgreich zu Ende zu führen.

Der Streik der Frauen in Cradley Heath ist ein schönes Bei-spiel proletarischer Solidarität. Man muß bedenken, daß er von einer tief stehenden Arbeiterkategorie geführt wurde, die sich bisher zu einer dauernden Organisation als gänzlich unfähig erwiesen hat. Ein Verdienst haben sich auch die Männer und Frauen er-woorben, auf deren Drängen die Lohnämter für die Schweißindustrie eingeführt worden sind und die mit richtigem Blick die Notwendig-keit einer Gewerkschaft erkannten, die den gesetzlich festgelegten Bestimmungen Wirkfamkeit verschaffen kann. Es wäre jetzt zu wünschen, daß unter dem Einfluß der steigenden Löhne die Frauenarbeit, die doch nur wegen der Billigkeit in Anspruch ge-nommen wird, allmählich aus diesem Gewerbe verschwinden wird. Denn die Frau als Großschmied, die den Hammer schwingend und ruhtedeckt am Amboss steht, ist ebensowenig ein Zeichen hoher Zivilisation wie das Bild der Bergarbeiterinnen, die noch vor wenigen Jahren zu Hunderten in belgischen Bergwerken mit Hade und Schaufel nach Kohlen gruben.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Die Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht veranstaltet am Freitag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Kaiserin-Friedrich-Haus, NW, Luisenplatz 2/4 (Platz am Reuen Tor), einen Vortrag über die „Offene Fürsorge für Mütter und Kinder“ (Kindstufstellen, Säuglingsfürsorgestellen, Milchämter, Stillstuben usw.). Referent ist Professor Dr. Casel, der Leiter der 2. städtischen Säuglingsfürsorgestelle und des Kinderasyls in Halensee. Eintritt für Nichtmitglieder 50 Pf., für Mitglieder 20 Pf.

Letzte Nachrichten.

Der Eisenbahnerstreik vor der Deputiertenkammer.

Paris, 27. Oktober. (W. T. G.) Die Besprechung der Inter-pellationen über den Eisenbahnerstreik wurde fortgesetzt. Rognon (Coz.) kritisierte die Verhaftungen und die Verwendung des Heeres bei dem letzten Ausstande. Castelin (Unabh. Rad.) verlangte die Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichts und bat die Regierung, nicht unbarmerzig zu sein gegen Eisenbahner, die ein Recht ungeachtet angewendet hätten, das man erst lernen müsse. Minister der öffentlichen Arbeiten Millerand wies den der Regierung und dem Parlament gemachten Vorwurf der Sorglosigkeit zurück, durch den man den Streik entschuldigen möchte. Millerand erklärte, der Streik sei ausgebrochen, während man sich mitten in Unterhandlungen befand, und habe begonnen, nachdem am Tage zuvor die Nordbahngesellschaft auf dem Depot Vichy einen Minimallohn von 5 Frank bewilligt und der Minister alle von ihm den Angestellten der Staatsbahn gegebenen Versprechen gehalten habe. Die Regierung habe sich von Anfang an einem wohlausgearbeiteten Sabotageplan gegenüber gesehen. Millerand verlas sodann eine Proklamation, in der die Eisenbahner aufgefordert werden, Gruppen zu bilden, die ent-schlossen seien, sofort nach Ausbruch des Streiks das Eisenbahn-materiale für mehrere Tage unbrauchbar zu machen. Die Proklama-tion sei von einem Mitglied des nationalen Eisenbahnindivids unter-zeichnet. Reiner der angeführten Gründe rechtfertigte den Streik. Er sei der Versuch zu einer Mobilmachung der Eisen-bahner für den politischen Streik gewesen. Der Minister schloß, nachdem er auf die Besserung der Lage der Eisen-bahner hingewiesen hatte, mit der Erklärung, die Regierung könne nach Briand's und seinen Worten das Urteil der Kammer abwarten. (Lebhafte Beifall links, im Zentrum und bei einem Teil der Rechten.)

Bouveri (unifizierter Sozialist) griff Briand, der einst selber zugunsten des Generalfreilich gesprochen habe, heftig an. Wir haben Sie damals nach Chalons kommen lassen, rief er, und Ihre Reise bezahlt. Briand erwiderte: Ich kam als Advokat, ich bin immer uneigennützig der Advokat der Niedrigen gewesen. Ich habe gelegentlich über die sozialistische Partei, die damals geteilt war, Erklärungen abgegeben. Ich befand mich mit Millerand und Jaurès, die damals von Ihren heutigen Freunden geschmäht wurden, unter den Reformisten. Ich habe das Bewußtsein, immer der Republik und den Arbeitern gedient zu haben. (Beifall.) Bouveri deutete im Verlauf weiterer Ausführungen an, die Bomben könnten auf Befehl Briand's von der Polizei gelegt worden sein. (Widerspruch.) Vincent (radikaler Sozialist) legte sodann Bervahrung gegen die Entlassungen ein. Man solle die Bes-tigten nicht erschmetern. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Stadtverordneten-Verammlung.

29. Sitzung vom Donnerstag, den 27. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Michaelis eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit dem Ausdruck seines lebhaften Dankes für die ihm zu seinem 75. Geburtstag seitens des Magistrats und seitens aller Gruppen der Verammlung erwiesenen Ehrungen.

Aus der Verlehrsdeputation ausgeschieden ist Stadtv. Dove (A. L.); an seiner Statt wählt die Verammlung den Stadtv. Kelle. Dem Berliner Frauenverein gegen den Alkoholismus soll gegen eine jährliche Anerkennungsgebühr von 1 M. die Errichtung einer Erfrischungshalle zwecks billigen Verkaufs kalter und warmer alkoholfreier Getränke auf dem Spreewaldplatz gestattet werden.

Nach dem Referat des Stadtv. Imberg (A. L.) gibt die Verammlung ohne Diskussion ihre Zustimmung.

Ueber die Ausdehnung der Vorlage 1. wegen anderweiter Festsetzung der Gemeindefachlehrerinnen und Fachlehrerinnen zu gewöhnlichen Pflanzenschädlingen, 2. wegen Festsetzung der Pflanzenschädlinge für das Lehrpersonal an den Gemeindefachschulen berichtet Stadtv. Dr. Krons (Soz.).

Auf Grund des Lehrerbefolgungsgesetzes von 1909 und der Noteile vom 25. Juni 1910 zum Wohnungsgeldzuschußgesetz haben die Aufsichtsbehörden die Pflanzenschädlinge für Berlin dahin festgesetzt, daß an den Gemeindefachschulen ein Rektor 1000, ein Lehrer 800, eine Lehrerin 500 M. jährlich erhalten soll. Der Ausschuh ist einstimmig der Meinung gewesen, daß der Sinn des Gesetzes und die Absicht des Gesetzgebers dahin gegangen sei, die im Gesetze angegebenen Sätze nicht als Normal-, sondern als Mindestsätze, als unterste Grenze für die Pflanzenschädlinge aufzufassen. In dem teuren Berlin müsse man natürlich über diese Mindestsätze hinausgehen, was auch schon 1909 in der Absicht der Verammlung gelegen habe. Der Ausschuh hat einstimmig beschlossen, der Verammlung folgende Beschlufassung vorzuschlagen:

Den Magistrat zu ersuchen, bei dem Herrn Oberpräsidenten von Berlin zu beantragen, daß die Pflanzenschädlinge für die Lehrer auf je 900, für die Lehrerinnen auf je 600 M. festgestellt werde.

Stadthandikus Hirsfelden berichtet darauf, daß gesetzlich eine Mitwirkung der Verammlung bei der Festsetzung der Pflanzenschädlinge nicht vorgesehen ist und hält die angeregte Vorstellung beim Oberpräsidenten für aussichtslos.

Stadtv. Cassel (A. L.) erklärt die Zustimmung des überwiegenden Teiles seiner Fraktion zum Ausdehnungsantrage. Er hält dem Magistrat unter anderem vor, daß nicht einmal die Schuldeputation mit dieser Frage befaßt worden sei. Sehr bedauerlich sei auch, daß der Verammlung nicht vor der Festsetzung der Entschädigungen durch den Oberpräsidenten Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden sei.

Nach einer Erweiterung des Stadthandikus Hirsfelden, der sich darauf beruft, daß es in den Ferien unmöglich gewesen sei, die Schuldeputation zu befragen, bemerkt

Stadtv. Borgmann (Soz.): Zu der Klage, daß die Vorlage nicht erst die Schuldeputation passiert, hat Herr Cassel insoweit keine rechte Veranlassung mehr, als ein solches Verfahren ja nachgerade beim Magistrat zur Gewohnheit wird. Ich bezweifle, daß die Möglichkeit nicht gegeben war, die Deputation während der Ferien zu hören. Auch über die Beschlüsse der Verlehrsdeputation, den Krankenhausemputationen und anderer legt sich der Magistrat fast konsequent hinweg. Da wäre es wohl doch besser, wenn diese Deputationen aufgehoben würden und dem Magistrat allein die Entscheidung und die Verantwortung überlassen würde. Daß in der Zwischenzeit eine Änderung in den allgemeinen Verhältnissen nicht eingetreten sei, ist ganz irrtümlich. In einer uns heute noch beschäftigenden Vorlage, die die Wohnungsgeldzuschüsse der Lehrer an den höheren Lehranstalten betrifft, nimmt der Magistrat eine entgegengekehrte Stellung ein, indem er da anerkennt, daß die allgemeinen Verhältnisse sich wesentlich geändert haben. Der Magistrat wird sich schließlich auch damit vertraut machen müssen, den Mehrbetrag in den Etat einzufügen, und man soll doch nicht abwarten, bis man etwa von anderer Seite dazu gezwungen wird.

Nach einigen Ausführungen des Stadtv. Cassel gelangt der Antrag mit großer Mehrheit zur Annahme.

Ueber die Vorlage wegen Ausführung von Erneuerungs- und Erweiterungsbauten für die Wasserwerke hat ein besonderer

Ausschuh in drei Sitzungen beraten. Es ist schließlich die gesamte Forderung von 5.400.000 M. einschl. des Betrages für die Erweiterung der Seewasserschöpfanlagen beim Werk Müggelsee bewilligt worden, aber es ist in m. g. hat der Ausschuh die folgenden weiteren Beschlüsse vorgeschlagen:

I. Die Verammlung stellt jedoch die Bedingung, daß eine größere Menge Seewasser als gegenwärtig nur dann gehoben wird, wenn dazu ein dringendes Bedürfnis vorliegt. Der Wasserwerksdeputation ist alsbald von dieser Maßnahme Kenntnis zu geben.

II. Die Verammlung ersucht den Magistrat, mit künftiger Befehlsmutung durch die Wasserwerksverwaltung ein Projekt zu einer Dickeranlage auszuarbeiten zu lassen, um durch den Ziegler See ohne Verührung der Inseln Scharfenberg und Baumwerder die Dickeranlage zu führen.

III. Unter Bezugnahme auf die bei Annahme der Scharfenbergvorlage gefasste gleichartige Resolution ersucht die Verammlung den Magistrat, nunmehr schleunigt mit den Arbeiten für das Wasserwerk Scharfenberg zu beginnen.

Nachdem Stadtv. Dr. Sökeland (A. L.) den Ausschuhentwurf als Referent vertreten, fährt

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.) an: Heute wird noch ein oberflächlicher Beurteiler die am 8. September von dem Kollegen Herzberg ausgeführte Anschauung vertreten, daß die Vorlage so, wie sie in den Ausschuh hineinkam, aus demselben wieder herauskommt. In bezug auf die Würdigung des Oberflächenwassers hat der Ausschuh eine durchaus andere Auffassung als der Magistrat festgehalten, und es ist schließlich nur der Intervention des Oberbürgermeisters zu verdanken gewesen, daß ein vermittelnder Standpunkt oblagte.

Den Antrag des Magistrats hat die Mehrheit nur angenommen, weil Oberflächenwasser im alleräußersten Notfall immer noch besser ist als gar kein Wasser. Mit unserer Resolution verfolgen wir aber den Zweck, dafür nach Möglichkeit vorzuzurufen, daß dieser äußerste Notfall überhaupt nicht eintritt. Auf dem Gelände in Heiligensee hat der Magistrat eine unerhörte Saumlage vorgenommen, denn es ist im Ausschuh ausdrücklich festgestellt worden, daß dort, ganz abgesehen von den schwebenden juristischen Streitfragen, für zwei Jahre reichliche Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Trotzdem ist dort kein Spatenstich geschehen, und das, obwohl so große Arbeitslosigkeit herrscht! Das Gelände dort ist 2 1/2 Millionen wert; es liegt seit 2 1/2 Jahren brach und verschlingt kolossale Zinsen, die beinahe die 7/8 Millionen wieder ausgleichen, die wir damals den Spekulant abgehandelt haben. Es ist ferner festgestellt worden, daß wir die Inseln im Ziegler See für die Wasserwerkzwecke überhaupt nicht nötig haben. Wie ist es nun zu machen, den Magistrat zu demüßigen, daß er unseren Wünschen endlich nachkommt? Wie es heißt, soll dafür der Ausdruck „tunlichste Verschleimung“ das geeignetste sein. Ich weiß nicht, ob dem so ist (Weiterer); jedenfalls ist der Ausdruck in dem Ausschuhentwurf nicht in Anwendung gebracht worden. Leider zeigt sich im Bereich dieser Verwaltung auch ein großer Mangel an kaufmännischem Geiste und geschäftlicher Routine, dagegen ein Ueberwuchern bürokratischer Schwerefälligkeit; dieser muß mit Hochdruck entgegengearbeitet werden. Der Ausschuh hat gute Arbeit geleistet, er hat sich bemüht, die beengenden Fesseln wieder gut zu machen, es muß aber auch in Zukunft solchen blamablen Vorgängen vorgebeugt werden. Erheben Sie die Anträge einstimmig zum Beschluß.

Stadtrat Kumschötel entgegnet, daß im Heiligensee sehr eifrig gearbeitet worden sei. Der Erwerb der Inseln ist vorgeschlagen worden, weil man auf diese Weise am sichersten über den See käme; die Durchbahrung habe sehr große Schwierigkeiten.

Stadtv. Dr. Paul (A. L.) wiederholt seine Klage, daß die Wasserwerkverteilung Berlins nicht mit dem gesteigerten Bedürfnis Schritt gehalten habe, und empfiehlt ebenfalls die Ausschuhentwürfe.

Stadtv. Dr. Wehl: Unerreicht Wasserwerkverwaltung fehlt jede kaufmännische Routine; das stelle ich wiederholt fest. Was die technische Seite der Sache betrifft, so habe ich Herrn Geheimrat Kumschötel bisher immer für einen bedeutenden technischen Sachverständigen gehalten; jetzt muß ich auch davon abkommen. (Lachen.) Direktor Eggert hat im Ausschuh doch ausdrücklich erklärt, daß die Regelung der Werke ohne Benutzung der Inseln möglich sei, und jetzt kommt Herr Stadtrat Kumschötel und behauptet das Gegenteil.

Stadtrat Kumschötel: Ich habe die Ausführung gar nicht für unmöglich sondern nur für sehr schwierig erklärt. (Stadtv. Dr. Wehl: Die Schwierigkeiten lassen sich überwinden.)

Darauf wird der Ausschuhentwurf in seinen drei Punkten einstimmig angenommen.

Der Vertrag mit der neuen Gesellschaft „Albuminwerke“ wegen Uebernahme des auf dem Schlachthofe gewonnenen Blutes ist auch aus der abermaligen Ausschuhberatung im wesentlichen unverändert hervorgegangen; nur daß die Vertragsdauer über den mit den „Deutschen Peptonfabriken“ vereinbarten Endtermin von 1915 hinaus nicht bis 1925, sondern nur bis 1920 verlängert werden soll. Die Anträge, welche die Abgabe von Blut eventuell bis zum achten Teil des nicht zur Buchfabrikation verwendeten Blutquantums zur Verwertung für menschliche Nahrungsmittel an Dritte bezwecken, sind im Ausschuh in der Rinderkette geblieben.

Referent ist Stadtv. Dr. Paul (A. L.). Stadtv. Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.) befragt einen Antrag, der diese Blutabgabe wenigstens in den bisher gestatteten Grenzen auch ferner zulassen will.

Stadtrat Fischbeck: Die Stadt muß darüber wachen, was aus dem Blute wird, sie ist aus hygienischen Gründen dazu verpflichtet. Es muß also für eine wirksame Kontrolle gesorgt werden und andererseits darf dem Käufer nicht das Blut entzogen werden. An der weiteren unwesentlichen Debatte beteiligen sich noch die Herren Stadtv. Lohmann (A. L.) und Stadtrat Fischbeck.

Auf eine nochmalige Anfrage des Stadtv. Dr. Kuhlmann erklärt Stadtrat Fischbeck, daß die Verwaltung wie bisher auch in Zukunft bei der Polizei keine Denunziation einreichen werde, wenn ein Schlachter einmal Blut statt zur Buchfabrikation an einen Maler, an eine Hausfrau und dergleichen abgibt.

Stadtv. Dr. Kuhlmann zieht nunmehr seinen Antrag zurück.

Die Vorlage wird hierauf in der vom Ausschuh vorgeschlagenen Fassung angenommen. Die Vorlage wegen Abänderung der Befolgungsordnung für die Lehrpersonen an den höheren städtischen Lehranstalten, wonach unter anderem der Wohnungsgeldzuschuh zu 1/2 der Sätze erhöht wird, welche nach dem Gesetz vom 25. Juni 1910 den Beamten der 4. und 5. Rangklasse und den mittleren Beamten hinfür zustehen soll, wird ohne Debatte genehmigt.

Dem Abschluß eines Vertrages mit dem Eisenbahnfiskus über den Bau einer Fußgängerbrücke über die Ringbahn im Zuge der Greifenhagener Straße erteilt die Verammlung ihre Zustimmung.

Zum Anschuh der auf dem Gelände des alten Botanischen Gartens wieder aufzustehenden Königskolonaden an die denachbarten Häusergruppen mittels Terrassenanlagen sind 65.000 M. erforderlich, die aus dem Staatsbeitrag von 250.000 M. für die Verfertigung der Kolonnaden, aus dem von der Firma A. Wertheim für den Terrassenstreifen an der Königstraße zu zahlenden Betrag und event. aus dem Erlös zweier Parzellen aufgebracht werden sollen, die die Besitzerin jener Häusergruppen die Realcredit- und Immobilienverwertungsgesellschaft, der Stadt abkaufen muß.

Von mehreren Seiten ist Ausschuhberatung beantragt. Stadtv. Silberbrandt (A. L.) stellt die Angelegenheit als durchaus ungeklärt an und hält Ausschuhberatung für absolut erforderlich. Er gibt auf die Befragung des alten Botanischen Gartens und auf die Bodenpreisverhältnisse ausführlich ein.

Stadtrat Kambsau: Der Vordränger hat sich in einer Reihe von Mißverständnissen bewegt. Es handelt sich gar nicht um den Botanischen Garten, sondern um den Zugang zu demselben. Auch die Preisbemängelungen treffen nicht zu. Für eine Vertagung liegt kein Grund vor.

Bürgermeister Dr. Reide: Eine Vorlage über die Ausgestaltung des Botanischen Gartens selbst ist in Vorbereitung und kommt demnächst an die Verammlung.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.): Wir sind für Vertagung der Angelegenheit gewesen, weil der Vorlage die Unterlagen fehlen. Ich gebe aber zu, daß es auch auf dem Wege der Ausschuhberatung möglich ist, das fehlende Material und zur Kenntnis zu bringen. Ueber die 65.000 Mark für den Anschuh fehlt es an jeder näheren Spezialisierung.

Stadtrat Kambsau: Darüber sollen Sie im Ausschuh unterrichtet werden.

Stadtv. Reimann (A. L.) empfiehlt namens seiner Fraktion gleichfalls die Einsetzung eines Ausschuhes.

Stadtv. Borgmann: Ich habe den Herrn Magistratsvertreter so verstanden, daß das Material, was noch fehlt, dem Ausschuh vorgelegt werden soll. (Widerpruch des Stadtrats Kambsau.) Damit ist doch anerkannt, daß die Vorlage nicht genügend begründet ist. Wenn Vertagung angeregt wird, um dem Magistrat Gelegenheit zu geben, die Vorlage zu ergänzen, so ist doch das ein Ent-

schuldig, daß es ihm so spät gelungen ist, fliegen zu lernen, obgleich er doch das Beispiel der Vögel und anderer Flugtiere immer vor Augen gehabt hat. Es lohnt wohl der Mühe, die Gründe dieser Tatsache näher zu untersuchen. Die Zoologie lehrt, daß die kleinste Flügelfläche, die ein Vogel besitzen muß, um sich vom Boden erheben zu können, ungefähr 1 Quadratfuß auf je 2 Pfund des Gewichtes des ganzen Tieres beträgt. Es gibt freilich Vögel, die ausgezeichnete Flieger sind und diese Bedingungen nicht erfüllen. Der Albatros zum Beispiel hat 3 Pfund Gewicht auf den Quadratfuß seiner Flügelfläche. Dafür kann er aber auch vom ebenen Boden nicht aufsteigen, sondern ist genötigt, sich von irgend einem erhöhten Punkt herabfallen zu lassen. Wenn man nun diese Regel auf den Menschen übertragen wollte, so würden unter der Annahme, daß der betreffende Mensch mittsam den Flügeln 220 Pfund wiegt, 100 Quadratfuß oder mehr als 30 Quadratmeter Flügelfläche nötig sein, um ihm ein Aufsteigen vom Boden zu ermöglichen. Daher müssen auch sogar die mit Kraft ausgearbeiteten Aeroplane immer einen Anlauf nehmen, der ihnen eine gewisse Anfangsgeschwindigkeit erteilt. Auf diese Weise ist es möglich, mit einem Quadratfuß Flügelfläche auf 8 bis sogar 3 1/2 Pfund des Gewichtes auszukommen. Daraus ergibt sich aber auch, daß die Menschentrakt allein nicht imstande sein kann, Flügel zu regieren, die zur Ausführung eines vogelartigen Fluges genügen würden. Sind doch auch die großen Vögel wie der Strauß und der Emu oder die noch größeren ausgestorbenen Arten nur befähigt gewesen, ihre Flügel zur Unterstützung beim Lauf zu gebrauchen. Demnach erscheint es undenkbar, daß der Mensch jemals den eigentlichen Vogelstuf solle erreichen können. Mit Flügeln zu fliegen, ist ihm vielmehr erst gelungen, als er leichte Motoren erfunden hatte, die jetzt schon eine Pferdestärke auf nur 3-4 Pfund Gewicht enthalten. Er hat also gewissermaßen seine Muskelkraft künstlich gesteigert. Damit hat er aber sein Ziel auf einem anderen Weg erreicht, als es die Natur vorgeschrieben zu haben schien, denn es gibt keine Tiere, die sich mit Ballons oder Luftschrauben fortbewegen, man mühte denn an die schon von Darwin beschriebenen Spinnen denken, die mit Hilfe des von ihnen verfertigten Gespinnstes eine Art von Ballonfahrt durch die Luft unternehmen. Die einfachsten Vorrichtungen in der Natur sind außerdem die Schwimmblasen der Fische und die Ausstaltung gewisser Samenfrüchte.

Eine neue Luftfahrt über den Ozean. Wellmanns Mißerfolg hat die Pläne, im Lenkballon über den Ozean zu fliegen, eher angepornt als entmutigt. Der Plan eines Münchener Konstruktors, das sich der Unterstützung des Schiffsadmiranten Scharck erfreut, den Ozean durch die Luft zu durchqueren, soll bestimmt im Februar zur Ausführung gelangen. Der Rufos der Münchener Meteorologischen Zentralstation, Dr. M., hat dieser Tage in einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der „Münchener Zeitung“ das Schicksal Wellmanns auf die völlige Mißachtung der Wetterumstände zurückgeführt, außerdem sei sein Ballon schon deshalb technisch unmöglich gewesen, weil er kein leichtestes Motorboot als Gondel gehabt hätte. Nach Dr. M., der als wissenschaftlicher Beirat an

der Expedition teilnimmt, wird die Absicht des „Scharck“ von San Vincente auf den Kap Verdischen Inseln zu erfolgen. Man fährt bis zu den westindischen Inseln mit den Postdampfern, deren gleichmäßige Strömung und Stärke seit Jahrhunderten erprobt ist. In dieser Zeit ist auch keine Gewittergefahr. Die Fahrt ist auf sechs Tage berechnet. Man will täglich 800 Kilometer fahren. Die wissenschaftliche Aufgabe ist in erster Linie die Erforschung des Passates, dann die Erprobung verkehrstechnischer Möglichkeiten. Mit hält es für keine Utopie, von einer künftigen Ueberfliegung des Ozeans in 72 bis 75 Stunden zu sprechen.

Humor und Satire. Guildhall. Herr Präsident von Jagow war jüngst in England — O mores! Wollt London aufstudieren, Die Stadt am Themsestrand — O mores! Doch was sein Ehr dort hörte, Und was sein Ehr dort sah: Es war für stolzen Preußengeist Jubel — o tempo — tempora — — — Und hies verballert stand Der Präsident da!

Er fand, daß Londons Straßen, Nur dienen dem Verkehr — O mores! Dem ganz sich fügt der City Gewalt'ges Schuymannsheer — O mores! Doch als Protestkermessen Beim Umzug nichts geschah, Und kein Volkmen knüppelte — O tempo — tempo — tempora — — — Wie stand perplez erst jetzt Der Präsident da!

„Was Bulldogg — bleibt ein Bulldogg!“ Etch er zum Hall' heraus — O mores! Dann nahm er's steinmüppchen Und foppelte nachhaus — Kapores!

Janus. Notizen.

— Verichtigung. In der Aufführung der H. Elisabeth durch den Volkstheater sang Frau E. Böhm-von Endert die Elisabeth, nicht Fr. König, die vielmehr die Partie der Sophie innehatte.

Kleines feuilleton.

Vollschüler über Religion. Der Mannheimer Stadtvikar Emlein, zugleich Religionslehrer an der dortigen Volkshochschule, hat, wie er in den Monatsblättern für den evangelischen Religionsunterricht mitteilt, am Tage vor der Schulentlassung den von ihm unterrichteten Schülern und Schülerinnen die Frage zur schriftlichen Beantwortung vorgelegt: „Welchen Wert hat die Religion?“ Es sollte ein Versuch gemacht werden, festzustellen, was die Kinder nach achttägigen Religionsunterricht mit ins Leben hinauszunehmen. Das Resultat, das ein sowohl in religiöser, wie in sozialer und psychologischer Hinsicht reichliches Material ergab, war recht interessant: So begannen von 104 Knaben 68 ihren Aufsatz: „Die Religion hat überhaupt keinen Wert“. Hier vor allem zeigte sich die Art der Stellungnahme zur Religion, denn 58 fügten als Begründung hinzu: „denn für unser Geschäft können wir sie nicht gebrauchen“. 25 lebten in der Religion immerhin einen gewissen idealen Wert, der jedoch durch vielerlei Einschränkungen stark verkleinert wird, da man sie nur gebrauchen kann, wenn man alt ist. „weil es einem schlecht geht“, wenn man in der Fremde ist“ usw. Wertige nur 13 im ganzen, sahen die Religion auf als etwas, was man „wissen muß, weil es Gottes Wort“ ist oder weil man „ohne sie nicht in den Himmel kommt“. Entschieden am interessantesten jedoch sind 11 Arbeiten, die den Kontrast zwischen modernem Großstadtleben und der „Religion“, die solches zuläßt, behandelt, und aus dem bloßen Vorhandensein des Glens den Schluß ziehen, daß die Religion „dummes Zeug ist und den Leuten etwas verspricht, damit sie nicht an ihre Not denken; aber es wird doch nicht erfüllt“.

Der vielfach noch bedeutende Unterschied in der „kritischen“ Stellungnahme von männlichem und weiblichem Gemüt und Empfinden zur Religion tritt, wenn man die Antworten der Knaben mit denen der Mädchen vergleicht, deutlich zutage. Von 40 Mädchen schreiben nur zwei: „Die Religion hat keinen Wert“, alle anderen erkennen einen solchen an, können jedoch zunächst nicht angeben, worin er besteht: die Religion hat eben einen großen Wert. Was hat? „Wenn man in Not ist“ — „wenn man krank ist“ — „Etwa 20 meinen: „es gehört sich so“, und es folgt eine Begründung aus dem allgemeinen religiösen Gefühl heraus, man möchte sagen aus Pietät. Fragen und Zweifel aus eigener Beobachtung, wie bei den Knaben, finden sich bei den Mädchen im allgemeinen seltener, was, zieht man doch seit langem und noch bis auf heute übliche Mädchenerziehungssystem in Betracht, ja auch nicht weiter verwunderlich ist.

Wird der Mensch den Vogelflug lernen? Es kann wohl gesagt werden, daß der Mensch bemüht gewesen ist, unter den Anlagen, die ihm die Natur eingepflanzt hat, auch den Nachahmungstrieb zu vervollkommen. Er hat im Laufe der Jahrtausende brav um sich geschaut und manche Fähigkeit, die er an den unbedeutendsten Naturkräften oder an anderen Lebewesen wahrnahm, durch erfolgreiche Nachahmung für seine Zwecke ausgenutzt. Gerade deshalb ist es

gegenkommen gegen ihn. Dafür sollten sich auch die Freunde der Vermittlung der Vorlage in einen Ausschuss entscheiden. Will die Versammlung dann später einen Ausschuss einsetzen, ist das eine Sache für sich. Wir beantragen ausdrücklich die Vertagung.

Der Antrag auf Vertagung wird mit großer Beifall angenommen.

Die zur Kenntnisnahme vorgelegte Denkschrift betr. die Verteilung für die Bewirtschaftung der Güter und Rieselfelder der Stadt Berlin wird auf Antrag des Stadtd. Ladewig (N. 2.) mit Rücksicht auf die vorgeordnete Zeit und die Dringlichkeit der Beratungsgegenstände der geheimen Sitzung (Stadtratwahl) heute nicht mehr in Beratung genommen.

Der Verbreiterung der Röhrenstraße durch Festlegung einer neuen Fluchtlinie auf der Südwestseite zwischen Brommstraße und Mummelburger Platz und dem Anlauf der Grundstücke Mühlenstr. 69 und 69a wird ohne Debatte zugestimmt. Schluß 8 Uhr.

Die Radboder Katastrophe vor Gericht.

Nächster Verhandlungstag.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung ermittelte als zweiter Sachverständiger das Vorstandsmitglied des Steigerverbandes, Rantel, sein Gutachten. Auf Verlangen des Vorsitzenden gibt er an, daß er 20 Jahre praktischer Bergmann gewesen sei, davon zuletzt 6 Jahre Steiger im Dienste der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft. Der Sachverständige führte aus: Wenn ich mich zunächst zu der Frage äußere, ob noch Lebende in der Grube waren, als dieselbe zugebaut wurde, so muß ich diese Frage verneinen. Durch die vielen Brände in der Grube gelegentlich der Katastrophe bildeten sich giftige Rauchsäulen, die bei der engen Ausdehnung der Grube überall hindrangten. Die Verwitterung auf Radbod ist gut gewesen. Die Menge zugeführter guter Luft war ausreichend, aber die Verteilung nicht richtig angeordnet. Bei der großen Förderung auf Radbod ist aber sicherlich unnötig gewesen, so viel Berge zu versehen, wie Kohlen gefördert wurden. Es sind deshalb natürlich Hohlräume geblieben, die ungünstig auf die Grubenverhältnisse eingewirkt haben müssen. Gegen einen forcierten Abbau wird man im allgemeinen nichts geltend machen können, denn schließlich wird doch der Kohlenbergbau in erster Linie betrieben, um Kohlen zu fördern. Eine ständige Veriefelung ist deshalb notwendig. Allerdings leidet unter einer solchen das Gebirge. Es kommt deshalb auch vor, daß höhere Beamte den unteren die Anweisung geben, nicht zu sehr zu rieseln. Daß

Revisionen der Aufsichtsbefehle

angemeldet werden, kommt öfters vor. Mir selbst ist aus der Praxis ein sehr eklatanter Fall bekannt, in dem nach vorheriger Anmeldung des Revisors die Arbeiter von einem Betriebspunkt mit schlechter Wetterung an eine andere Betriebsstelle gebracht wurden, damit der revidierende Beamte nicht auf den schlechten Betriebspunkt aufmerksam wurde. Bezüglich der nicht erfolgten Eintragung der Wahnnehmung von Wetterern muß ich sagen, daß das nach § 31 der bergpolizeilichen Vorschriften vorgeschriebene Wetterbuch auch auf Jede Sollern nicht geführt wurde. Auf die von der Verteidigung aufgeworfene Frage, ob das Wetterbuch von den Arbeitern befreit wird, muß ich allerdings zugeben, daß dies meistens der Fall ist. Wenn die Arbeiter sich beschweren, wird in der Regel erst darüber verhandelt. Es sind auf Radbod auch Fälle von unberechtigtem Einhalten des verdienten Lohnes vorgekommen. In den anderen Punkten schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Werner an. — Vors.: Herr Rantel, hat Ihnen die Verhandlung Aufschlüsse gegeben, ob die Verwaltung an der Katastrophe eine Schuld trifft? — Sachverst. Rantel: Eine Schuld will ich nicht sagen, aber eine Fahrlässigkeit. Es ist nicht alles gegeben, was nach den Verhältnissen hätte geschehen müssen. — Vors.: Herr Werner, glauben Sie ein Verschulden der Verwaltung sehen zu können? — Sachverst. Werner: Im großen und ganzen sind die Verhältnisse auf Radbod nicht schlechter und nicht besser gewesen als anderswo. Hinsichtlich der Behandlung der Beamten durch Herrn Andree waren die Verhältnisse sogar besser als auf anderen Betrieben. Aber die Veriefelung gab Veranlassung zu den besonderen Missetatungen. — Vors.: Meinen Sie, daß die Verwaltung hier ein Vorwurf trifft oder wollen Sie sagen, daß das in den Verhältnissen lag? — Sachverst. Werner: Die Verwaltung hatte die Verpflichtung für eine ordentliche Wasserleitung zu sorgen. — Vors. R. A. Heine: Wenn man alles zusammennimmt, die schlechte Wasserleitung, die „Herdehülle“, die Wetterbildung, den Kohlenstaub usw., kann man dann nicht sagen, daß man nicht mit der Sorgfalt auf die Sicherheitsmaßnahmen bedacht gewesen ist, die man unbedingt beobachten mußte? — Sachverst. Werner: Kohlenstaub und Schlagwetter gibt es ja nicht nur auf Radbod, sondern auch auf anderen Betrieben, auf denen es noch schlechter ist als auf Radbod. — Direktor Andree: Inwiefern habe ich denn fahrlässig gehandelt? — Sachverst. Werner: Die Leitung genügt nicht. Inwiefern Sie beteiligt sind, Herr Andree, das haben Sie mit sich selbst abzumachen.

Als nächster Sachverständiger wird das Vorstandsmitglied des alten Bergarbeiterverbandes, Hansmann, Eichlinghofen, vernommen. Er gibt an, daß er 13 Jahre lang praktischer Bergmann gewesen sei und alle bergmännischen Arbeiten verrichtet habe. Explosionen, wie sie sich auf Radbod ereigneten, müssen ihre Ursache haben. Ich möchte mich dahin zusammenfassen, daß Missetatungen, nicht genügende Kontrolle, Wassermangel, Kohlenstaub, Hohlräume und Wetteransammlungen

zu dem Unglück

geführt haben. Die Missetatungen haben sich auf Jede Radbod zur Gewohnheit ausgewachsen. Zweifellos sind die Schlagwetteransammlungen einer der Missetatungen, die zu dem Unglück geführt haben. Unter Zugrundelegung der uns hier genannten Zahlen kann man annehmen, daß sich an einem der gefährdeten Betriebspunkte etwa 1000 Kubikmeter Schlagwetter ansammeln konnten. Wenn das entzündet wird — auf welche Weise das etwa geschehen ist, kann ich natürlich nicht sagen und nicht wissen — dann mußte es eben zu einer solchen Katastrophe kommen. Ich bin bezüglich der Kontrolle der Aufsichtsbefehle der Meinung, daß sie nicht in genügendem Maße ausgeübt worden ist und mit einem Grund für die Katastrophe bildet. An den gefährlichsten Betriebspunkten hat Berginspektor Hollender zugegebenermaßen nie revidiert. Nach dem Bericht des Oberbergamtes sind im allgemeinen im ganzen Ruhrgebiet die Gruben jeden zweiten Tag zu besetzen. Gefährliche Gruben sollen öfter besetzt werden. Herr Hollender hat erklärt, daß er die Grube Radbod bis zum Unglückstage 30mal revidiert habe. Es läßt sich dann auf jede Woche eine Revision. Sehr bezeichnend ist, daß ein Steiger nicht einmal ein Wetterbuch kannte und auch nicht wußte, wo das so viel genannte Ventil der Wasserleitung sich befand. Ich möchte nochmals betonen, daß bezüglich der Radbodkatastrophe eine Fahrlässigkeit vorliegt. Herr Andree wird mich nun ja zweifellos fragen, warum ich diese Fahrlässigkeit erkläre. Ich möchte daher gleich jetzt die Antwort darauf geben. Man hat auf beiden Seiten die Pflicht, alles zu tun, was im Interesse des Betriebes liegt. Der Arbeiter soll Kohlen liefern, dafür muß die Jochenverwaltung das erforderliche Material an Holz, Licht, Luft, Wasser und Bergen liefern. Verschließt das nicht, so wird das Leben der Arbeiter gefährdet. Deshalb sage ich, die Verwaltung hat fahrlässig gehandelt. Ich kann auch erklären, daß das, was der Angeklagte Wagner in seinem Artikel gesagt hat, nicht zu viel gesagt war.

Als nächster Gutachter wird dann Berginspektor Hollender, Bergverwalter in Hamm, vernommen. Die Wasserleitung in Radbod muß insofern nachsichtig beurteilt werden, als die Erde der Grube außerordentlich groß war. Die Leistungsfähigkeit der Leitung ist aber mehr als ausreichend gewesen. Die Abstellung des Ventils ist allerdings auf eine mangelhafte Instruktion seitens des verantwortlichen Beamten, des verstorbenen Schichtleiters Scheuch zurückzuführen. Richtiger und besser wäre es wohl gewesen, das Ventil über Lage anzubringen. Ich glaube nicht, daß Herr Andree hinsichtlich der Weiterführung irgendein Vorwurf gemacht werden kann. Vielmehr dürfte in dieser Beziehung alles

Erforderliche geschehen sein. Die zugeführte Luft hat alle Betriebspunkte erreicht. Die Weiterführung war reichlich. Ein formeller Vorwurf kann allerdings den Betriebsleitern und Steigern insofern gemacht werden, als sie das nach § 31 der bergpolizeilichen Vorschriften vorgeschriebene Wetterbuch nicht geführt haben. Ein Betriebsführer, der so viele Steiger unter sich hat, ist aber physisch gar nicht in der Lage, die Eintragungen selbst zu machen. Durch diese Übertretung ist jedoch ein Schaden nicht entstanden. Den Standpunkt des Herrn Hansmann bezüglich der Art der Explosion teile ich nicht. Ich sehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß es sich beim Unglück nicht um eine Kohlenstaubexplosion gehandelt hat. Gerade dieser Frage hatte ich meine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Für die Explosion kann überhaupt niemand verantwortlich gemacht werden von denen, die am Schicksal beschäftigt waren. Von irgendwelchen menschlichen Verschulden kann nicht die Rede sein. Die Ursache der Explosion muß allerdings eine Lampe gewesen sein, womit ich jedoch nicht sagen will, daß ein schuldhaftes Verhalten in Frage kommt. Es ist möglich, daß durch einen Zufall einem Mann die Beschädigung seiner Lampe verborgen geblieben ist. Nach meiner Auffassung kann es sich auf Radbod nur um eine reine Schlagwetterexplosion handeln. Dafür spricht auch der Umstand, daß der Schwaden, der am Morgen des Unglückstages dem Kamin entströmte, weißer Wasserdampf war. Auch auf der 2. Sohle habe ich dieselbe Beobachtung gemacht. Der von einer Kohlenstaubexplosion herrührende Schwaden ist stets dunkel. Hansmann hat der Bergbehörde den Vorwurf gemacht, daß die Kontrolle der Grube durch die Aufsichtsbefehle nicht genüge und daß dies in Zusammenhang mit dem Unglück stehe. Die Bergbehörde hier hereinzuziehen sei Unverständnis. Einen schärferen Ausdruck möchte ich nicht gebrauchen. Die Kontrolle auf Radbod ist sehr scharf gewesen. Ich bin mir voll bewußt, daß wir bei den Rettungsarbeiten voll unsere Pflicht getan haben.

Sachverst. Hansmann weist die Bemerkung zurück, daß nur aus Unverständnis der Aufsichtsbefehle wegen mangelhafter Kontrolle ein Vorwurf gemacht werden könne. Herr Hollender habe eine der gefährlichsten Stellen nicht besetzt.

Als letzter Sachverständiger wurde Oberbergamt Ratheuer vom Oberbergamt Dortmund vernommen. Er äußert sich zunächst über die Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes hinsichtlich der Verantwortlichkeit für die Sicherheit der Gruben. Erst seit dem vorigen Jahre ist die Verantwortlichkeit des Bergverwalters gesetzlich geregelt. Dieses Rechtsgesetz bestand zur Zeit der Radbodkatastrophe noch nicht. Anders steht es allerdings mit der moralischen Verantwortung, die damals genau so geregelt war wie heute. Verantwortlich würden die Herren dann sein, wenn sie es an der erforderlichen Sorgfalt hätten fehlen lassen. Man kann da einen Vergleich ziehen zwischen einer ordnungsmäßigen Grube im rheinisch-westfälischen Gebiet und den Verhältnissen auf Radbod. Unregelmäßigkeiten kommen in jeder Grube genau so wie in jedem anderen Betriebe vor. Es kommt darauf an, ob auf Radbod außergewöhnliche Missetatungen bestanden. Bezüglich der Veriefelung schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Hollender an. Ich bin der Ansicht, daß die Wasserleitung den Bedürfnissen entsprochen hat. Aber es dürfte wohl an einigen Einzelheiten gefehlt haben. In dieser Beziehung trifft aber die Jochenverwaltung kein Vorwurf. Bezüglich der Gefährlichkeit der Hohlräume muß ich sagen, daß allerdings solche Hohlräume zu vermeiden sind. Aber es ist nicht festgestellt, daß man es hier an der nötigen Sorgfalt hätte fehlen lassen. Bezüglich der Eintragung der Wetter in das Wetterbuch liegt zweifellos ein totaler Verstoß gegen die bergpolizeilichen Bestimmungen vor. Wenn es richtig ist, daß hinter einem Wetterverfälscher gearbeitet wurde, halte ich das für verächtlich. Ich halte es nicht für zulässig, längere Zeit hinter einem Verstoß zu arbeiten zu lassen. Herr Hansmann hat dann gesagt, daß die Bergbehörde nicht dahin komme, wo es gefährlich sei. Da sehe ich auf einem abweichenden Standpunkt. Man kann von der Bergbehörde nicht verlangen, daß sie innerhalb zweier Monate sämtliche Betriebspunkte einer Grube besetzen kann. Ich habe einige Mängel vorgetragen. Aber sie treffen nicht Herrn Direktor Andree. Wenn ich die Frage beantworten soll, ob die Jochenverwaltung eine Schuld trifft an dem großen Unglück, so muß ich sagen, in dieser Beziehung sind keinerlei Beweise erbracht. Man kennt die Ursache des Unglücks nicht und soll sich deshalb auch hüten, irgend jemand eine Schuld beizumessen.

Hierauf ergriff Staatsanwaltschaftsrat Hartmann das Wort zur Begründung der Anklage. Er geht die Beweisführung durch und kommt zum Schluß, daß das inkriminierte Gespäch nicht stattgefunden hat. Insbesondere habe auch die Verhandlung ergeben, daß Direktor Andree seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Dem Angeklagten müsse der Schutz des § 193 gewährt werden, aber es müsse auch beachtet werden, daß die gegen Direktor Andree erhobene Beleidigung sehr schwerer Natur sei. Wenn auch die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt hätte, würde er eine höhere Strafe beantragen. Da das nicht möglich sei, beantrage er die alte Strafe von dreihundert Mark Geldstrafe und den üblichen Nebenstrafen.

Nach kurzen Ausführungen des Nebenklägers Andree, der sich vorwiegend mit den technischen Fragen beschäftigte, die in den Gutachten gestreift waren, vertritt der Anwalt des Nebenklägers Dr. Köttgen in eingehender Weise die Anklage. Es sei von den Zeugen, die der Angeklagte gestellt hat, zweifellos bei der Besprechung der Missetatungen bedeutend übertrieben worden, wenn sie auch das Gefühl hatten, die Wahrheit zu sprechen. Die fortgesetzten Debatten über Radbod in den letzten zwei Jahren mögen die Zeugen in ihrer Ansicht bestärkt haben. Das inkriminierte Gespäch ist in keiner Weise erwiesen worden. Verwundert sei, daß, wenn die Missetatungen auf Radbod so groß gewesen wären, wie Zeuge Thomaß und andere Zeugen behaupten, daß sie dann über ihre Entlassung von Radbod so entrüstet seien. Der Vertreter des Nebenklägers schließt sich dem Antrag des Staatsanwalts an, da eine andere Strafe nicht möglich sei.

Die Weiterverhandlung wird auf morgen (Freitag) vertagt.

Die Grundkatastrophe in der Wäschefabrik Arndt vor dem Forum der Öffentlichkeit.

Am Mittwoch fand im „Schweizer Garten“ eine öffentliche Versammlung statt, in der das entsetzliche Brandunglück in der Wäschefabrik von D. Arndt, bei dem sieben Arbeiterinnen einen grauenhaften Tod fanden, einer eingehenden Besprechung unterzogen wurde. Die Versammlung, die der Verband der Schneider und Wäschearbeiter einberufen hatte, war überaus stark besucht, so daß in dem großen Saale noch viele Besucher stehen mußten. Das Frauen- und Mädchen-Weibchen bildeten, konnte bei der Art der Branche und nicht minder infolge des Umstandes, daß gerade sieben arme Wäschearbeiterinnen dem grauenhaften Unglück zum Opfer gefallen waren, nicht verwunderlich sein. So hatte denn auch der Referent W. Gue ein aufmerksames Auditorium, als er auf das schreckliche Ereignis einging und eine erschöpfende Darstellung von dem betreffenden Betriebe gab. Mit gründlicher Sachkenntnis unterzog der Redner die Verhältnisse, die dort vor dem Brande herrschten, einer erdärmungslosen Kritik und zeigte, wie kapitalistische Sorglosigkeit solche Ereignisse ermöglichen, ja geradezu begünstigen. Nach dem Wilde, das der Redner entwarf und das er durch Verweise und Tatsachen wirksam unterstützte, unterliegt es keinem Zweifel, daß in dem unglückseligen Betriebe in geradezu kräftiger Weise gesündigt worden ist. Es liegt klar auf der Hand, daß auch nicht die primitivsten Missetatungen getroffen waren, um einem solchen Unglück vorzubeugen oder bei vollendeter Tatsache Menschenleben zu retten. Die vorhandenen Ausgänge waren nicht zu öffnen oder teilweise verstellt. Wie die Firma behauptete, hätte sich das Personal noch retten können, wenn es die richtigen Wege eingeschlagen hätte. Das sei ganz schon gesagt, in Wirklichkeit habe die Firma ihr Personal niemals instruiert, wo es im Notfall sich hinwenden müsse. Die Firma oder ihre verantwortlichen Vertreter hätten die nötige Information unterlassen; deshalb treffe sie auch der schwere Vorwurf, mitschuldig zu sein an dem tragischen Ausgang dieses Unglücks. Er, Redner, könne nicht, wie

die Firma es versucht, dem Personal die Schuld aufzubürden. Es werde auch gesagt, die Arbeiterinnen hätten ihre Plätze sofort verlassen sollen. Wer jedoch die strenge Handhabung der Hausordnung, den steten Antriebe zur Arbeit, sei es durch die Vorgesetzten wie durch die Weisheit der Arbeit in solchen Fabriken kenne, der wisse, daß dies besser gesagt als getan sei. Obendrein war in jener Woche ein Feiertag gewesen, Freitag war es auch schon, alles erklärliche Gründe dafür, daß die Arbeiterinnen in fieberhafter Eile tätig waren. Daß die Arbeiterinnen in der Hast versuchten, sich noch anzuziehen, sei auch nicht verwunderlich, wenn man bedenke, daß sie die Befehle nicht in ihrer ganzen Tragweite ergriffen und wußten, was ihnen drohte. Die Arbeiterinnen in fieberhafter Eile tätig waren. Daß die Arbeiterinnen in der Hast versuchten, sich noch anzuziehen, sei auch nicht verwunderlich, wenn man bedenke, daß sie die Befehle nicht in ihrer ganzen Tragweite ergriffen und wußten, was ihnen drohte. Die Arbeiterinnen in fieberhafter Eile tätig waren. Daß die Arbeiterinnen in der Hast versuchten, sich noch anzuziehen, sei auch nicht verwunderlich, wenn man bedenke, daß sie die Befehle nicht in ihrer ganzen Tragweite ergriffen und wußten, was ihnen drohte.

Jedoch nicht nur bei der Firma Arndt habe es mit den Sicherheitsmaßnahmen so schlecht gestanden, nein, fast überall herrschten dieselben oder noch weit schlimmere Zustände. Bei einer Firma wurde anlässlich des Unglücks versucht, die Notausgänge zu benutzen. Die erste Tür ging wohl auf, aber die anderen waren nicht zu öffnen, kein Schlüssel schloß. Auf der Treppe lagen die Abfälle sehr hoch. An einer Stelle wären die Arbeiterinnen, wie es sich zeigte, bei einem Unglück, wie in einer Raufschale gefangen. Wo anders war der Notausgang mit einem Regal verstellt, das mehrere Männer nur unter großer Mühe wegrücken konnten. Auch lagen Heizungsrohre davor. In einer Fabrik müßte das Personal erst durch das Kontor und die Lagerräume, und die Klätterei in die Hofschleife, bis sie eine Türe fänden, die übrigens verschlossen ist, der Schlüssel liegt im — Kontor! Als die Leute jetzt reklamieren wurden sie angefahren: „Was geht das Euch an?“ — An anderer Stelle tragen die Beauftragten die Schlüssel zu den Notausgängen in der — Tasche mit herum. Bei einer Firma ist Revision. Ein Mädchen bringt schnell, ehe der Besuch kommt, den Schlüssel. Kaum ist dieser weg, holt das Mädchen den Schlüssel wieder fort. Eine Firma hatte den Notausgang mit Brettern vernagelt (!), auf Gebot der Polizei diese entfernt, aber die Türe ist auch jetzt nicht zu öffnen. So sehe es überall aus. Die Behörde sehe selten etwas. Jetzt sei es etwas schärfer mit der Kontrolle und nach einigen Wochen ist jedoch der alte Schlandrian wieder da, wenn die Arbeiter nicht selbst aufpassen. Auf die Polizei und die Unternehmer könnten sie sich nicht verlassen. Wenn ein Schuttmann käme, werde er freundlich im Kontor empfangen. Dann kommt auch der Leutnant und der Inhaber oder Prokurist begleitet ihn und alles ist gut und schön. Kein Arbeiter kann an den Beamten heran, wenn er nicht seine Entlassung riskieren will. Redner teilt ein für die heutigen Betriebs-Revisionen geradezu erschütterndes Material von Vertriebs-Revisionen mit, die beweisen, daß hier eine grundsätzliche Änderung eintreten muß. Selber müßten aber die Arbeiter kämpfen und eintreten für ihre Sache, organisieren, zusammenschließen, um selber ihres Glückes Schmied zu sein (Stürmischer Beifall).

In der Diskussion hielt Walder Manasse an die Anwesenden noch eine wirkungsvolle Ansprache und Genossin Schulte-Rigdorf feuerte besonders die Frauen zu tätiger Mitwirkung an.

Nachdem noch Tins auf den Streik in Bielefeld hingewiesen und die Anwesenden ermahnt hatte, auf Streikarbeit zu achten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, am 27. 10. 1910, im „Schweizergarten“ tagende Versammlung der Berliner Wäschearbeiter und -Arbeiterinnen spricht tief ergriffen den Hinterbliebenen der unglücklichen sieben Opfer der Brandkatastrophe in der Fabrik Arndt das herzlichste Beileid aus. Sie verurteilt in Empörung die Unterlassung der elementarsten Vorsichtsmaßnahmen gegen die Feuergefahr seitens des Betriebsinhabers. Sie verurteilt ferner die Passivität der revidierenden Behörden. Die Versammelten erklären, daß das selbe Unglück in seinen schrecklichen Folgen in jeder anderen Wäschefabrik Berlins hätte eintreten können.“

In der Erkenntnis, daß eine kräftige Organisation der Arbeiterchaft die beste und wirksamste Aufsichtsbehörde gegen die Unterlassungssünden der Unternehmer darstellt, verpflichten sich alle Versammelten, soweit es noch nicht geschehen, für den Ausbau des Verbandes der Schneider und Wäschearbeiter mit aller Kraft Sorge zu tragen.

Soziales.

Kinderabendentung in der Landwirtschaft.

Wiederholt ist selbst von verständigen bürgerlichen Sozialpolitikern auf die Schädlichkeit des Hütewesens der Kinder auf dem Lande hingewiesen und wenigstens allmähliche Einschränkung desselben verlangt worden. Endlich hat sich nun auch die Regierung dazu aufgeschwungen, Stellung dazu zu nehmen.

In einer längeren Zuschrift hat die dem Landwirtschaftlichen Zentralverein zu Gumbinnen davon zu überzeugen versucht, daß die Verwendung schulpflichtiger Knaben zum Hüten des Viehes für diese sehr häufig mit großen Nachteilen und Schäden für ihre geistige Entwicklung und für ihre sittliche Bildung verbunden sei. Sie wünschte Stellungnahme zu der Frage, da sie die Absicht hat, nach Möglichkeit die Ausstellung von Hütetcheinen einzuschränken. Der Zentralverein hat diese Angelegenheit den Kreisvereinen unterbreitet. Einer dieser Vereine hat sich bereits mit dieser Sache befaßt und folgenden Beschluß gefaßt:

„Die bestehenden ländlichen Verhältnisse bedingen die weitere Verwendung von Hütetcheinen in den landwirtschaftlichen Betrieben in der bisherigen Weise auf unabsehbare Zeit. Auch erscheint die Erteilung der Hütetcheine im Interesse der Arbeiterfamilien mit zahlreichen Kindern geboten.“

Ähnlich wie dieser, werden auch die übrigen Interessentenvertreter der Junter entscheiden. Und die Regierung wird es nicht wagen, gegen den Willen dieser Nachhaber die ländlichen Proletarierkinder vor der Ausbeutung derselben zu schützen. Die schulpflichtigen Kinder und alten Greise bleiben nach wie vor der Profitsucht der Agrarier ausgeliefert.

Langst hat sich die von den Juntern gefesselte Regierung gegen die Heranziehung der Volksschullehrer zum Amt eines Schöffen und Geschworenen erklärt, weil die Kinder sonst des geistigen Brotes entbehren müßten. Dieselbe Regierung stellt Hütetcheine aus, auf Grund deren die Kinder dem Unterricht ferngehalten werden und gestattet, daß auf Wunsch des Grundbesitzers allgemeine Schulferien eintreten, während

welcher die kleinen Kinder zum Ruhen des Großgrundbesitzers sich abradern müssen. Vor 8 Jahren ist vom Reichstage eine Enquete über die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in der Landwirtschaft verlangt. Wann wird diese endlich erscheinen und wann endlich wird das von der sozialdemokratischen Fraktion seit Jahrzehnten verlangte gesetzliche Verbot der Ausbeutung der Kinder im landwirtschaftlichen Gewerbe ergehen?

Die städtischen Gaswerke vor dem Gewerbegericht.

Eine winzig kleine Ursache, nämlich 18 Pf., führte gestern die Verwaltung der Gaswerke der Stadt Berlin als Verklagte vor das Gewerbegericht. Der Klempner W. war in Verfolg eines Streites mit dem ihm vorgelegten Meister über die letzte Lohnabrechnung noch mehr als einjähriger Beschäftigung entlassen worden, bevor die ihm im Abordlohn übertragene Arbeiten fertiggestellt waren. Er verlangte deshalb Auszahlung der für die Arbeit festgesetzten gesamten Lohnsumme von 89,50 Pf. Die verklagte Verwaltung führt ihren Antrag auf Abweisung mit dem Einwand, der Kläger habe den Meister beleidigt.

Die Verhandlung ergab folgenden Sachverhalt: Der Kläger, der hauptsächlich gegen Abordlohn beschuldigt war, hatte auch hin und wieder Arbeiten im Zeitlohn auszuführen. Hierfür wurde er mit 58 Pf. pro Stunde entlohnt. Auch in der letzten Woche hatte er vier Stunden lang im Zeitlohn gearbeitet, für die ihm nur 54 Pf. pro Stunde berechnet wurden. Das beruhte auf einer Vereinbarung, die im Arbeiterauschuss, der aus Vertretern der Verwaltung und der Arbeiter besteht, getroffen wurde. Danach sollten für im Zeitlohn auszuführende Arbeiten, wenn sie weniger wie neun Stunden in Anspruch nehmen, 54 Pf. und wenn sie länger als neun Stunden dauern, 58 Pf. pro Stunde an Lohn gezahlt werden. Nur bei härteren, anstrengenderen Arbeiten darf der Meister 58 Pf. pro Stunde nach Rücksprache mit dem nächsten Vorgesetzten berechnen. Da die Klempner keine Vertretung im Ausschuss haben, ist dem Kläger diese vom Ausschuss festgesetzte Vorschrift nicht bekannt gewesen. Er glaubte vielmehr, daß ihm der Meister den Lohn willkürlich gekürzt habe. Er wandte sich deshalb sofort an diesen und verlangte die Nichtachtung der vermeintlich falschen Lohnberechnung. Dabei war der Kläger in große Erregung gekommen, so daß diese Auseinandersetzung recht lebhaft wurde. Er machte dem Meister Parteilichkeit und Schamane zum Vorwurf und sagte ihm nach, daß er noch Günst handle. Hierin erblickte die Verwaltung die große Beleidigung des Meisters, die sie zur fristlosen Entlassung berechtigt.

Das Gewerbegericht unter Vorsitz des Magistratsaffessors Schulz gab nach eingehender Beratung dem Klageantrag statt. Es habe unter Berücksichtigung des Bildungsgrades der Arbeiter in den Beurteilungen des Klägers, die an sich nicht zu billigen seien, eine gröbliche Beleidigung — nur eine solche berechtigt nach dem Gesetz zur fristlosen Entlassung — nicht erblickt können. Auch die Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Arbeitsordnung, auf die sich die verklagte Verwaltung noch berief, konnten die Entlassung nicht rechtfertigen, denn diese Vorschriften seien zu lauschausartig und befehlen nichts Bestimmtes.

Gerichts-Zeitung.

Beleidigungs-Klage Dr. Breitscheid.

Am Dienstag wurde vor dem Schöffengericht eine Beleidigungs-Klage des Schriftstellers Dr. Rudolf Breitscheid gegen den Schriftsteller Franz Pfeiffer verhandelt. Den Gegenstand der Klage bildeten mehrere detaillierte Auslassungen des Beklagten, die darin gipfelten, Kläger habe „böswillige Verleumdungen“ verbreitet. Die Verhandlung endete nach mehrstündiger Verhandlung mit der Freisprechung des Beklagten. In der Begründung wurde ausgeführt, der Beweis der Wahrheit sei zum Teil gelungen, im übrigen

habe der Kläger in gutem Glauben und in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt.

Straßenpolizeivorschriften gegen Streikposten.

Als Ende Dezember in einer Fabrik in Solingen gestreikt wurde, wollte die Polizei Streikposten nicht mehr auf der Straße in der Nähe der Fabrik dulden, weil angeblich Arbeitswillige und der Fabrikbesitzer bedrängt worden seien und der Verkehr gestört worden sei. Eine entsprechende Mitteilung ging dem Streikkomitee zu. Der Gewerkschaftssekretär Kapp begab sich an Ort und Stelle, um zu sehen, wie die Polizei vorgehe. Der Polizeibeamte Urban wies ihn weg. Kapp folgte aber nicht der Anordnung und wurde demnächst wegen Uebertretung der Oberpräsidial-Polizeiverordnung vom 23. März 1907 vom Landgericht Elberfeld zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er gegen die Vorschrift sich vergangen habe, wonach den Anordnungen von Polizeibeamten, welche zur Erhaltung der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergehen, unbedingt Folge zu leisten ist. Begründend wurde ausgeführt: In der Nähe der Fabrik habe sich das Streikbureau befunden, wo sich eine Anzahl Streikender und ihnen nahe stehender Personen aufhielten. Wenn sich nun ein Arbeitswilliger genähert habe, so seien die Leute aus dem Vollen gestürzt und hätten die Arbeitswilligen bedrängt und Verkehrsstörungen hervorgerufen. In der Nähe standen die Streikposten. Der Beamte Urban habe, als er dorthin kam, aus eigener Initiative heraus gehandelt, indem er befürchtet habe, durch ein Verweilen an der Stelle könne es wieder zu Ansammlungen und Störungen kommen. Dem habe er vorbeugen wollen.

Kapp legte Revision ein und machte geltend, daß eine solche Polizeivorschrift doch nur angewendet werden könne, wenn eine Gefährdung des Verkehrs im konkretem Falle in greifbarer Nähe gerüdt sei. Das sei in seinem Falle keineswegs zu beweisen. Im Gegenteil sei der Verkehr nicht im geringsten gestört worden.

Das Kammergericht wies aber dieser Tage die Revision zurück. In den Gründen führte es aus, die Verordnung sei ohne Nachdruck angewendet worden. Entscheidend sei, daß der Beamte die Anordnung zum Verlassen der Gegend im berechtigten Interesse glaubte erlassen zu müssen. Es sei aber festgestellt, daß er Störungen des Verkehrs befürchtete und ihnen aus eigenem Ermessen entgegenzutreten wollte. Das genüge, um die Verurteilung zu rechtfertigen. Die Notwendigkeit einer verkehrspolizeilichen Anordnung sei vom Richter nicht zu prüfen.

So ist abermals die Polizei für berechtigt erachtet, das reichsgesetzlich gewährleistete Streikpostenrecht zu brechen. Es geht doch nichts über die Unabhängigkeit von Richtern, die selbst erklären, ihnen sei das notwendige Handwerkszeug zur Ausübung ihrer richterlichen Befugnis — die Prüfung der Rechtmäßigkeit des Streikgesetzes — entzogen. Der Sturm auf gegen die Unabhängigkeit und Unbeugbarkeit des Kammergerichtsraus haben, der wegen seiner Gefährdung verurteilt wurde, daß also die gewünschte Wirkung der allmählichen völligen Unterwerfung des Kammergerichts unter die Hoheit des Schupmanns erreicht.

Wie man auf die Kaffagebank kommen kann.

Eine Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg geführt wurde, ergab im wesentlichen folgenden Tatbestand: In Steglitz wurde ein Radfahrer S. durch zwei Beamte sistiert, weil er in angetrunkenem Zustande auf dem Bürgersteig fuhr. Nach Angabe der Beamten soll er ihnen Widerstand geleistet und auch gelärmt haben. Die Art, wie die beiden Beamten, ein Polizeilergeant und ein Nachwächter, mit dem Sistierten umgingen, erregte lebhaften Protest beim Publikum. Man rief ihnen zu, sie sollten doch den Mann loslassen, wir seien doch nicht in Russland, der Mann sei doch kein Esel Vieh. Ein Herr H., ein vollkommen unbescholtener und achtbarer Einwohner von Steglitz hielt das Verhalten der Beamten gegen S. für durchaus unzulässig. Er ersuchte die Beamten, den Mann, der versicherte, er wolle ruhig mitgehen, loszulassen. S. folgte dem Sistierten zur Wache und wollte hier eine Beschwerde gegen die Beamten anbringen, die seiner Angabe zufolge den Sistierten an der Kasse gepakt hatten und ihn so über die Straße

schleppten. Als S. seine Beschwerde vortrug, wurde er von einem der beteiligten Beamten, dem Wächter Ed., beschuldigt, er habe den Sistierten aus den Händen der Beamten zu befreien versucht. Infolge dieser Beschuldigung wurde gegen S. Anklage erhoben. Dasselbe geschah einem anderen unbescholtene Steglitzer Bürger J., der sich gleichfalls über das Verhalten der Beamten gegen S. beschwert hatte. Auf diese Weise waren aus den Herren H. und J. zwei Zeugen zuungunsten des Verhaltens der Polizeibeamten, Angeklagte geworden, die gemeinsam mit S. auf die Anklagebank kamen. Als Zeugen standen ihnen nunmehr die Polizeibeamten und zwei von diesen ermittelte junge Leute gegenüber. Nach der Aussage dieser Zeugen sollen die Beamten ihre Befugnisse nicht überschritten und den Sistierten nur an den Armen festgehalten haben. Dieser selbst behauptet dagegen, daß ihn die Beamten, obwohl er versicherte, er wolle ruhig mitgehen, anpakteten und vor die Brust stießen. Der Angeklagte H. versichert, S. sei an der Kasse gepakt worden. Er (H.) habe es für seine Pflicht gehalten, die Beamten auf das Unzulässige ihres Verhaltens aufmerksam zu machen. Der Angeklagte J. meinte — als ihm der Vorsitzende vorhielt, es wäre doch besser, solchem Anfall in weitem Bogen aus dem Wege zu gehen —, in diesem Falle sei es Menschenpflicht gewesen, gegen die Behandlung, welche dem Sistierten widerfuhr, zu protestieren. Wie die Beamten behaupten, soll H. dem einen von ihnen an der Kasse gezoget haben — das einzige Moment, worauf die Anklage wegen verbotener Verletzung eines Gefangenen aufgebaut wird. Doch in dieser Hinsicht fiel die Weisungnahme so wenig belastend aus, daß selbst der Amtsanwalt die Anklage wegen Gefangenenbefreiung fallen ließ. Dagegen beantragte er, die Angeklagten H. und J. wegen groben Unfugs mit je 10 Mark und dem Angeklagten S. wegen Widerstandes, groben Unfugs und Beleidigung mit 66 Mark zu bestrafen.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, der die Angeklagten H. und J. verteidigte, beantragte deren völlige Freisprechung, weil gegen sie gar nichts erwiesen sei.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten S. dem Antrage des Anwalts gemäß zu 66 Mark. Der Angeklagte J. wurde völlig freigesprochen, weil gegen ihn nichts erwiesen worden ist. S. wurde auch von der Anklage der Gefangenenbefreiung freigesprochen, aber wegen groben Unfugs zu 10 Mark verurteilt. Den groben Unfug erblickt das Gericht darin, daß H. nach Angabe der Beamten gesagt habe: Wir sind Steglitzer Bürger und Steuerzahler, wir sind doch nicht in Russland, der Mensch ist doch kein Esel Vieh. In solchen Redensarten — sagte der Vorsitzende — sei S. nicht berechtigt gewesen, denn die Sistierung sei in üblicher, aber nicht unzulässiger Weise vor sich gegangen.

S. wird gegen seine Verurteilung Berufung einlegen. Er bestreitet, daß er die bezeichneten Worte gebraucht habe und auch wenn er sie gebraucht hätte, sistierten sie keinen groben Unfug dar. Ober ist die Ansicht, ein Mensch sei kein Esel Vieh, „grober Unfug“?

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Eutin), Paul Singer) ist soeben das 4. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Mohrenwälder. — Ein Fährtenbuch. Von J. Kersch. — Die politische Zustände Japans. Von S. Nakayama Tokio. — Die erste gewossenschaftliche Bodenreform. Von H. Ver. — Zwei Wahlen im Ruhrgebiet. Von J. Wenzel. — Der Kampf um die Ostsee. Von J. Wenzel. — Die deutschen Getreidepreise. Von M. N. — Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gesellschaftlichen Literatur. Von Richard Mohr. — La Roumanie des Boyards (Contribution à l'Histoire d'une Oligarchie). Von E. Leil. — Notizen: Eine Wälderhandlung in den liberalen Staaten. Von R. Die Lage der japanischen Landwirtschaft. Von S. Nakayama. — Schriftführer: Schan.

Unserem Genossen
Otto Priese nebst Frau
die herzlichsten Glückwünsche
zur silbernen Hochzeit!
Die Genossen des 279. Bezirks

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.
(Bezirk 402, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Wahlwirt
Clemens Tenschler
Jornsdorfer Str. 39
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.
(Bezirk 402, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Wahlwirt
Clemens Tenschler
Jornsdorfer Str. 39
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.
(Bezirk 402, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Wahlwirt
Clemens Tenschler
Jornsdorfer Str. 39
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.
(Bezirk 402, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Wahlwirt
Clemens Tenschler
Jornsdorfer Str. 39
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.
(Bezirk 402, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Wahlwirt
Clemens Tenschler
Jornsdorfer Str. 39
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Maurer
August Prächtel
Schönfelder Str. 15
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.
(Bezirk 402, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Wahlwirt
Clemens Tenschler
Jornsdorfer Str. 39
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.
(Bezirk 402, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Wahlwirt
Clemens Tenschler
Jornsdorfer Str. 39
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.
(Bezirk 402, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Wahlwirt
Clemens Tenschler
Jornsdorfer Str. 39
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.
(Bezirk 402, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Wahlwirt
Clemens Tenschler
Jornsdorfer Str. 39
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.
(Bezirk 402, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Wahlwirt
Clemens Tenschler
Jornsdorfer Str. 39
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Fahr-
stuhlführer
Karl Witt
am 21. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schönberger
Friedhofes, Blaue Hölle, aus
statt.
15/30
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Fahr-
stuhlführer
Karl Witt
am 21. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schönberger
Friedhofes, Blaue Hölle, aus
statt.
15/30
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Fahr-
stuhlführer
Karl Witt
am 21. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schönberger
Friedhofes, Blaue Hölle, aus
statt.
15/30
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Fahr-
stuhlführer
Karl Witt
am 21. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schönberger
Friedhofes, Blaue Hölle, aus
statt.
15/30
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Fahr-
stuhlführer
Karl Witt
am 21. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schönberger
Friedhofes, Blaue Hölle, aus
statt.
15/30
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Fahr-
stuhlführer
Karl Witt
am 21. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schönberger
Friedhofes, Blaue Hölle, aus
statt.
15/30
Die Bezirksverwaltung.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
Mitglied des Berliner
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, 30. Oktober.
1. Abt.: 1 Uhr: Schildow (Mösch-
mühle). Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 1 1/2 Uhr: Kankshof (Zum
Kirkhof). Start: Fontane-
promenade 18.
3. Abt.: 7 Uhr: Beetz (Sanatorium).
1 Uhr: Beitz (Grim, Thausstr. 18).
Start: Markmannplatz.
4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Sohndorf (Reute).
Start: Köhlener Platz.
5. Abt.: 1 Uhr: Eichwalde. Start:
Eichsam.
6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandauerberg
(Boddenberg). Start: Oberberger
Straße 28.
7. Abt.: 2 Uhr: Kartoffel-u. Herings-
tourt nach Waldmannskl. (Schweizer-
bühnen). Start: Köhlener Str. 8.
Bei schlechtem Wetter per Bahn.
8. Abt.: 8 Uhr: Straußberg (Hun-
geriger Wolf). 1 Uhr: Kaufmann-
Kaufmann. Start: Köhlener Str. 8.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandau (Golt-
wald). Start: Schillingstr. 15.
10. Abt.: 12 1/2 Uhr: Straußberg
durch den Wald. Start: Weberstr. 6.
Lichtenberg. 1 Uhr: Schönheide
(Waldschloß). Start: Köhlener Str. 74.
Donnerstag, den 3. November, Neue
Friedrichstr. 1:
Samariter-Sitzung.
Da wichtige Tagesordnung ist Er-
scheinen sämtl. Samariter notwendig.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
Mitglied des Berliner
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, 30. Oktober.
1. Abt.: 1 Uhr: Schildow (Mösch-
mühle). Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 1 1/2 Uhr: Kankshof (Zum
Kirkhof). Start: Fontane-
promenade 18.
3. Abt.: 7 Uhr: Beetz (Sanatorium).
1 Uhr: Beitz (Grim, Thausstr. 18).
Start: Markmannplatz.
4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Sohndorf (Reute).
Start: Köhlener Platz.
5. Abt.: 1 Uhr: Eichwalde. Start:
Eichsam.
6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandauerberg
(Boddenberg). Start: Oberberger
Straße 28.
7. Abt.: 2 Uhr: Kartoffel-u. Herings-
tourt nach Waldmannskl. (Schweizer-
bühnen). Start: Köhlener Str. 8.
Bei schlechtem Wetter per Bahn.
8. Abt.: 8 Uhr: Straußberg (Hun-
geriger Wolf). 1 Uhr: Kaufmann-
Kaufmann. Start: Köhlener Str. 8.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandau (Golt-
wald). Start: Schillingstr. 15.
10. Abt.: 12 1/2 Uhr: Straußberg
durch den Wald. Start: Weberstr. 6.
Lichtenberg. 1 Uhr: Schönheide
(Waldschloß). Start: Köhlener Str. 74.
Donnerstag, den 3. November, Neue
Friedrichstr. 1:
Samariter-Sitzung.
Da wichtige Tagesordnung ist Er-
scheinen sämtl. Samariter notwendig.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
Mitglied des Berliner
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, 30. Oktober.
1. Abt.: 1 Uhr: Schildow (Mösch-
mühle). Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 1 1/2 Uhr: Kankshof (Zum
Kirkhof). Start: Fontane-
promenade 18.
3. Abt.: 7 Uhr: Beetz (Sanatorium).
1 Uhr: Beitz (Grim, Thausstr. 18).
Start: Markmannplatz.
4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Sohndorf (Reute).
Start: Köhlener Platz.
5. Abt.: 1 Uhr: Eichwalde. Start:
Eichsam.
6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandauerberg
(Boddenberg). Start: Oberberger
Straße 28.
7. Abt.: 2 Uhr: Kartoffel-u. Herings-
tourt nach Waldmannskl. (Schweizer-
bühnen). Start: Köhlener Str. 8.
Bei schlechtem Wetter per Bahn.
8. Abt.: 8 Uhr: Straußberg (Hun-
geriger Wolf). 1 Uhr: Kaufmann-
Kaufmann. Start: Köhlener Str. 8.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandau (Golt-
wald). Start: Schillingstr. 15.
10. Abt.: 12 1/2 Uhr: Straußberg
durch den Wald. Start: Weberstr. 6.
Lichtenberg. 1 Uhr: Schönheide
(Waldschloß). Start: Köhlener Str. 74.
Donnerstag, den 3. November, Neue
Friedrichstr. 1:
Samariter-Sitzung.
Da wichtige Tagesordnung ist Er-
scheinen sämtl. Samariter notwendig.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
Mitglied des Berliner
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, 30. Oktober.
1. Abt.: 1 Uhr: Schildow (Mösch-
mühle). Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 1 1/2 Uhr: Kankshof (Zum
Kirkhof). Start: Fontane-
promenade 18.
3. Abt.: 7 Uhr: Beetz (Sanatorium).
1 Uhr: Beitz (Grim, Thausstr. 18).
Start: Markmannplatz.
4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Sohndorf (Reute).
Start: Köhlener Platz.
5. Abt.: 1 Uhr: Eichwalde. Start:
Eichsam.
6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandauerberg
(Boddenberg). Start: Oberberger
Straße 28.
7. Abt.: 2 Uhr: Kartoffel-u. Herings-
tourt nach Waldmannskl. (Schweizer-
bühnen). Start: Köhlener Str. 8.
Bei schlechtem Wetter per Bahn.
8. Abt.: 8 Uhr: Straußberg (Hun-
geriger Wolf). 1 Uhr: Kaufmann-
Kaufmann. Start: Köhlener Str. 8.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandau (Golt-
wald). Start: Schillingstr. 15.
10. Abt.: 12 1/2 Uhr: Straußberg
durch den Wald. Start: Weberstr. 6.
Lichtenberg. 1 Uhr: Schönheide
(Waldschloß). Start: Köhlener Str. 74.
Donnerstag, den 3. November, Neue
Friedrichstr. 1:
Samariter-Sitzung.
Da wichtige Tagesordnung ist Er-
scheinen sämtl. Samariter notwendig.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
Mitglied des Berliner
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, 30. Oktober.
1. Abt.: 1 Uhr: Schildow (Mösch-
mühle). Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 1 1/2 Uhr: Kankshof (Zum
Kirkhof). Start: Fontane-
promenade 18.
3. Abt.: 7 Uhr: Beetz (Sanatorium).
1 Uhr: Beitz (Grim, Thausstr. 18).
Start: Markmannplatz.
4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Sohndorf (Reute).
Start: Köhlener Platz.
5. Abt.: 1 Uhr: Eichwalde. Start:
Eichsam.
6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandauerberg
(Boddenberg). Start: Oberberger
Straße 28.
7. Abt.: 2 Uhr: Kartoffel-u. Herings-
tourt nach Waldmannskl. (Schweizer-
bühnen). Start: Köhlener Str. 8.
Bei schlechtem Wetter per Bahn.
8. Abt.: 8 Uhr: Straußberg (Hun-
geriger Wolf). 1 Uhr: Kaufmann-
Kaufmann. Start: Köhlener Str. 8.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandau (Golt-
wald). Start: Schillingstr. 15.
10. Abt.: 12 1/2 Uhr: Straußberg
durch den Wald. Start: Weberstr. 6.
Lichtenberg. 1 Uhr: Schönheide
(Waldschloß). Start: Köhlener Str. 74.
Donnerstag, den 3. November, Neue
Friedrichstr. 1:
Samariter-Sitzung.
Da wichtige Tagesordnung ist Er-
scheinen sämtl. Samariter notwendig.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
Mitglied des Berliner
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, 30. Oktober.
1. Abt.: 1 Uhr: Schildow (Mösch-
mühle). Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 1 1/2 Uhr: Kankshof (Zum
Kirkhof). Start: Fontane-
promenade 18.
3. Abt.: 7 Uhr: Beetz (Sanatorium).
1 Uhr: Beitz (Grim, Thausstr. 18).
Start: Markmannplatz.
4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Sohndorf (Reute).
Start: Köhlener Platz.
5. Abt.: 1 Uhr: Eichwalde. Start:
Eichsam.
6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandauerberg
(Boddenberg). Start: Oberberger
Straße 28.
7. Abt.: 2 Uhr: Kartoffel-u. Herings-
tourt nach Waldmannskl. (Schweizer-
bühnen). Start: Köhlener Str. 8.
Bei schlechtem Wetter per Bahn.
8. Abt.: 8 Uhr: Straußberg (Hun-
geriger Wolf). 1 Uhr: Kaufmann-
Kaufmann. Start: Köhlener Str. 8.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandau (Golt-
wald). Start: Schillingstr. 15.
10. Abt.: 12 1/2 Uhr: Straußberg
durch den Wald. Start: Weberstr. 6.
Lichtenberg. 1 Uhr: Schönheide
(Waldschloß). Start: Köhlener Str. 74.
Donnerstag, den 3. November, Neue
Friedrichstr. 1:
Samariter-Sitzung.
Da wichtige Tagesordnung ist Er-
scheinen sämtl. Samariter notwendig.

Tanz-Lehr-Institut
Richard Heinrich
Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
Bitte anscheinend!

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Fahr-
stuhlführer
Karl Witt
am 21. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schönberger
Friedhofes, Blaue Hölle, aus
statt.
15/30
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Fahr-
stuhlführer
Karl Witt
am 21. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schönberger
Friedhofes, Blaue Hölle, aus
statt.
15/30
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Fahr-
stuhlführer
Karl Witt
am 21. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schönberger
Friedhofes, Blaue Hölle, aus
statt.
15/30
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Fahr-
stuhlführer
Karl Witt
am 21. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schönberger
Friedhofes, Blaue Hölle, aus
statt.
15/30
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Fahr-
stuhlführer
Karl Witt
am 21. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schönberger
Friedhofes, Blaue Hölle, aus
statt.
15/30
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Fahr-
stuhlführer
Karl Witt
am 21. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schönberger
Friedhofes, Blaue Hölle, aus
statt.
15/30
Die Bezirksverwaltung.

Tanz-Lehr-Institut
Richard Heinrich
Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
Bitte anscheinend!

Tanz-Lehr-Institut
Richard Heinrich
Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
Bitte anscheinend!

Tanz-Lehr-Institut
Richard Heinrich
Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
Bitte anscheinend!

Tanz-Lehr-Institut
Richard Heinrich
Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
Bitte anschein

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 30. Oktober 1910, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung für Adlershof und Umgegend

im Lokal von Maul, Adlershof, Bismarckstraße 16.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. A. Conrady.
2. Diskussion.
3. Aufstellung der Delegierten zur Ortskrankenkasse.
4. Verschiedenes.

Gäste willkommen!

Sonntag, den 30. Oktober 1910, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Wickel- und Isolationsarbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend

im „Voigt-Theater“, Badstraße 58.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Sonntag, den 30. Oktober 1910, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Schmiede, Kesselschmiede und autogenischen Schweißer

im Lokal von Hoffmann, vorm. Grunow, Dragonerstr. 15.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen A. Störmer.
2. Diskussion.
3. Branchenanangelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Sonntag, den 30. Oktober 1910, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Werkzeugmacher (Schneidbauer, Feilenbauer, Schneidzengmacher, Einrichter, Werkzeugschleifer) sowie sämtlicher in Buchdruckereimaschinenfabriken beschäftigten Kollegen

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag über „Darwinismus“. Referent: Genosse Dr. Bruno Borchardt. 2. Diskussion. 3. Erklärungen zur Agitationskommission. 4. Branchenanangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

In Betracht der interessanten Tagesordnung wird zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.

Montag, den 31. Oktober 1910:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharus-Säle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
Tegel: Borsigwalder Festsäle in Borsigwalde, Spanbauer Straße, abends 6 Uhr.
Moabit: Prachtsäle Nord-West, Vieckestraße 24, abends 8 1/2 Uhr.
Westen und Schöneberg: Oeffs Festsäle, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
Osten und Lichtenberg: Littins Festsäle, Memeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
Stralau u. Rummelsburg: Markgrafensäle, Marktgrösendamm 34, abends 8 1/2 Uhr.
Südenbezirke: Lokal Süd-Ost, Waldemarstraße 75, abends 8 1/2 Uhr.
Weißensee: Prälaten, Scherstr. 122, abends 6 Uhr.
Rixdorf: Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, abends 8 1/2 Uhr.
Charlottenburg: Volkshaus, Hofenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
Steglitz: Restaurant Schellhase, Hornstraße 15a, abends 8 1/2 Uhr.
Köpenick u. Friedrichshagen: Im Lokal von Ritter, Straße 44, abends 8 1/2 Uhr.
Spandau: Böhle, „Bottshelm“, Gabelstraße, abends 8 1/2 Uhr.
Ober-Schöneweide: Restaurant Wernicke, Wilhelmienhoffstr. 18, abends 8 1/2 Uhr.

- Tagesordnung:
1. Bericht von der letzten Generalversammlung.
2. Die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen.
3. Stellungnahme zu der am 20. November stattfindenden Generalversammlung.

Referenten für die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen sind die Genossen:

Behrend, Brückner, Hartmann, Handke, Körsten, Link, Ritter, Thurov, Werner, Wücke, Zernicke, Zelske.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches Besuch erwartet

121/7

Die Ortsverwaltung.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Bureau: Engelauer 15, 8 Tr., Zimmer 51/52.

Telephon: Amt IV, 4093.

Sonntag, 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1910 und Bericht der Revisoren. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlaß.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet

Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 4 (ArbeitslosenSaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Maschinenarbeiter.

Montag, den 31. Oktober 1910, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:
Die Neuregelung unserer Arbeitsvermittlung.

Wahl der Delegierten.

Verbands- und Branchenanangelegenheiten.

NB. Diejenigen Kollegen, welche noch keine Lohnlisten ausgefüllt und abgegeben haben, werden ersucht, dies schnellstens zu besorgen.

92/10 Die Branchenkommission.

Garderobe auf Teilzahlung

für Damen, Herren und Kinder

kauft man am besten, am reichsten, am billigsten bei

HUGO UDO COHN

No. 13 Kottbuser Damm No. 13

Formen in größter Auswahl:

Feiz-Jackets, Stolas, Muffen, Schuhwaren
Toppiche, Gardinen, Stores, Portieren

MÖBEL, Spiegel, Polsterwaren



Leser dieses Blattes wissen, aus welchen Gründen

Elfe-Cigaretten

zu bevorzugen sind.

3937.

Aufsehen erregend durch Eleganz, Form, Haltbarkeit

Jedes Paar

Damen- oder Herren-Schuh

ohne Ausnahme

Einheitspreis

6 75 Mk.

„Schuh-Sport“

Berlin O. 27. Nur Andreasstr. 48.

Schuh-Sport
Marke
Propagö
Gesetzl. geschützt.
Alleinverkauf
für
gan-Deutschland

Versand nach auswärts unter Nachnahme!

Tischler-Verein

(E. H. 89.)
Sonabend, 29. Oktbr., abds. 8 1/2 Uhr,
Mehlstr. 15:

Versammlung.

Vorbildervortrag von Herrn Lehrer E. Borm: „Auf gefährlichen Pfaden durch die Hochregionen der Alpen“, mit circa 60 farbigen Bildern. Unterhaltungsgehalt. Billettausgabe zum Stützungsfest am 12. November.
Damen und Herren als Gäste willkommen.
199/7 Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Selowskys

Bolero

ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die feinste 2 Pf.-Zigarette.

Gesetzlich geschützt!

Im Schweiß Deines Angesichts
Behalte den „Humor“ - sonst nichts.

Humor

putzt alle Metalle sauber und geruchlos.

Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an.
Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

Nathan Wand
129 Zalkher Str. 129.
Die schönsten Herren-Winter-Paletots u. Wäster und Anzüge in neuem sowie Spezial Monats-Garderobe von Modellen getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend. Spezial Band-Anzüge sind in großer Auswahl. Jedes zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Zalkher Str. 129.
Nachbahrung Rosinher Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Karow eine Station vor **Buch**
Schönst. Villenort, R. v. 12 M. an, 20 Pf. v. Stett. Bf., 25 Min. Fahrt, 10 Pf. v. Pankow-Schönb., 12 Min. Fahrt. Terrain unmitelbar am Bf. Bauungspl. genehmigt. Pflanz gratis. Maß. Ans. u. langj. Hypotheken. Verkäufer ständig a. Bf. Karow.
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Prozeß Bruhn und Genossen.

Vierter Tag.

Sachverständiger Dr. Liman bittet, sich zu einer Verichtigung äußern zu dürfen, die die Mittelstands-Vereinigung veröffentlicht habe. Diese wende sich dagegen, daß in seinem Gutachten die „Wahrheit“ als ein Organ der Mittelstands-Vereinigung bezeichnet worden sei.

Der nächste Zeuge ist der Zeitungsverleger Traube. — Vorf.: Sie sollen einmal mit dem Zeugen Biermann einen Vortrag gehabt haben. Woher kannten Sie den Biermann? — Zeuge: Biermann war früher bei Wertheim angestellt. Ich selbst lernte ihn in einer Abendgesellschaft kennen. — Vorf.: Biermann soll sich nun eines Tages an Sie gewendet haben und Ihnen etwas über einen Artikel in der „Wahrheit“ erzählt haben? — Zeuge: Jawohl, Biermann sagte eines Tages zu mir, er wisse, daß ich in Beziehung zu den Brüdern Wertheim stehe und fragte mich, ob ich diesen nicht einen großen Dienst erweisen wolle. Biermann sagte mir, daß Bruhn in seinem Lokal „Monaco“ in der Jerusalem-Strasse verkehre und er mit Bruhn befreundet sei. Dieser habe ihm erzählt, daß ein neuer Artikel gegen Wertheim „in Arbeit“ sei. 8-14 Tage später oder vielleicht noch später, fand dann tatsächlich ein Artikel gegen Wertheim in der „Wahrheit“. — Vorf.: Der Angeklagte Bruhn sagt, Biermann hätte gar keine Veranlassung gehabt, sich an Sie zu wenden, sondern hätte sich selbst an Wertheim gewandt, bei dem er selbst beschäftigt gewesen war. — Zeuge: Biermann stand damals sehr schlecht mit Wertheim, er war von diesem entlassen worden und wie ich glaube später auch bestraft worden. — Vorf.: Der Angeklagte Bruhn bezweifelt Ihre Glaubwürdigkeit. Sie sollen eines Tages versucht haben, einen Artikel in der Presse zu lancieren und als Ihnen dies nicht gelang, den Artikel mit dem Stempel „Deutsche Konfektion“ an die „Wahrheit“ geschickt haben, um den Eindruck zu erwecken, als habe der Artikel schon in der „Dtsch. Konfektion“ gestanden. — Zeuge: Ich bin Verleger der „Deutschen Konfektion“ und führte damals einen scharfen Kampf gegen die in Konfektionskreisen eingetragene Spielerei, welche schon zu verschiedenen Selbstmorden und Verhaftungen von Gläubigern geführt hatte. Ein Artikel hierüber wurde von mir erst meinem Rechtsvertreter Justizrat Kleinholz vorgelegt, der mir aus juristischen Gründen von einer Aufnahme in der „Dtsch. Konf.“ abriet. Ich kann hier unter Eid erklären, daß derselbe Artikel dann ohne mein Zutun an die „Wahrheit“ gelangt ist. Ob er mir ge- stolzen ist, weiß ich nicht. Darauf kam dann in der „Wahrheit“ ein Angriffartikel gegen mich. — Staatsanw. Leifering: Ist Ihnen bekannt, daß man die „Wahrheit“ durch Inserate zum Schweigen bringen kann? — Zeuge: Das ist Geschäftsgeheimnis. — Angell. W. Bruhn: Ist der Zeuge, indem er von Diebstahl sprach, etwa der Ansicht, daß wir in unfauler Weise bei Aufnahme des Artikels gehandelt haben? — Zeuge: Nein. — Auf Vorhalt des Angell. Bruhn erklärt der Zeuge, daß Biermann, der früher bei Wertheim angestellt und entlassen war, ihm einen Artikel für die „Deutsche Konfektion“ geliefert habe, der innere Verhältnisse des Hauses Wertheim bestrich. Daraufhin habe Herr Wertheim eine einstweilige Verfügung gegen den Zeugen erlassen, die jedoch später zurückgenommen wurde. — Angell. Bruhn bittet zu beachten, daß hier ein Verleger eines großen Hochblattes einen Hieb gegen ein Warenhaus geführt hat, er selbst aber aus gleichen Gründen hier angeklagt werde. — Der Zeuge bestreitet, daß es sich um einen „Hieb“ gegen Wertheim gehandelt habe.

Bankiers Karl Siedmeyer.

Vorf.: Gegen Sie sind ja wohl Angriffe erfolgt und zwar zunächst in der „Großen Glocke“. Haben Sie Schritte dagegen unternommen? — Zeuge: Ja, ich habe mit mehreren Rechtsanwältinnen gesprochen, diese haben mir aber von einer Klage abgeraten, da dabei nichts herauskomme. — Vorf.: Dann erschienen Angriffe in der „Wahrheit“. Von wem rührten diese wohl her? — Zeuge: Von Dietrich.

Dieser forderte einmal von mir brieflich 200 M. gegen Zurücknahme von Klagen. Ich ließ den Brief unbeachtet und dann erfolgten die Angriffe.

Vorf.: Wir wollen auf die Entstehung der Rüge etwas näher eingehen. Dietrich sagt, er habe damals Geld gebraucht und sich an einen Oberleutnant um ein Darlehen gewandt. Dieser habe gesagt, bar Geld habe er nicht, er könne ihm aber Rüge überlassen. — Der Zeuge bekundet auf Verfragen, daß dies Rüge „Hoffnungströmer“ gewesen seien, die er von dem Rechtsanwalt Karthaus, Mitbegründer einer Gewerkschaft in Braunschweig, erhalten habe. Das Terrain, auf welchem nach Del gebohrt wurde, sei 500-800 Morgen groß und die Rüge haben ihren Wert gehabt. — Vorf.: Dietrich hat die Rüge aber gar nicht verwerten können, er ist gewissermaßen damit hantieren gegangen. — Zeuge: Es gibt ja Tausende von Werten, die an der Wörle nicht eingeführt sind. — Vorf.: Ist nicht wegen der Rüge ein Strafverfahren eingeleitet worden? — Zeuge: Jawohl, es wurden alle möglichen Stellenkreise verurteilt; das Verfahren ist aber eingestellt worden. — Vorf.: Haben die Rüge nicht auch eine Rolle in dem Prozeß Krentz und Genossen gespielt. Da kam einer Ihrer Angestellten in Frage. Sie bezeichnen sich immer als Bankier. Sind Sie Bankier? — Zeuge: Jawohl. Ich habe ein Bankgeschäft in Bern und eine Filiale in der Liebenburger Straße. — Vorf.: Sind bei Ihnen Schritte unternommen worden, um von Ihnen Inserate zu erlangen? — Zeuge: Ja. Ein gewisser Wüninger und ein gewisser Schapiro haben uns nahe gelegt, daß solche Artikel vermieden werden können, wenn ein Geldopfer gebracht wird. Man sagte mir: „Geben Sie ein paar Blau“ hin, dann ist die Sache erledigt.“ Ich habe es aber abgelehnt. — Vorf.: Sind nicht noch nähere Andeutungen gemacht worden? — Zeuge: Schapiro und Wüninger sagten eines Tages zu mir: Ich sollte 300 M. in ein Café bringen, wogegen auch die beiden Bruhn kommen würden. Inzwischen war aber die Dabiel-Sache aufgeführt worden und es ist nicht weiter aus dem Cafébesuch geworden. Ich wäre so wie so nicht hingegangen. Ich muß mich hier noch dagegen verwahren, daß hier gesagt worden ist, ich sei bei allen Wucherprozessen der Reuzzeit beteiligt. — Angell. W. Bruhn (in lautem Tone): Verklagen Sie uns doch einmal, dann können wir uns an anderer Stelle darüber auseinandersetzen. — Zeuge: Das lehne ich ab. Aus der Strafe setze ich mich mit Ihnen auseinander, da können Sie mich anrufen, aber vor Gericht gehe ich mit Ihnen nicht. — Vorf.: Zunächst kann der Ausdruck „Blauen“ wohl mehr auf Sie angewandt werden. Wir können hier ganz ruhig verhandeln. — Zeuge: Ich bin ein unbestrafter Mann! — Rechtsanwalt Drederec: Haben nicht verschiedene Verfahren gegen Sie geschwebt? — Zeuge: Das kann ich nicht verhandeln.

Der nächste Zeuge Nittershaus, Mitbesitzer des Alten Wallhauses, bekundet folgendes: Eines Tages kam ein Herr Schapiro zu mir und erzählte mir, daß ein Bankier Siedmeyer in der „Wahrheit“ sehr scharf angegriffen werde, was dem Siedmeyer natürlich sehr unangenehm sei. In dem Gespräch hierüber erklärte mir Schapiro, daß er den Beweis dafür bringen wolle, daß die „Wahrheit“ für Geld zu haben sei. Er zeigte mir mit Schreibmaschine geschriebene Briefe, die mit „Dietrich“ unterzeichnet waren und in denen von 4 oder 500 M. die Rede war. Ich war sehr er-

staut darüber, da ich bis dahin von der „Wahrheit“ eine sehr gute Meinung hatte. Ich selbst wäre nicht auf den Gedanken gekommen, daß man durch Inserate Angriffe abwehren könne. — Rechtsanwalt Dr. Schwandt: Sie sind doch Wächter des Alten Wallhauses. Was hat Sie denn zum Inserieren in der „Wahrheit“ veranlaßt? — Zeuge: Das Alte Wallhaus war damals sehr zurückgegangen und um es wieder auf die Höhe zu bringen, mußte ich überall inserieren. — Dr. Schwandt: Ist irgend ein Druck oder Zwang dabei gegen Sie ausgeübt worden? — Zeuge: Nein, nach keiner Richtung hin! — Vorf.: Sie haben also lediglich inseriert, weil heute die Konkurrenz auch auf diesem Gebiete zu groß geworden ist. Früher gab es eben nur außer dem „Alten Wallhaus“ in der Joachimstraße nur noch das „Orpheum“ in der Alten Jakobstraße. Jetzt gibt es in der Friedrichstraße überall dergleichen Lokale.

Nachdem noch von Rechtsanwalt Dr. Schwandt und Rechtsanwalt Drederec mehrere Fragen an den Zeugen gerichtet worden waren, wird als Zeuge der

Warenhausbesitzer Oskar Tieg

Vorf.: Es ist damals in der „Wahrheit“ ein scharfer Angriff gegen das Warenhaus Tieg erschienen. Was hatten Sie für ein Empfinden dabei? — Zeuge Tieg: Ich hatte das Empfinden, daß ich geteilt werden sollte, damit ich Inserate gebe. — Vorf.: Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß sich Herr Bruhn es zu seiner Lebensaufgabe gemacht haben will, den Kampf gegen die Warenhäuser zu führen. Er würde sich doch durch die Aufnahme eines Inserats mit seiner Anwesenheit in Widerspruch setzen. — Zeuge: Mir hat Bruhn nicht gesagt, was seine Lebensaufgabe ist. — Vorf.: Was haben Sie auf diesen Artikel hin getan? — Zeuge: Ich habe Bruhn auf 50 000 M. Schadenersatz verklagt. (Weiterleit.) — Vorf.: In dieser Klage ist ein Vergleich zustande gekommen, nach welchem Bruhn sich verpflichtete, nichts mehr gegen Sie zu veröffentlichen und im Uebertretungsfall eine Konventionalstrafe von je 1000 M. zu zahlen. Bruhn hat dann auch in einem Maße dieses Verbot übertreten und ist auf Ihre Klage hin zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden, die er auch bezahlt hat. Zeuge: Jawohl, die 1000 Mark hat er bezahlet müssen. — Vorf.: Ist Ihnen bekannt, woher Bruhn das Material zu dem Artikel hatte? — Zeuge: Ich nehme an, daß es von einem Kaufmann Paul Heppner herrührt, einem entlassenen Angestellten von mir. — Vorf.: Sind einmal Inseratenagenten von der „Wahrheit“ bei Ihnen gewesen? — Zeuge: Von der „Wahrheit“ nicht, aber ich glaube mich zu erinnern, daß einmal im Jahre 1906 ein Agent der „Staatsbürger-Ztg.“ bei mir war. — Rechtsanwalt Drederec: Im Jahre 1906 war Bruhn gar nicht mehr bei der „Staatsbürger-Zeitung“. — Vorf.: Wer die Personen, die wegen Inseraten bei Ihnen waren, wissen Sie wohl nicht? — Zeuge: Nein. — Vorf.: Ist übrigens der Urheber jenes Artikels in der „Wahrheit“, der Kaufmann Heppner, nicht wegen Rötigung verurteilt worden? — Zeuge: Jawohl, Heppner hat mich auf Gehaltszahlung verklagt und ist in allen drei Instanzen abgewiesen worden. — Vorf.: Wann begannen denn eigentlich die Angriffe gegen das Warenhaus Tieg? — Zeuge: Die ersten Angriffe richtete Joachim Gehlen in seiner „Stadtlaterne“ gegen mich. Schon damals wurde mir nahe gelegt, einmal ein paar Tausend Mark schießen zu lassen, um die Angriffe von mir abzuwenden. — Staatsanwalt Leifering: Sie haben also das Gefühl gehabt, als ob Sie mit dem Angriffartikel geteilt werden sollten, bis Sie Inserate geben würden. — Zeuge: Jawohl, das war mein Empfinden. Es war auch einmal die Rede von 15 000 und dann von 4 oder 5 000. — Vorf.: Aber um solche „Milde“ hat es sich immer herum bewegt. — Zeuge: Jawohl. — Vorf.: Sie hatten also demnach das Gefühl, daß Sie nur durch eine paar Tausend die Angriffe von sich abzuwenden könnten. — Zeuge: Jawohl. — Rechtsanwalt Drederec: Herr Zeuge, Sie haben hier gesagt, Sie sollten geteilt werden, bis Sie Inserate geben. Sie wissen doch, daß Bruhn Antisemit ist und Bruhn weiß, daß Sie Jude sind. Glauben Sie denn, daß Bruhn unter diesen Umständen so sehr viel daran gelegen war, von Ihnen Annoncen zu erlangen? — Zeuge: O, ja! Ich glaube, daß bei Bruhn das Geldverdienende die Hauptsache ist. — Bruhn (einschallend): — und bei Ihnen auch! (Weiterleit.) — Zeuge: Richard Unger, jetziger Hauptinhaber der Firma

Firma Kempinski u. Co.,

wird über die Inserate der Firma in der „Wahrheit“ vernommen. Die „Wahrheit“ hatte drei Artikel über Kempinski gebracht, welche vor dem Kempinski'schen Lokale von den Zeitungshändlern ausgebrüllt wurden. — Zeuge: Dieses Ausbrüllen ist ja die Hauptsache. Wenn die Hälte aus dem Lokal kommen und die Händler schreien aus: „Die Wahrheit über Kempinski“, so ist das doch unangenehm, es kann aber niemand verhindern. Es ist ja auch vorgekommen, daß in hiesigen Zeitungen Statistiken über die Ausdehnung unseres Geschäfts, die Zahl der Angestellten usw. erschienen und die Händler dies unter der Spitzmarke „Entstellungen über Kempinski“ ausboten. Der Grund zum Inserieren war für mich der: Ich habe wohl gedacht, die Herren werden sich mit und nicht so beschäftigen, wenn wir Inserate ausgeben. Die Anregung dazu ist nicht von einem der Angestellten gekommen. Man plaudert mit Bekannten darüber und dabei ist wohl von irgendeiner Seite gesagt worden: Gehen Sie doch den Leuten einmal ein paar Inserate. Die Firma hat dann zwei Saisons hindurch in der „Wahrheit“ inseriert. Ein Druck ist weder von den beiden Bruhn noch von Weber auf mich ausgeübt worden. — Staatsanw. Leifering: Weßhalb haben Sie aufgehört zu inserieren? — Zeuge: Einen besonderen Grund dafür kann ich nicht angeben. — Rechtsanwalt Dr. Meyer: Stehen nicht an Ihrer Strafbekunde überhaupt immer Händler, die die Zeitungen andrufen? — Zeuge: Leider.

Staatsanw. Leifering: Ich bitte zu einer Erklärung um das Wort. Mir wird von einem Freunde und Regimentskameraden des

Redakteurs Schweiger,

dem Landgerichtsdirektor Dr. Dyperrmann, mitgeteilt, daß dieser zwar seinen Berufsgeschäften nachzugehen imstande, aber sehr nervös ist und den Strapazen einer solchen Verhandlung nicht gewachsen ist. Dies wird mir auch von Dr. Liman bestätigt. Es hat mir fern gelegen, einen Vorwurf gegen Herrn Schweiger zu erheben, so sehr ich es bedauere, daß dieser Sachverständige nicht hier ist, der im Vorverfahren zu einem ganz anderen Resultat gekommen ist, wie Dr. Liman.

Zeuge Kommerzienrat Wilhelm Krojanter

sagt unter anderem aus: In der „Wahrheit“ erschienen 1907 Angriffsartikel gegen mich aus Anlaß meiner etwaigen Ernennung zum Kommerzienrat. Meines Erinnerns ist Paul Bruhn zwischen dem ersten und zweiten Artikel zu mir gekommen, angeblich im Auftrage meines Vaters Franz Krojanter, der ihm gesagt habe, ich sollte ihm ein Inserat ausgeben. Ich antwortete ihm, daß dies wohl ein Irrtum sein müsse, da ich mich auch darum nicht bekümmere, die Inseratenladungen vielmehr im Hauptgeschäft in Burg bei Magdeburg bearbeitet werden. — Angell. W. Bruhn: Das ist nicht richtig. Herr Krojanter hat gesagt, ich solle schriftliche Offerten machen. — Zeuge bestreitet dies. — Angell. W. Bruhn: Es ist auch nicht richtig, daß der Besuch meines Vaters zwischen dem ersten und zweiten Artikel stattgefunden hat. Unser Kopierbuch muß dies ausweisen. — Vorf.: Sind Sie von einer Seite bedroht worden? — Zeuge: Nein. Ich hatte nur ein Interesse daran, wer die Sache in die Zeitung hineinlanciert hatte. Ein Verwandter hatte mir gesagt, daß er den Redakteur Dabiel kenne und dieser den Namen nennen kann. Da kam dann der Verwandelte mit Herrn Dabiel zu mir und ich fragte ihn, was es koste, wenn er mir den Namen nenne. Dabiel forderte 3000 M. Ich sagte aber: so viel ist mir das Vergnügen nicht wert, ich bot und gab ihm 1000 M. Er nannte mir den Namen Fel. v. Ravenstein. — Angeklagter Wilh.

Bruhn: Der Zeuge wird bestätigen, daß im Dabielprozeß festgestellt worden ist, daß Dabiel mich bestohlen hat. Er hat mir einen Zettel, auf welchem der Name Fel. v. Ravenstein stand, gestohlen und verkauft. Es könnte hier so scheinen, als ob ich mit Dabiel damals unter einer Decke gesteckt hätte. — Staatsanw.: Das ist nie behauptet worden. — Rechtsanwalt Dr. Jul. Meyer stellt fest, daß über ein Jahr seit dem Besuche Paul Bruhns vergangen war, ehe wieder ein Artikel über den Zeugen in der „Wahrheit“ erschien. Sehr lebhaft gestaltet sich die Vernehmung des

Restaurateurs Wall,

Besitzer des Cafés Windsor in der Mohrenstraße und Mitbesitzer der Treberischen Weinstuben in der Jägerstraße. Die Aussage dieses Zeugen in der Vorunternehmung war für Bruhn äußerst ungünstig, denn sie ging im allgemeinen dahin, daß er ständig inseriert habe aus Angst vor Angriffen in der „Wahrheit“. Bei seiner heutigen Vernehmung sagt er aus, daß er durch seinen Geschäftsführer Klant darauf hingewiesen sei, Herr Dietrich habe ihm gesagt, er werde mit Bruhn ein neues Blatt herausgeben, welches ein Sensationsblatt sein werde und da sei es doch gut, zu annoncieren. Als er die erste Annonce aufgab, kamte er Bruhn überhaupt noch nicht. Der Zeuge wird von dem Angell. W. Bruhn und seinem Verteidiger in ein heftiges Kreuzfeuer genommen. Diese weisen darauf hin, daß der Angeklagte die ersten Inserate schon aufgegeben hatte, als die „Wahrheit“ noch gar nicht erschienen war. W. Bruhn weist immer wieder darauf hin, daß die Aussage des Zeugen vor dem Untersuchungsrichter, die er bestritten habe, eine falsche gewesen und daß die Anklage sich auf solche Aussagen stütze. — Der Vorsitzende hält dem Zeugen seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter vor und betont mehrmals recht scharf, daß der Zeuge doch recht leichtfertig etwas Unzutreffendes vor dem Untersuchungsrichter bestritten habe. Das sei doch eine recht leichtfertige Aussage und leichtfertige Eidesleistung. — Der Zeuge erklärt, daß er nach bestem Wissen und Gewissen ausgesagt habe und auch heute aussage. — Wilh. Bruhn erklärt nochmals in großer Erregung, daß der Zeuge sehr leichtfertig zu seinen Ungunsten ausgesagt habe.

Dasselbe Bild bietet die Vernehmung des

Restaurateurs Klant gen. Dreher.

Es hat in der Vorunternehmung gesagt, es wäre annonciert worden, weil die „Wahrheit“ als Revolverblatt bekannt gewesen sei. Auch bei diesem Zeugen stellt der Vorsitzende aus den Akten fest, daß seine Aussage vor dem Untersuchungsrichter leichtfertig abgegeben sei und tatsächlich Unrichtigkeiten enthalte.

Rechtsanw. Dr. Schwandt: Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß alle diese Zeugen in der Denunziations-Schrift des Rechtsanwalts Dr. Werthauer genannt worden sind. Die Schuld daran, daß von diesen Zeugen tatsächlich nicht das geringste von Bedeutung bekundet wird, liegt weniger an diesen Herren, als wie an der völligen Unzuverlässigkeit der Denunziations-Schrift. Alles stand damals unter dem frischen Eindruck des Dabielprozesses. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung sind damals jene Aussagen gemacht worden, die sich jetzt als falsch herausgestellt haben.

Landgerichtsrat Lampe: Ich kann nur feststellen, daß die Akten gegen Bruhn mit einer Denunziation anfangen, die von Rechtsanwalt Dr. Werthauer ausgegangen ist.

Staatsanw. Dr. Leifering: Ich kann hier nur erklären, daß der Herr Untersuchungsrichter sich auf Grund der Denunziation des Dr. Werthauer die verschiedenen Namen aus den Annoncen herausgelockt und die Betreffenden geladen hat.

Dann wird der

Cafetier Sals Werlowig,

der feilhere Vorsitzende des Berliner Cafetiervereins, vernommen. Er bekundet: Es erschienen Artikel der Zeitung, in denen die Cafés angegriffen wurden. Ich habe dann in einer Cafetierversammlung, in der darüber gesprochen wurde, den Kollegen den Rat gegeben, zu annoncieren, denn das sei der einzige Schutz gegen solche Angriffe. Vorteile erwarteten wir von diesen Annoncen nicht, sondern nur Verhütung. — Rechtsanwalt Drederec hält dem Zeugen vor, daß er selbst der „Wahrheit“ Material beizubringen gegen die „Königsballen“ gegeben habe. Der Zeuge gibt dies zu. Er habe sich aber gefragt: Warum greifen die Herren immer nur die Cafés an, beispielsweise das „Café Westminster“, das „Café Lebenslänglich“ usw., und lassen die Restaurants ungeschoren? — Vorf.: Es wird behauptet, in Cafetierkreisen herrsche die Meinung, daß Herr Werlowig, da bei ihm mancherlei vorkomme, die Aufmerksamkeit auf andere zu lenken suche. — Angell. Wilh. Bruhn will eine Frage an den Zeugen richten; der Zeuge ruft aber erregt: Ich lasse mich nicht reizen, und Herr Bruhn kann mich nicht reizen. — Angell. W. Bruhn: Ist es nicht richtig, daß in dem Lokal des Zeugen Buchmacher verkehrten und er deshalb zu 6 Wochen verurteilt worden ist. — Zeuge: Was das Wetterschreiben anbelangt, so gibt's in Berlin kein Lokal, wo nicht Betten geschrieben werden und kein Rigarrengeschäft. Am Alexanderplatz und Umgegend verkehrten vielleicht in 40 Lokalen Buchmacher. Durch unwahre Darstellungen der „Großen Glocke“ war die Polizei auf mein Lokal aufmerksam gemacht worden, und die Polizei hat dann ein paar Buchmacher vorgefunden. Da bin ich verurteilt worden, aber ich bin so unschuldig wie die Wand und bin verurteilt worden auf Grund der Aussagen eines Beamten, dem ich nicht 300 M. geben wollte. — Angell. W. Bruhn: Ist es nicht richtig, daß Sie zu mir gekommen sind, um zu hören, ob ich etwas für Ihre Verurteilung tun kann? Da können Sie doch keine so große Angst vor mir gehabt haben. — Zeuge: Vor Ihnen habe ich keine Angst, ich habe vor Menschen überhaupt keine Angst, sondern nur vor Gott. Ich hatte nur Angst für mein Geschäft; Geschäft und Person sind zweierlei.

Der Zeuge Schriftsteller Hans Ostwald, der Herausgeber der „Großstadt-Dokumente“, soll eine Heuerung Dietrichs beklunden, die darauf hinweisen sollte, daß die Artikel nur zum Zweck der Inseratenwerbung geschrieben seien. Der Zeuge kann keine Heuerung, die auf eine unehrenhafte Handlung hindeuteten, beklunden.

Der nächste Zeuge ist der

Schriftsteller Richard Dietrich.

Er bekundet, daß er Mitbegründer der „Wahrheit“ und mit einem Drittel am Reingewinn beteiligt war. Er sei jedoch schon nach einem Jahre ausgeschieden und habe dann später die „Große Glocke“ gegründet, aus welcher er aber ebenfalls schon inzwischen wieder ausgeschieden sei. — Vorf.: Sie waren doch mit Wilh. Bruhn früher bei der „Staatsbürger-Ztg.“ und sind auch dann zusammen ausgetreten. Hat Bruhn damals etwas über die Tendenz der zu gründenden „Wahrheit“ mit Ihnen gesprochen? — Zeuge: Jawohl, die „Wahrheit“ sollte, wie sie ja auch in ihrem Artikel heißt, ein freies deutsches Wochenblatt, frei und unabhängig von jeder Partei sein. Wir wollten vor allen Dingen solche Sachen bringen, welche die Tagespresse aus materiell-egoistischen Interessen stets verschweigt. — Vorf.: Leider werden ja vielfach auch die intimsten Familiendinge in aller Öffentlichkeit breit getreten. Ist meine, es ist sehr gut, daß die ankündigende Tagespresse solche Familienverhältnisse verdrängt, sonst wäre ja kein Mensch mehr sicher. — Zeuge: Von Familienverhältnissen ist ja auch keine Rede. Ich meine nur, daß wir saule Sachen, die von Leuten, die im öffentlichen Leben eine Rolle spielen, an das Licht ziehen wollten. — Vorf.: Na, ist das vielleicht eine „saule Sache“, wenn einem die Frau austritt? Solche rein persönlichen Sachen haben Sie doch immer sehr gern gebracht, zum Beispiel in dem Artikel, welcher sich gegen Herrn von Weichroder wendet. — Angeklagter Bruhn bittet um Verlesung dieses Artikels, um festzustellen, daß der Artikel sich um ganz etwas anderes dreht. Als Bruhn hierbei sehr erregt wird und wieder mit der Hand auf die

Brüftung der Anklagebank schlägt, zieht er sich eine Ermahnung des Vorsitzenden zu: „Na, na, nicht wieder so heftig werden. Sie wissen doch —“ Der Angekl. Bruhn beantragt nochmals die Verlesung des Bleichöder-Artikels, da sich daraus ergeben werde, daß diesem Artikel nicht Mißachtung, sondern sehr ernste ethische Motive zugrunde lagen. — Die Verlesung des Artikels wird vorgenommen.

Zeuge Dietrich bestätigt in seiner weiteren Vernehmung, daß er der Verfasser derjenigen „Lebemanns-Briefe“ sei, die mit „Sathr“ unterzeichnet waren. Er bestreitet, daß diese Lebemanns-Briefe irgend welche Anspielungen enthielten; wer sie liest, könne nicht leugnen, daß sie einen künstlerischen Wert besitzen. Ihre Tendenz werde vollkommen verkannt. Sie sollten eine grausame Satire auf die schönen Ballberichter sein, wie sie Ludwig Pietich u. a. zu veröffentlichen pflegen und in welchen die Damen der guten Gesellschaft bis auf den Hals defolletiert vorgeführt wurden. Deshalb seien von ihm Notizen herangezogen, zum Teil seien wirkliche Ergebnisse wiedergegeben worden, teils seien die Episoden erfunden. Er sei ganz in Frieden von Bruhn geschieden. Wichtig sei es allerdings, daß, nachdem er „Die große Glode“ begründet, sie sich im „Briefkasten“ gegenseitig angeboten haben. Der Zeuge weist entschieden den Gedanken zurück, daß die Artikel über die Nachtotale die Tendenz gehabt hätten, Ankerate zu erlangen. Eine Verurteilung, wie sie der Zeuge Platz vom Hörsaal hier befundet, dahingehend, daß die Firmen sich alle „gegen Brandstiftungen bei der „Wahrheit“ versichern müßten“, habe er unter gar keinen Umständen getan. — Bei der Erörterung der „Augen“-Angelegenheit sagt der Zeuge auf Verfragen: Ich hat einen Freund, mir Geld zu leihen, er konnte mir aber nur Augen geben, die von Siedmeyer stammten. Ich bemühte mich dann, diese Augen zu Geld zu machen, in Berlin hat man mich aber überall ausgelacht. (Weiterkeit.) Man sagte mir, die Dinger seien wertlos; sie sahen auch äußerlich schon schmierig aus (Weiterkeit), und es wurde mir auch gesagt, daß sie gar nicht ordnungsmäßig angefertigt wären. Ich habe mich an die größten Experten für Augen gewandt, zunächst an Herrn Siedmeyer selbst, er hat aber nicht geantwortet. — Vors.: Er sagt, sie seien jetzt über 200 M. wert. — Zeuge: Wenn ihr Wert infolge dieses Prozesses so gestiegen ist, vielleicht läuft er sie jetzt dafür? (Weiterkeit.) — Vors.: Herr Siedmeyer, wo sind denn die Augen zu verwerten? Herr Dietrich würde es gewiß gern erfahren. (Weiterkeit.) — Zeuge Dietrich: Ach ja, wenn ich das nur erfahren könnte! (Weiterkeit.) — Des weiteren befundet der Zeuge: Ich habe mich wegen der Augen auch an den Handelslehrer Heise gewandt, dieser aber sagte: er wolle sie ganz gern zerbieren, aber dafür sollte ich ihm noch drei Augen a 50 M. abnehmen. (Weiterkeit.) — Rechtsanwält Dr. Meher: Wie ist denn Ihr Freund zu den Augen gekommen? — Zeuge: Das möchte ich im Interesse meines Freundes nicht sagen. — Rechtsanw. Dr. Meher: Mir genügt die Andeutung, daß es sich wohl um ein Darlehen mit einer Zugabe von Augen handelt. Auf Vorhalt des Angekl. B. Bruhn bestätigt der Zeuge Dietrich noch,

daß Bruhn ihm nahegelegt habe, in seinen Klauerereien alle anstößigen Stellen zu vermeiden.

Der alsdann vernommene Zeuge Kaufmann Eisner sagt unter anderem aus, daß seinerzeit über das Primophon-(Schallplatten-)Unternehmen eine ungünstige Betrachtung in der „Wahrheit“ erschienen sei. Dann habe sich die Sache so abgespielt, wie es gestern der Angeklagte Weber geschildert. Er sei nicht zur Aufgabe eines Inserats gedrängt worden, habe im geschäftlichen Interesse annonciert und als er mit den Inseraten aufgehört, sei er nicht etwa wieder angegriffen worden.

Die Sitzung schließt nach einer kurzen Vernehmung des

Zeitungsredakteurs Richter, der befundet, daß den Straßenhändlern von Bruhn oder einem anderen keinerlei Anweisungen gegeben worden seien, daß sie besondere Artikel besonders laut anpreisen sollten. Diese Leute tun dies ganz von selbst und glauben ein Geschäft damit zu machen. Auch die „Zukunft“, der „Roland von Berlin“ und andere Wochenblätter werden von den Straßenhändlern laut ausgerufen. Hierauf wird die Sitzung auf heute 9 Uhr vertagt.

Verfammlungen.

Zentralverband der Schuhmacher. Bei Hofer in der Weberstraße fand am Mittwoch die Generalversammlung der Filiale Berlin des Schuhmacherverbandes statt. Es wurde der Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal gegeben. Der Kassenbericht, den den Mitgliedern in Verbriefsform vorlag, schließt für die Zentralkasse mit der Bilanzsumme von 14 978,50 M. ab. Unter den Ausgaben stehen als die größten Posten 4074 M. für Krankenunterstützung und 2782,50 M. für Arbeitslosenunterstützung, zu der übrigens aus der lokalen Zuschußkasse noch 235,90 M. an Zuschuß gezahlt wurden. An die Hauptkasse des Verbandes wurden 4528,65 M. eingekandt. Die Abrechnung der Lokalkasse weist die Bilanzsumme von 14054,45 M. auf. Die Kapitalanlage ist im Laufe des Quartals von 7353,40 M. auf 8353,00 M. gestiegen. Die Mitgliederzahl der Filiale ist von 2504 auf 2686 gestiegen, also um 182. — Der Kassierer Wendig gab zu dem Bericht noch eine Reihe mündlicher Ergänzungen und Erläuterungen. Dann berichtete der Vorsitzende Hamann über die Tätigkeit im verfloffenen Quartal, die eine sehr umfangreiche war und auch ziemlich gute Erfolge gebracht hat. In einer Anzahl von Fabrikten haben Lohnbewegungen stattgefunden, die teils mit, teils ohne Streik zu Lohn erhöhungen und anderen Verbesserungen im Arbeitsverhältnisse führten. Eine allgemeine Bewegung haben bekanntlich die Ballschuhmacher durchgeführt, und der Erfolg waren Lohn erhöhungen von 5 bis 10 Proz. Zur Tarifbewegung der Schuhmachergehilfen in den Maßgeschäften und Reparaturwerkstätten teilte der Redner mit, daß die Ortsverwaltung beschlossen hat, zur Verbreitung im nächsten Jahrlaubend Flugblätter herauszugeben,

durch die die Arbeiterschaft aufgefordert wird, nur in solchen Werkstätten arbeiten zu lassen, wo der Minimallohn tarif anerkannt und durchgeführt ist. Der Redner erwähnte ferner, daß die Zustände auf dem einseitig geleiteten Arbeitsnachweis des Verbandes der Schuhwarenfabrikanten unhaltbar sind und mit aller Kraft danach gestrebt werden muß, den Nachweis paritätisch zu gestalten. Diese Angelegenheit wurde noch weiter in der Diskussion besprochen. Der Arbeitsvermittler soll 3 oder 4 Arbeitslose nach Stellen schicken, wo nur ein Mann verlangt wird. Ein weiterer, fast unglaublich erscheinender Mangel ist, daß den Arbeitssuchenden kein Aufenthaltsraum zur Verfügung steht, so daß sie sich vorm Hause auf der Straße aufhalten müssen, um die Arbeitsvermittlung abzuwarten. Wie man Arbeitern, namentlich jetzt, wo der Winter hereinbricht, dergleichen zumuten kann, ist unbegreiflich. — Der Vorsitzende machte auf die Wichtigkeit der Beteiligung an den am 18. November stattfindenden Gewerbegeheimwahlen aufmerksam und gab die nötigen Anweisungen dazu. Hierauf berichtete Wendig über den internationalen Schuhmacherkongress, der Ende August in Kopenhagen tagte. In der Diskussion über den Bericht sprachen mehrere Redner ihr Mißfallen darüber aus, daß der Kongress 1000 M. an den Unkosten der Studienreise nach Amerika bewilligte. Es handelte sich hierbei ja doch in der Hauptsache um Gelder des deutschen Verbandes, und die Reise selbst werde für die Organisation wenig Nutzen bringen. Der Referent, der seinerzeit auf dem Verbandstag gegen jene Reise gestimmt hatte, erklärte, daß er auf dem internationalen Kongress aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen für die Bewilligung der 1000 M. eingetreten sei. Da die Reise nun doch unternommen werden sollte, sei es doch angebracht, nicht den deutschen Verband allein, sondern auch die Internationale zu den Unkosten heranzuziehen.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner
Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	26.10.	26.10.		26.10.	26.10.
	am	seit		am	seit
Memel, Küst	—	—	Saale, Großh.	78	0
Regel, Ankerburg	—38	0	Saale, Ebnau	68	0
Weiße, Thurm	42	0	Radonow	93	-2
Oder, Rastow	140	+2	Spre, Spremberg	86	0
„ Krossen	152	-5	„ Beeskow	149	-4
„ Frankfurt	163	-4	„ Rindow	100	-2
„ Schrimm	10	0	„ Rindow	19	-2
„ Landsberg	12	-1	„ Rindow	354	-2
„ Hordamm	18	-3	„ Rindow	159	-3
„ Leimzig	15	-1	„ Rindow	144	-3
„ Dresden	110	-7	„ Rindow	45	-2
„ Pargz	137	-5	„ Rindow	115	0
„ Magdeburg	129	-3	„ Rindow	47	-8

+) + bedeutet Hoch, — Nied. *) Unterbezel.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Preise nur für
Freitag und Sonnabend

Lebensmittel

Soweit Vorrat

Wild und Geflügel

Suppenhühner Stück	1 ³⁵ 1 ⁵⁰ 1 ⁸⁵	Gänse Pfund	53, 58, 65 Pt.
Brathühner Stück	70, 90 Pt. 1 ²⁵	Oderbrucher Gänse Pfd.	63, 68 Pt.
Brathähne Stück	1 ⁴⁵ 1 ⁷⁵ 1 ⁹⁵	Hirschfleisch	
Enten Stück	1 ⁸⁵ 2 ⁵⁰ 2 ⁹⁵	Ragout	Blatt Rücken u. Keule
Fasanen Stück	1 ³⁵ 2 ²⁵	Pfd	25 Pt. Pfd. 55 Pt. Pfd. 80 Pt.

Obst und Gemüse

Kochäpfel Pfund	9 Pt.	Apfelsinen Dutzend	70, 80 Pt.
Thüringer Tafeläpfel Pfund	12 Pt.	Rotkohl Kopt	5, 8, 10 Pt.
Almerla-Weintrauben Pfund	25 Pt.	Weisskohl Kopt	5, 8, 10 Pt.
Knackmandeln Pfund	60 Pt.	Wirsingkohl Kopt	5, 8, 10 Pt.
Traubenrosinen Pfund	55 Pt.	Blumenkohl Kopt	12, 20, 25 Pt.

Spinat Pfund	7 Pt.	Sellerie Knolle	6, 8, 12 Pt.	Mohrrüben 3 Pfund	10 Pt.	Telt. Rübchen Pfd.	10 Pt.
------------------------	-------	-----------------	--------------	-------------------	--------	--------------------	--------

Nur Leipziger Strasse

Hammelfleisch

Dünnung Pfd.	50 Pf.	Keule Pfd.	70 Pf.
Haxen		Dicke Rippe	
Ragout		Rücken	
Talg		Kotelette	

Schierbraten	1 ⁰⁰	Filet-Oberschale	1 ⁰⁰
Schaukelbraten		Vorder-Filet	

Schweinefleisch

Kamm Pfd.	80 Pf.
Pökelkamm	
Schinken	
Rippchen	

Kassel. Rippespeer	80 Pt.
Schweinebauch	Pfund 70 Pt.

Rindfleisch

Schmorfleisch Pfd.	90 Pt.
Schabefleisch	
Roulade	
Blume	

Bratwurst	70 Pt.
Gehacktes	60 Pt.

FISCHE

Lebende Hechte Pfund	70, 85 Pt.
Lebende Karpfen Pfund	68, 85 Pt.
Grosse lebende Aale Pfd	80, 90 Pt.
Lebende Schleie Pfund	1 ⁰⁰

Tafel-Lachs Pfund	45 Pt.
Im Anschnitt Pfund	60 Pt.
Schollen Pfund	10, 25 Pt.

Kabeljau im Ganzen Pfund	16 Pt.
Seelachs im Ganzen Pfund	18 Pt.
Schellfisch Pfund	10, 20 Pt.
Rotzungen Pfund	45 Pt.

Die besten Bouillon-Würfel sind die von MAGGI



1 Würfel
für 1/4—1/2 Liter
je nach Geschmack.

5 Pfg.

Man achte auf den Namen **MAGGI** und die Schutzmarke





Theater und Vergnügungen



Freitag, 28. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Reines königl. Oper-Theater.
Lobengrin. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Jopel und Schwert.
Deutsches Sommertheater.
Leitung. Die Frau vom Meer.
Trianon. Der heilige Hain.
Anfang 8 Uhr.
Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege.
Reines Schauspielhaus. Lartiff.
Der v. Bourcaunac.
Berliner. Die törichte Jungfrau.
Reines Schauspielhaus. Der Kaiser.
Abschied vom Regiment.
Konische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Reizend. Noblesse oblige.
Kleines. Die verfluchten Braut-
zimmer. Erster Klasse.
Valita. Hand und Herz.
Schiller. Die Räuber. (Theater.)
Robert und Bertram.
Schiller. Charlotteburg. Der
Dummkopf.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Krieg im Frieden.
Luisen. Berlin geht zu Bett.
Reines Operntheater. Der Graf von
Luxemburg.
Lustspielhaus. Der Feldherrn-
hügel.
Volksoper. Der Postillon von
Lyon.
Modernes. Der Nolo.
Perenfeld. Eine verlorene Nacht.
Der Derby-Sieger.
Reise. Das neue Gebot.
Golds Caprice. Der schwarze
Schimmel. — Volle Pension.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Gurra — Wir leben
noch!

Lessing-Theater.
7 1/2 Uhr: Neu einstudiert: Die Frau
vom Meer.
Sonnabend 8 Uhr: Wenn der
junge Wein blüht.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Die törichte Jungfrau.
Morgen 7 1/2 Uhr zum erstenmal:
Der schwarze Junger.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr zum erstenmal:
Die Schauspieler d. Kaisers.
Hierauf:
Abschied vom Regiment.
Ferdinand Bonn als Goliath.
Morgen und folgende Tage: Die
selbe Vorstellung.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die schönste Frau.
Sonn. 8 1/2 U.: Die geschiedene Frau.
Modernes Theater
(früher Hebeltheater).
Heute und täglich 8 Uhr:
Die beste der Frauen.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Noblesse oblige.
Schwan in 3 Akten von Hennequin
und Weber.
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Noblesse oblige.
Sonnabend, 29. Oktober, 3. ersten-
mal: **Der Herr von R. 19.**
Sonnabend, 30. Okt., nach 3 Uhr:
Kümmere Dich um Amélie.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Freitag, den 28. Okt., abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Sonnabend 8 1/2 Uhr: Friedens-
Nacht. 8 Uhr: Krieg im Frieden.
Sonnabend 8 1/2 Uhr: Faust. 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Montag: Krieg im Frieden.

Luisen-Theater.
Nobilität! Nobilität!
Berlin geht zu Bett.
Voll mit Gesang und Tanz von
Ernst Hiltnerfeldt.
Musik von H. Leonard.
Sonnabend nachm. 4 Uhr große
Kinderoper: **Frau Holle.** 8 Uhr:
Kean.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Dithelo.
8 Uhr: Berlin geht zu Bett.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Das neue Gebot.
Schauspiel in 3 Akten v. C. v. Wildenbruch.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Schiller-
werk: **Die Anna-Lise.** Abends und
Sonnabend: **Die Verschönerung der
Frauen.** Sonntag nachm. 3 Uhr:
Dithelo.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
**Der Vierwaldstätter See und
der Gotthard.**
Invalidenstr. 57/62. 8 Uhr:
Prof. Dr. P. Schwahn: Die Be-
wegungen der Himmelskörper.

Berliner Volksoper
Voller Abonnement. 1/2 9 Uhr:
Der Postillon von Lyon.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

Metropol-Theater.
Gurra!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern
v. H. Freund. Musik v. H. Holländer.
In Szene gesetzt von Dr. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauschen gestattet.



Letzte Vorstellungen!
Saharet
in ihren neuen Originalkreationen
Reynolds and Donagan
das amerikanische Tänzerpaar
in vollend. Rollschuh-Meisterschaft
The 3 Meers
komischer Drahtseil-Akt
sowie d. komisch-mimisch-groteske
Oktober-Programm!



Rur noch bis inkl. 31. Oktober:
9 1/2 Uhr Gastspiel
Rudolf Schildkraut
in der Nobilität
Capriccio mortale.
Komödie in 1 Akt von L. Sippert.
Vorher 8 Uhr:
Die großen Spezialitäten.

**Herrnfeld
Theater**
Von 8-11
**Stürmisches Leben über
Eine verlorene Nacht**
Ein lustiger Trauerfall in 2 Akten
von Anton und Donat Herrnfeld.
Hierzu: **Der Derby-Sieger.**
Komödie von H. Reibhardt.
Anf. 8 Uhr. Vorher 11-2 (Theater).

Passage-Theater.
Letzte Tage
Das kolossale
Oktober-Programm.
14 erstklassige
Varieté-Attraktionen

Passage-Panoptikum.
Prinz Atom,
der kleinste Mensch aller Zeiten
lebend!
**Buddhas dunkles
Geheimnis.**
**Der Mann mit dem
eisernen Schlund!**
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Volle Pension.
Neuer dunter Teil.
Der schwarze Schimmel
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Feldherrnhügel
von Hengstler und Soda Soda.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstraße.
Das grandiose Oktoberprogramm mit
Franz Sobanski.
Reu! Mr. Alfred, Sportakt. Reu!
Reu! Powell Smith and Miss Toni,
komische Originalität.
Verlorenes Glück.
Vollständ. mit Gesang in 1 Akt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat).
Freitag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Voll mit Gesang in 4 Akten
von Gustav Kieder. Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Neue Jugend.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Dummkopf.
Auffpiel in 5 Aufzügen v. L. Bulda.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Götz von Berlichingen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Sodoms Ende.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Edmont.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Grete kehre zurück!
Das schönste kinematographische Drama;
täglich die Glanznummer im Rieson-
Programm vom **Union-Theater,**
Reinickendorfer Straße 14.

CLOU
Mauerstr. 82
Zimmerstr. 90-91
**Berliner
Konzerthaus**
Eröffnung: Sonnabend, 29. Oktober
Gastspiel v. Mitgl. d.
Mailänder Scala-Orchesters
Dirig.: Egipto Tango.
66 Künstler. — 10 Solisten.

LICHTSPIELE.
Mozartsaal — Nollendorfsplatz.
Heute u. a.:
Unser Kaiser in Brüssel.

Rollschuhbahn
Kurfürstendamm 151
Vorletzter Tag
vom
Damen-Wettbewerb.
Promenade der Wettbewerberinnen
um 10 1/2 Uhr abends.
2000 Mark in Preisen, ausgestellt in der
Rollschuhbahn.
Täglich geöffnet von 11-1 Uhr vormittags und von 3 1/2-12 Uhr
nachmittags. — KONZERT von 8 1/2-12 Uhr.

U.T.
**Sonnabend
6 Uhr**
Eröffnung
des 4. Theaters
Hasenheide
(Unions-Brauerei).

Volks-Lieder-Saal
Tiergartenhof, am Bf. Tiergarten.
Heute 8 1/2 Uhr:
Anton Sisternans
und das Kalweit-Quartett u. a. m.
Saalplatz 75 Pf. inkl. Garderobe u. Texten (Res. 1,25).

Sonntag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der
„Vorsitz-Säle“, Adlerstr. 6-7:
Die vulkanischen Erscheinungen
und ihre Ursachen.
Großer Lichtbilder-Vortrag mit 71 weiß farbigen Lichtbildern
nach photographischen Aufnahmen.
Vortragender: Herr Roth-Berlin.
Nach dem Vortrage: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. — Programm
25 Pf. am Eingang des Saales. Salomon Joseph, Klav. Nr. 34.
Reichstein-Saal. Sonntag, den 30. Oktober, 8 Uhr abends:
Künstler-Konzert der Franz Liszt-Akademie.
Mitwirkende: Frau Rita Straußmann, Frä. Marie Raegler, Klavier. Frä.
Gabriele Heubler, Vortragmeisterin. Herr Heddenblut, Konzertfänger, Tenor.
Herr Kurt Heymann, Violoncellist.
Witzels a 3 R. bei Boie u. Bod, Leipzigerstraße.
Mit dem 1. November eröffnet die Akademie ihre große Klasse in der
Reformpädagogik Martha Reumerts für Klavier und Gesang. Concert
monatlich nur 5 Mal.

Zirkus A. Schumann.
Heute Freitag, 28. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Die mit großem Beifall auf-
genommene
Ausstattungs-Pantomime
Der große Coup
der
Schmuggler.
Der Herberfall auf einen
Eisenbahnzug.
Vorher: Das gr. Programm u. a.:
Mirza Golem-Truppe
12 Personen sowie
die übrigen Attraktionen.

Walhalla-Theater
Reinickendorfer Str. 19/20.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! — Da capo!
Eine Allerwelts-Revue
in 5 Akten von H. Reichardt, Musik
von H. Heile. In Szene gesetzt vom
Direktor James Klein.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Preziosa
in glänzender Ausstattung.
Ermäßigte Preise.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Die urkomische Volke
Der schneidige Rudolf.
Rudolf Vimpelmann: Dir. H. Berg.
Vorher das glänzende bunte Progr.
Rur Attraktionen ersten Ranges.
Sonn. 8 1/2 Uhr: Berühmte Töchter.

Theater Sanssouci.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Heute zum letztenmal:
Su hat's geschmupp
Das glänzende
Oktober-Programm.
Sonnabend, 29. Oktober:
Zum ersten Male:
Ah die Kerls!!

Trianon-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr zum erstenmal:
Der heilige Hain.

Zirkus Busch.
Freitag, den 28. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Herr Dirikt. H. E. Orlando aus
Stockholm mit 20 in Freiheit
vorgeführten Vollblütern!
The Rapides
Herr Alfred Ott, Schulleiter.
3 Gebr. Fratellinis
urkomische Clowns.
Die Fredianis!
Um 9 1/2 Uhr, zum 46. Male:
„VENEZIA“
Sonn. 2 außerordentl. Galavorst.

Karl Haverland-
Anfang Theater, Kommandanten-
platz, 8 Uhr. Straße 77/79.
Das wunderbare
Oktoberprogramm
14 und erstklassige
Spezialitäten. 14

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonnabend, den 29. Oktober 1910.
Große Elite-Vorstellung!
Größter Erfolg!
Zum erstenmal wiederholt:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Aufzügen von Franz
Adam Beyerlein.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 9 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
norm. Groterjan, Judas. i. Rud. Herz,
Schönhanser Allee 129. Tel. 3, 6353.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonn. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen
Wochen. Stets wechsl. Programm.
Dienstags u. Freitag v. 4-6 1/2 Uhr
Kinder-Vorstellung. Kinder 10 Pf.,
Erwachsene 20 Pf. Jeden Sonntag
im Oberaal: Künstlerkonzert.
Entrée 15 Pf. Garderobe 10 Pf.

„Groß-Berlin“
Theater und Varietés-Ensemble.
Freitag **Artushof**
Moabit, Verlegerer Str. 26.
4 U. Kinder-Vorst. m. Gratispräsidentent.
Des armen Kindes Weihnachtsgesch.
Abends 8 1/2 Uhr:
Die Heye vom Traunsee
oder: Der Brand d. Karbachmühle

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
„Im Hunseloch“.
Witt. Hamoc. v. Weyfel
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Kino-Theater Brusch
nur
64 Badstr. 64
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

**Union-
Theater**

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf-Palast. Vom Lokal des Genossen Schilling, Lauenburger Str. 20, aus erfolgt heute Freitagabend 7 Uhr eine Handzettelverbreitung im 8. und 9. Wahlbezirk.

Das sozialdemokratische Wahlbureau ist im Lokal von Schilling, Lauenburger Str. 20, wochentäglich von 8 bis 10 Uhr abends geöffnet. Alle Anfragen usw. werden hier erledigt.

Steglin-Friedenau. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Athenischlo“ der vierte Vortragsabend statt. Es wird das Thema: „Die Zeitalter der Erdgeschichte mit besonderer Berücksichtigung unseres Gebietes“ behandelt. Im Anschluß daran Beantwortung der gestellten Fragen. — Am Mittwoch, den 16. November (Dahstag), nachmittags 6 Uhr, findet die Fritz Reuter-Fest im großen Saale des „Athenischlo“ statt. Die Veranstaltung ist eine gesellige Offene Tagelasse wird nicht geführt. Wir ersuchen die Wahlvereinsmitglieder die Eintrittskarten vorher von den Bezirksführern zu entnehmen. Der Bildungsbandschuß.

Grünau. Am Sonntag, den 30. Oktober, morgens 8 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung von der Grünen Ede, Köpenicker Str. 88, aus. Der Vorstand.

Schönendorf bei Königswinterhausen. Am Sonntag, den 28. d. M., abends 8 Uhr, findet unsere regelmäßige Mitgliederversammlung bei Otto Pätzsch statt. Tagesordnung: Die Bedeutung der Konsumgenossenschaft für die Arbeiterklasse. Referent: Genosse Stöcker. Bericht der Gemeindevertreter. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Wieder-Schönhausen-Kordend. Am Sonntag, den 30. Oktober, früh 8 Uhr, findet eine Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus statt. Die Bezirksleitung.

Hermendorf-Waldmannslust. Sonntag, 30. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr, findet im „Forschaus“ ein Vortrag mit Rezitationen über Heinrich Heine statt. Referent: Genosse Zimmermann-Karlshorst. Die Parteigenossen werden erlucht, für diese Veranstaltung zu agitieren. Nach dem Vortrage gemütliches Beisammensein.

Mühlentee (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 30. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal von H. Meyer (Dachhorst) die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Ruth-Ober-Schöneweide. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Treffpunkt der Nieder-Schönhäuser Genossen um 1 1/2 Uhr bei Schäffeler, Kordend. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Der Magistrat hatte gestern Besch. Mehrere der Beschlüsse, die die Stadtverordnetenversammlung faßte, bedeuteten für ihn keine gute Sensur.

Seine Vorlage über die Neuregelung der Mietsentschädigungen für das Lehrpersonal der Gemeindegulen kam aus dem Ausschuss heraus, wo es recht lebhaft Auseinandersetzungen mit dem Magistratsvertreter gegeben hatte. Sie wiederholten sich gestern im Plenum und wieder unterlag der Magistrat. Der Ausschuss hatte es für wünschenswert gehalten, daß der Magistrat durch einen an den Oberpräsidenten zu richtenden Antrag die Möglichkeit einer ausreichenden Erhöhung der Mietsentschädigungen herbeizuführen suche, und ein dahingehender Beschluß wurde der Versammlung empfohlen. Stadtrat Firsekorn, der sogleich nach dem Ausschussbericht das Wort ergriff, erklärte dieses Vorgehen für aussichtslos. Damit man über den Grund dieses Widerstandes unseres Magistrats nicht im Zweifel sei, wies der Herr Stadtrat warnend auch auf die Kosten hin. In der Versammlung fand er keine Unterstützung, auch nicht bei Herrn Cassel, der sonst für Hintertreue auf den Kostenpunkt nicht unempfindlich zu sein pflegt. Auch wurde dem Magistrat von Herrn Cassel nochmals vorgerückt, daß für diese Vorlage gar nicht erst die Schuldeputation zu Rate gezogen worden ist. Genosse Borgmann stellte fest, daß bei dem Magistrat solche Uebergehungen von Verwaltungsdeputationen längst nicht mehr neu sind und nachgerade zur Gewohnheit zu werden drohen. Dem tabelnden Urteil über die Haltung, die der Magistrat in der Frage der Mietsentschädigung einnimmt, schloß unser Redner sich an. Die Vorlage wurde dann angenommen, angenommen aber auch der Beschluß, der den Magistrat auffordert, sich an den Oberpräsidenten zu wenden.

Auch um den Plan der Erweiterung der Wasserwerke war in dem Ausschuss, der den Magistratsentwurf zu prüfen hatte, hitzig gestritten worden, und auch hier wurde gestern nach der Berichterstattung des Ausschusses der Streit erneuert. In Zusammenhang mit diesem Erweiterungsplan steht die Erörterung der Frage, ob die Stadt Berlin tatsächlich genötigt ist, wieder mehr als bisher das Müggelseewasser als Hilfsmittel der Wasserversorgung heranzuziehen. Die Debatte im Plenum brachte unter anderem einen sehr unangenehmen Zusammenstoß zwischen unserem Genossen Weyl und dem Stadtrat Kumschüttel, dem Vorsitzenden der Wasserwerksverwaltung, der diesmal — seiner Gewohnheit zuwider — nicht abweisend war. Weyl warf der Wasserwerksverwaltung bürokratische Schwerfälligkeit vor und wünschte ihr mehr kaufmännische Gewandtheit, worauf Herr Kumschüttel mit einer Grobheit erwiderte. Die Versammlung stimmte, wie der Ausschuss es vorschlug, dem Magistratsentwurf mit der Bedingung zu, daß Seewasser in größerer Menge als bisher nur im äußersten Notfall gehoben werden dürfe. Daneben wurden Erklärungen beschlossen, die den Magistrat zu mehr Eile ermahnen und ihn auffordern, im Tegeler See bei der Führung des dort zu legenden Druckrohres sich ohne die viel umstrittenen Inseln zu helfen und die Arbeiten für das Wasserwerk Heiligensee schleunigst zu beginnen.

Noch schlechter schnitt der Magistrat mit einer Vorlage ab, die sich auf die Wiederaufstellung der Königskolonnen im alten Botanischen Garten bezog. Diese Vorlage wurde als so mangelhaft begründet befunden, daß die Beratung abgebrochen und die Sache vertagt wurde.

Die Bedienstetshastigkeit des Berliner Kommunalvereins tritt besonders bei Fürstenempfängen deutlich in Erscheinung. Wie würdelos der Berliner Feinsinn ist, erhellt am besten daraus, daß Stadtvertretungen des Auslandes bei Empfang fremder Potentaten sich nie und nimmer in die Rolle des Bedienten drängen lassen, wie unsere „Liberale“. Das hat sich gezeigt, als der deutsche Kaiser nach London kam, das mußte festgestellt werden, als Wilhelm II. auch Wien besuchte und jetzt muß das gleiche aus Brüssel berichtet werden. In allen genannten Fällen begrüßten die genannten Stadtvertretungen den Gast in ihren eigenen

Räumen. Von einem Aufwarten beim Tor am Kutschensalag war keine Rede. Niemand stellte sich beim Regen oder Sonnenschein auf, um eine Ansprache an den „hohen Herrn im Wagen“ zu halten, wie das in Berlin der Fall ist, wo nach einem allernüchternen „Danke!“ der Wagen weiter fährt und die Stadtvertretung abtrotten kann.

Der „Kunstwart“ kritisierte kürzlich die Berliner Empfangsart treffend wie folgt:

„Der Berliner Brauch ist eine Würdelosigkeit, die in ganz Europa belacht wird, so oft man sie durch die illustrierten Blätter im Bilde vertritt. Wachte man sich dabei allein über die Berliner Regimentsleute lustig, die bei all' ihrem politischen Fortschrittsliberalismus nicht das bishigen Mannheit ausbringen, zu sagen: „das tun wir nicht mehr“ — es ginge noch an. Aber man beurteilt nach dieser hauptsächlichsten Komödie das deutsche Bürgerum überhaupt, und so trägt jede ihrer Aufführungen dazu bei, den Ruf, wir seien ein Völkervögel, zu kräftigen.“

Mehr Licht beim Gericht! Ein sehr dürftiges Gerichtsgebäude ist dasjenige des königlichen Amts- und Landgerichts II am Hallschen Ufer. Hier gibt es noch Korridore, die jeden Tag von Richtern, Anwälten, Publikum benutzt werden müssen und trotzdem wie ein Alkoven in völliger Dunkelheit liegen. Parteien, die beispielsweise nach dem Zimmer 40 im ersten Stockwerk geladen sind, können daselbst regelmäßig zunächst nicht finden. Es liegt am Ende eines Korridors, der so stockdunkel ist, daß man nicht mal die Kammern an den Türen erkennen kann. In diesem dunklen Hintergrunde wird ein Verhandlungszimmer, das noch dazu ein Sitzungssaal des Landgerichts ist, gar nicht bemerkt. Wenn ein Richter oder Rathgeber abends ohne Laternen fährt, wird er gerichtlich bestraft. Für das Gerichtsgebäude aber scheint die Selbstverständlichkeit, daß Licht dazu da sein soll, um Schaden zu verhüten, nicht zu existieren. Vielleicht erleben wir es noch, daß man in jener düsteren Gerichtsbude während der Amtszeit eine Gasflamme brennen läßt.

Nervöse Schulleute.

Daß zahlreiche Schulleute bei der geringsten Kleinigkeit aus dem Häuschen geraten und die Hand schnell am Säbel haben, ist kein Geheimnis mehr; noch in Noabit hat sich das sehr deutlich gezeigt. Es verwundert uns deshalb nicht im geringsten, wenn jetzt mitgeteilt wird, daß nach Angabe der Vertrauensärzte der Polizei die Berufskrankheit der Schulleute die Neurasthenie ist, die sich durch Nervenüberanstrengung einstellt. Es sollte unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß nervenfranke Leute nicht auf das Publikum losgelassen werden.

Auf der Schöneberger Untergrundbahnstraße Rollendorfsplatz-Hauptstraße fand gestern nachmittags eine Probefahrt für die geladenen Vertreter der Berliner Presse statt. Die Bahnstrecke, die bereits zum größten Teil fertig ausgebaut ist, besitzt fünf Haltestellen und hat eine Gesamtlänge von 3,3 Kilometer. Alle Bahnhöfe mit Ausnahme des Vorerstigen Platzes sind für den Dreiwagenbetrieb ausgebaut und besitzen nur einen Zugang. Der Untergrundbahnhof Rollendorfsplatz dagegen wird mit dem Hochbahnhof durch einen Glasgang verbunden. Auf allen Haltestellen ist ein Mittelbahnsteig angelegt worden, da sich diese Einrichtung auf den Strecken der Hochbahngesellschaft bestens bewährt hat. Vom Rollendorfsplatz gelangt man in zwei Minuten zum Victoria-Platz und von diesem in einer Minute nach dem geräumigen Vorerstigen Platz, der munderhübsch in weiß und blau gehalten ist. Die nächste Haltestelle ist der Stadtpart, durch dessen hohe und breite Fenster man einen reizenden Ausblick auf den neuangelegten Stadtpart hat. Rechts von der Bahn dehnen sich Spielplätze und Gartenanlagen aus, die einen kleinen, künstlich gespeisten See umgeben. Der letzte Bahnhof, der vorläufig für den Verkehr freigegeben wird, ist der Bahnhof Hauptstraße in Schöneberg. Es werden jetzt die letzten Bauarbeiten, wie der Verbindungsgang auf dem Rollendorfsplatz, die Verglasung auf dem Bahnhof Stadtpart und der letzte Anstrich auf den einzelnen Haltestellen vorgenommen. Gleichzeitig werden die Fahrzeuge, die mit dem Schöneberger Stadtwappen geschmückt sind, ausgeprobt und das Personal theoretisch und technisch ausgebildet. Die Fahrzeit auf der Schöneberger Bahn zwischen den beiden Endhaltestellen beträgt nicht ganz 7 Minuten. Jeder Zug erhält zunächst zwei Wagen und zwar einen Raucherwagen II/III Klasse und einen Nichtraucherwagen II/III Klasse. Der Betrieb wird Anfang Dezember eröffnet werden.

Ein Pistolenduell in der Jungfernheide.

Gestern morgen kurz nach 7 Uhr fand in der Jungfernheide in der Nähe der Schießstände des Gardebataillonregiments ein Pistolenduell statt, bei dem der eine der beiden Duellanten durch einen Schuß in die Brust schwer verwundet wurde. Spaziergänger hörten gegen 7 Uhr kurz hintereinander zwei Schüsse fallen, deren Schallrichtung sie aber nicht feststellen konnten. Sie begaben sich, da sie vermuteten, daß ein Duell stattgefunden habe, nach Tegel, um Anzeige zu erstatten. Wenige Minuten später passierten die Stelle mehrere Feuerwerker, die sich an ihre Dienststelle bei der Munitionsanstalt am Tegeler Bog begeben wollten. Sie trafen fünf bis sechs Herren in eleganter Kleidung, die den Eindruck von Offizieren in Zivil machten. Einer von ihnen trug einen Pistolentaschen, während sich zwei andere Herren um einen in kurzer Entfernung am Boden liegenden Mann bemühten, der verletzt zu sein schien. Als die Herren sich beobachtet sahen, sprangen sie eilends auf, richteten den Verwundeten empor und führten ihn, indem sie ihn in ihre Mitte nahmen, zu einem Wagen, der in einiger Entfernung hinter den Wällen der Schießstände hielt. Die Soldaten sahen, daß der Verletzte, dessen Oberkörper noch entblüht war, aus einer schweren Wunde an der rechten Brust blutete. Ferner zeigte er eine zweite Wunde am Rücken, die darauf schließen ließ, daß die Pistolenkugel den Brustkasten durchbohrt hatte. Nach wenigen Minuten waren die Herren mit dem Verletzten hinter der Deckung des Schießstandes verschwunden und sahen im Wagen rasch davon. Die Soldaten eilten nach der Munitionsanstalt, wo sie den Vorfall sofort meldeten. Von dort aus wurden die in Betracht kommenden Polizeibehörden von Wilmersdorf, Reinickendorf, Tegel, Berlin und die militärischen Institute in der Jungfernheide telephonisch benachrichtigt. Die polizeilichen Nachforschungen nach den Beteiligten waren aber bis zur Stunde vergeblich. Weder die Namen noch der Aufenthalt der Duellanten konnten ermittelt werden, obgleich sofort Gendarmen und Polizisten die ganze Jungfernheide absuchten.

Die Deputation beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit den Anträgen der städtischen Arbeiter zum nächstjährigen Etat. Die Forderung der Arbeiter lautete auf Umänderung der Stundenlöhne in Wochenlöhne. Die Direktion der Gaswerke wollte diesem nicht zustimmen, schlug aber vor, die auf einen Wochentag fallenden Feiertage zu bezahlen. Die Deputation lehnte sowohl die Forderung der Arbeiter wie den Antrag der Direktion mit allen gegen eine Stimme ab. Die Arbeiter forderten eine Regelung resp. Erhöhung der Löhne. Die Deputation lehnte sowohl die Forderung der Arbeiter wie auch den Antrag eines Mitgliedes, eine Subkommission zur Prüfung dieser Angelegenheit einzusetzen, mit allen gegen eine Stimme ab.

Für Ueberstunden wurde eine anderweitige Regelung der Bezahlung beschlossen, dahingehend, daß diejenigen Arbeitsstunden, die außerhalb der in der Arbeitsordnung angeführten Dienstzeit liegen, als Ueberstunden angesehen und bezahlt werden sollen. Diese als selbstverständlich zu betrachtende Regelung wurde bisher in den Gaswerken nicht anerkannt.

Die Arbeiter forderten eine Verlängerung des Urlaubs. Die Direktion schlug vor, diesem Wunsch dadurch entgegen zu kommen, daß nach zehnjähriger Dienstzeit ein Urlaub von 10 Tagen gewährt werde. Die Deputation lehnte sowohl die Forderung der Arbeiter wie auch den Antrag der Direktion mit allen gegen eine Stimme ab.

Die Arbeiter forderten eine Aenderung der Bestimmungen über die Einrichtung von Arbeiterausschüssen, besonders dahingehend, daß der Vorsitzende des Ausschusses nicht wie bisher der Dirigent der Abteilung oder des Werkes, sondern ein vom Ausschuss zu wählendes Mitglied sein soll. Die Deputation lehnte sowohl die Forderung der Arbeiter wie auch einen Vermittlungsvorschlag eines Mitgliedes mit allen gegen eine Stimme ab.

Dagegen wurde beschlossen, daß die Zuschläge zum Krankengelde, die bisher an alle Arbeiter geleistet wurden, in Zukunft nur noch solchen Arbeitern gewährt werden, die mehr als drei Monate im städtischen Dienst beschäftigt sind.

Erbpacht städtischer Grundstücke. In der letzten Sitzung der städtischen Gaswerke lag der Antrag vor, ein Grundstück, über das die Gasdeputation verfügt, das sie aber entbehren kann, zu verkaufen. Auf Antrag eines Magistratsmitgliedes wurde beschlossen, das Kaufangebot abzulehnen und das Grundstück auf fünfzig Jahre in Erbpacht zu geben.

Zwischen zwei Eisenbahnwagen zerquetscht. Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern nachmittags auf dem Anhalter Güterbahnhof ereignet. Als der 45jährige Schürmeister Ernst Grohmann, aus der Drudstraße 6 in Friedenau zwei Waggons eines Güterzuges zusammenstopfen wollte, rühte die Lokomotive plötzlich zurück und schied zwischen zwei Waggons. Der Beamte erlitt einen komplizierten Schädelbruch und schwere Gehirnerschütterung und wurde in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt.

Im Zentrum von Berlin bildet sich jetzt mehr und mehr die City von Groß-Berlin. Kurzzeit werden eine große Zahl von älteren Gebäuden abgerissen, um vereinigt, umfangreichen Kaufhäusern, Geschäftspalästen Platz zu machen. Diese Umwandlung geht besonders in der Linden-, Friedrichs-, Kronens-, Zimmers-, Charlotten-, Ventz-, Wall-, Spandauer-, Rojens-, Landsberger- und anderen Straßen vor sich. Geradezu typisch ist der Abbruch der Häuser Kronenstraße 38 und 39 am Dönhofsplatz und der Grundstücke Schützenstraße 40/42, 43 und 44/45. Diese werden jetzt, nachdem sie kürzlich sämtlich niedergebrochen worden sind, zu einem einzigen Kieferngeschäftshaus vereinigt, als „Krausen Hof“ wieder die Zahl der Prachtbauten in Berlin vermehren. Vor kurzem wohnten dort noch mehr als zwanzig Familien, in Zukunft werden nur noch Geschäfte dort abgewickelt werden.

Lichtenberg abgewiesen.

Der Schullastensreit zwischen Berlin und Lichtenberg wurde gestern vor dem Potsdamer Bezirksauschuss unter dem Vorsitz des Regierungsrats Jansen verhandelt. Das Referat über den Streitfall lag in den Händen des Herrn v. Lude. Berlin war durch den Magistratsrat Jordan vertreten. Zur Verhandlung stand der Anspruch Lichtenberg über einen Beitrag Berlins zu den Schullastkosten. Lichtenberg hatte ursprünglich von Berlin einen Zuschuß zu den Säulunterhaltungskosten gefordert und begründete seinen Anspruch damit, daß viele Väter Lichtenberger Schullinder in Berlin beschäftigt seien und nur in Lichtenberg wohnen. Schon früher hatte der Bezirksauschuss durch einen Beschluß die Klage abgewiesen. Auch diesmal trat der Bezirksauschuss im Verwaltungsstreitverfahren den Ausführungen des Berliner Vertreters bei und wies die Klage Lichtenbergs kostenpflichtig ab mit der Begründung, daß Lichtenberg weder neue Lehrkräfte noch in der Kommunalverwaltung neue Beamte einzustellen genötigt gewesen sei.

Endlich erwischt wurde gestern ein Schlafstellenräuber, der viele Wirtinnen Berlins und der Vororte betrogen hat. Wir teilten wiederholt mit, daß unter verschiedenen Namen ein Mann auftrat, der den Vermieterinnen vorstahl, daß er hierher gekommen sei, um eine Stellung anzutreten und sein Gepäck noch auf dem Bahnhof liegen habe. Die Frauen halfen ihm gern aus der Verlegenheit, wenn er erzählte, daß er zur Einlösung des Gepäcks etwas Geld brauche. Zuletzt trat der Schwindler als Gasmessermesser bei der englischen Gasanstalt oder als Gasmessermesser bei der städtischen Gasanstalt in der Danziger Straße auf. Unter dieser Maske prellte er eine Vermieterin um 32 und eine andere um 50 M. Der einen gab er zur Sicherheit einen Wechsel auf die Deutsche Bank über 150 M., der natürlich gefälscht war. Unter dem Verdacht, alle diese Schwindelbeisen zu verüben, stand ein Schlosser Otto Müller, der vor zwei Jahren aus der Irrenanstalt Nienleben bei Halle entlassen ist und von fünfzehn deutschen Behörden gesucht wird. Auf diesen pochte die Beschreibung des Ganners so genau, daß man an seiner Täterschaft nicht zweifelte. Jetzt aber hat sich herausgestellt, daß der Schwindler ein Doppeltgänger und Schüler Müllers war. Der „Gasmessermesser“ hatte sich zuletzt in einen Mechaniker vom Flugplatz Johannisthal verwandelt. Unter dieser Maske miethete er bei einer Frau, die er durch seine Erzählungen vom Flugplatz sehr für sich eingewinnen verstand. Die Aussicht, durch ihren neuen Mieter auch mal nach dem Flugplatz kommen zu können, betrug die Frau, dem Herrn Mechaniker gleich 50 M. zu borgen, damit er sein Gepäck vom Bahnhof abholen könne. Sie sah den Mieter und ihr Geld nicht wieder. Gestern traf eine betrogene Frau den Ganner zufällig auf der Straße und ließ ihn festnehmen. Er entpuppte sich jetzt als ein 25 Jahre alter Rauter Gustav Rensch, der um so dreierlei auftrat, als er wußte, daß die Polizei den Schlosser Müller als Täter suchte. Rensch ist schon bestraft und wurde gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Wegen Arbeitslosigkeit ist der Fabrikarbeiter Rudolf R. aus der Wartenbergstr. 70 in den Tod gegangen. Der Lebensmüde war lange Zeit ohne Beschäftigung gewesen. Alle seine Veruche, wieder Arbeit zu erhalten, scheiterten und so reifte in dem Verzweifelten schließlich der Plan, sich ums Leben zu bringen. Gestern wurde er von seiner Wirtin im Zimmer tot aufgefunden; er hatte sich vergiftet.

Die Ausschüttung des Arbeiter-Sängerbundes (Bau Berlin) beschloß, das diesjährige Stiftungsfest bestehen zu lassen aus Künstlerkonzert, Einzelgelang und Sonderchören. Das Entree wurde auf 30 Pf. pro Person festgesetzt. Die vorläufige Abrechnung vom Sängerkongress ergab eine Einnahme von 5777,92 M., der eine Ausgabe von 4378,95 M. gegenübersteht, sodas ein Ueberfluß von 1398,97 M. verbleibt. Dem Arbeiter-Samaritaner-Bund wurden 150 M., dem Arbeiter-Schwinmerbund 75 M. überwiesen. Allgemein gerügt wurde die verpöbelte Abrechnung einzelner Vereine. Der Protest des Vereins „Liederlust“ gegen keinen Ausschuss wurde zurückgewiesen und der Ausschuss aufrechterhalten. Ueber eine Beschwerde des Vereins „Sangesfreude“ in Brandenburg ging der Ausschuss zur Tagesordnung über. Die Beiprechung über den Gemischten Chor wird zur nächsten Sitzung vertagt. Sodann wurden die Vereine aufgefordert, zur nächsten Generalversammlung des Bundes Erteilung zu nehmen. Zum Schluß beschloß der Ausschuss auf Antrag des Vorstandes, der nächsten Generalversammlung zu empfehlen, den Vorkont gegen den Berliner Volksschor aufzuheben.

Der „Männerchor Ost“ (M. d. D. Arb.-S.-V.) veranstaltet am Sonntag, den 30. Oktober, in Preyers Festsaal, Köpenicker Str. 23, einen

„Vollständigen Wiederabend“. Mitwirkende sind: Neues Berliner Konzertorchester, Konzertfängerin Marga Blume (Sopran). Am Klavier: Konzertmeister Dr. Blume. „Räumerchor Df.“. Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen.

Geht in einem Kinematographentheater. Kurz vor Schluss der Vorstellung brach gestern abend 11 Uhr in dem Kinematographentheater „Monopol“ in der Petersburger Str. 20 ein Brand aus, der leicht verhängnisvolle Folgen hätte haben können. Als schon ein Teil des Publikums das Theater verlassen hatte, entzündete sich plötzlich im Apparatraum ein Film unter heftiger Flammenentwicklung. Die noch anwesenden Zuschauer strömten nach dem Ausgang und erreichten auch noch glücklich das Freie. Nur ein 16-jähriges Mädchen Frida Roz aus der Eberthstr. 9, das in den ersten Reihen des Zuschauerraumes gesessen hatte, erkrankte infolge der Einatmung von Zinkoxyddämpfen unter heftigem Erbrechen. Es wurde sofort nach der Unfallstation in der Warthauer Straße geschafft, wo es sich nach kurzer Behandlung wieder erholt. Die Abkühlung des Brandes wurde von dem Automobilzug aus der Schönhauser Straße ausgeführt.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Die Angst vor dem Siege der demokratischen Parteien veranlaßt die Organe zu den armseligsten und lächerlichsten Mitteln zu greifen. Die Lügen über die „Mißwirtschaft der sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit in Offenbach“ haben durch den glänzenden Sieg unserer Genossen in Offenbach bei den stattgehabten Gemeindevahlen jede Wirkung verloren. Die Hoffnung, mit diesem Märchen auf die Gemüter des Bürgertums wirken zu können, hat sich durch diesen Sieg in ein leeres Nichts verflüchtigt. Es muß deshalb neues Material herangeschafft werden, um den möglichen Sieg der demokratischen Parteien unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verhindern. Mit sachlichen Argumenten können die Herren den Wahllampf nicht führen. Je näher der Tag der Wahl kommt, um so wichtiger werden Kampfmittel. Die Witz und Genossen finden jedoch sehr schwer brauchbares Material für ihre demagogische Tätigkeit; was nur einigermaßen brauchbar erscheint, wird kritisch verworfen. Der Zweck heiligt die Mittel! Das die Schriften des Reichsverbandes auch für die neuesten Scläger die Quellen sind, aus denen geschöpft wird, beweist an sich schon, wieviel Vertrauen und Glaubwürdigkeit der ganzen Sache beizumessen ist. Aber selbst wenn die Behauptungen des Herrn Witz so wahr wären, wie sie wahrscheinlich nicht sind, wüßte das immer noch kein Vergleich für Rigdorf sein. Wenn Herr Schod ein Verehrer der Triole ist, ist damit etwa bewiesen, daß auch Herr Witz sich in triolentester Weise betätigt? Ganz allgemein wird da behauptet, daß in „einigen Städten“ eine demokratische Mehrheit war, die dies und jenes tat. Nichts Ehrenfrühes, oder gar etwas, wogegen die Aufsichtsbekörde einschreiten mußte. Mit nichten! Zur Zeit der Judenverfolgung in Rußland setzte die demokratische Mehrheit einer deutschen Stadt (welche, wird wohlweislich verschwiegen) den Antrag durch, für die russischen Juden 1000 R. Unterstützung zu bewilligen. Bald darauf stellten die Sozialdemokraten den Antrag, der auch angenommen wurde, den notleidenden Revolutionären 2000 R. zu geben! Was Beweise für die Schlechtigkeit und mangelnde Gewissenhaftigkeit der demokratischen Mehrheit. Die Armseligkeit dieser „Argumente“ wirkt nur mittelbar erregend. Komisch ist die Steigerung des Herrn Witz, daß er kein Antisemit sei, denn: „In Wirklichkeit habe er noch keinem Menschen seine Ansichten und Meinungen bekanntgegeben und wisse daher nicht, weshalb man ihn als Antisemiten bezeichne“. Ein empfehlenswerter Kandidat, der nach seinem eigenen Geständnis keinem Menschen seine Ansichten und Meinungen bekanntgibt. Im übrigen hält er sich selbst für den starken Mann, vor dem die Sozialdemokratie Angst hätte. Diese Ueberhebung kann doch nur höchstens eine komische Wirkung erzielen.

Nur kurzer Freiheit sollte sich ein Flüchtling erfreuen, der aus dem Rigdorter Untersuchungsgefängnis entkam. Der Dachdecker Richard Klamp hatte wegen einer Reihe schwerer Diebstähle eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen. Vorgestern gelang dem Häftling ein verwegener Fluchtversuch. Er kletterte am Dächlerer entlang nach dem Dach hinauf und an der Dachrinne entlang gelangte er nach der Außenseite an der Füllstraße. Lange sollte die Freiheit nicht währen. Schon gestern wurde der Flüchtling, der noch anderthalb Jahr Gefängnis abzusitzen hatte, wieder ergriffen und eingeliefert.

Wilmerdorfer-Halensee.

Das Parteiregiment in der Stadtverordnetenversammlung. Das arbeitserfindliche Wirken der jetzigen Stadtverordnetenmehrheit tritt in einem Vorgange zutage, der sich kürzlich im Wahlausgange der Stadtverordnetenversammlung abgepielt hat. Es wurde bisher mit peinlicher Strenge der Grundsat in Stadtparlament betätigt, daß alle im Bereich sozialdemokratischer Gesinnung stehenden Einwohner von kommunalen Ehrenämtern auszuschließen seien. Dieser Grundsatz widerstreitet zwar nicht nur allem Gerechtigkeitsempfinden, sondern schlägt auch dem Vorwurfe der preußischen Verfassung ins Gesicht; aber in Wilmerdorf macht man das nun einmal so. Vor einigen Monaten aber trat ein unangenehmer Fall an die Wilmerdorfer Stadtverwaltung heran. Die Ortskrankenkasse, in der, nebenher bemerkt, die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer durchaus harmonisch nebeneinander wirken, hatten beim Magistrat den Antrag gestellt, daß zwei ihrer Vorstandsmitglieder in den städtischen Wohlfahrtsausschuß aufgenommen werden möchten. Der Magistrat erklärte grundsätzlich den Antrag für berechtigt und hatte auch nichts dagegen einzumenden, daß außer einem Arbeitgeber der Vorsitzende der Kasse zu diesem Amt präsentiert wurde. Immerhin mußte Stadtrat Steinborn als der in Betracht kommende Delegierte dem Wahlausgange der Stadtverordnetenversammlung die Angelegenheit vortragen. Hier kam es jedoch zu den heftigsten Vorwürfen gegen den Stadtrat. Kammerlich hatte er aus dem Munde des Stadtverordnetenvorstehers Dr. Leidig eine Standrede darüber anzuhören, daß den städtischen Körperschaften zugemutet werden sollte, einen Mann wie den Vorsitzenden der Ortskrankenkasse zum Mitgliede einer städtischen Deputation zu ernennen. Allerdings konnten keinerlei Einwendungen gegen die moralische und technische Befähigung der Vorgesetzten erhoben werden; aber man erfuhr, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei als Mitglied angehört, und diese Tatsache genügt, um den Vorschlag des Magistrats zu Fall zu bringen. Der Antrag der Ortskrankenkasse wurde völlig verworfen.

Dieser empörende Vorgang bildet zwar eine drastische Beleuchtung des bekannten Vorwurfs, daß die Sozialdemokratie es sei, die politische Gesichtspunkte in die kommunale Wirkksamkeit hineintrage. Auch erklärt er zur Genüge die oft an dieser Stelle hervorgehobenen Mißstände im Wilmerdorfer Kommunalwesen. Denn wie soll eine großzügige Behandlung der Gemeindeangelegenheiten möglich sein, wenn der Ausschuss der beständigen Schichten, der unter Ausnutzung aller Ungerechtigkeiten des Dreiklassenwahlrechts das Heft in Händen hat, grundsätzlich etwa die Hälfte aller Gemeindevorwähler von kommunalen Ämtern ausschließt?

Aber deutlich genug zeigt die Niederlage des Magistrats, wohin es führt, wenn eine aus den reichsritztlichen Elementen zusammengesetzte Körperschaft nach Willkür wählen und wählen kann. Die

vom Wahlausgange verübte Handlung wird die Bevölkerung Wilmerdorfs darüber aufklären, wessen sie sich zu versehen hat, wenn der bisherigen Wirtschafft kein Ziel gesetzt wird. In der Hand der Wähler liegt es, bei den Stadtverordnetenwahlen dieses Jahres dem jetzigen Treiben ein Ende zu machen. Wenn es gelingt, durch eine intensive Agitationsarbeit den Sieg der von den Sozialdemokraten und Demokraten aufgestellten Kandidaten herbeizuführen, dann wird der von ihnen ausgeübten Kontrolle Vorgänge der hier gefährdeten Art hinfür unmöglich. Dem reaktionären Parteiregiment in der Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung muß ein Ziel gesetzt werden, — und das kann die Bevölkerung, wenn sie die sozialdemokratischen Wählerkandidaten Wilhelm Schröder und Oskar Kiesel und die demokratischen Hausbesitzerkandidaten Emil Lazarus und Friedrich Floto als Vertreter der dritten Abteilung am 8. November ins Stadtparlament wählt.

In Gemeinschaft mit der Demokratischen Vereinigung veranstaltet die Sozialdemokratie am Dienstag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr im Gesellschaftshause, Wilhelmstraße 112, eine Volksversammlung. Es sprechen hier von unserer Partei Stadtverordneter Eduard Bernstein, von der Demokratischen Vereinigung Dr. Reichsheimler, Die Reaktion im Wilmerdorfer Stadtparlament.

Charlottenburg.

Mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen beschäftigt sich eine Kommunalwählerversammlung, welche am 25. d. M. im Volkshause stattfand. Der Referent, Genosse Dr. Vorchard, beleuchtete drastisch die Mißständigkeit der bürgerlichen Mehrheit des Stadtparlamentes, hauptsächlich auf sozialpolitischem Gebiete. Wohl haben speziell die liberalen Parteien, wenn eine Wahl bevorsteht, in ihren Flugblättern alle möglichen sachlichen Forderungen. Wenn es aber dann mal heißt nur eine dieser Forderungen zu verwirklichen, dann verlassen diese Liberalen immer. Die werksfähige Bevölkerung aber müsse sich dabei bewußt sein, daß ihre Interessen nur von den Kandidaten der Sozialdemokratie vertreten werden; für letztere einzutreten, müsse daher die Pflicht eines jeden einzelnen sein.

Kalkberge-Rüderdorf.

Unerhörte Grabschändungen sind aus dem hiesigen Gemeindefriedhof verübt worden. Durch bisher unermittelt gebliebene Täter wurden eine ganze Anzahl von Gräbern demoliert. Denkmäler wurden umgestürzt und zerstört, Blumen und Kränze aus den Hügelchen herausgerissen und andere Beschädigungen angerichtet. Man hofft mit Hilfe eines Polizeihundes, den Vandalen auf die Spur zu kommen.

Treptow-Baumshulenberg.

Aus der Gemeindevorstellung. Der bei der Wahl an Stelle des für ungültig erklärten Mandats unseres Genossen Henkel gewählte Gemeindevorordnete Architekt Kroeber wurde in sein Amt eingeführt. Hieraus teilte der Bürgermeister mit, daß die Gemeinde Treptow am 1. Oktober d. J. 26 187 Einwohner hatte. Der Zugang betrug am 1. Oktober d. J. 1081 Personen. Vom Lehrverein war eine Petition eingegangen, in der ersucht wird, daß da Treptow in die Ortsklasse a eingereiht sei, die Bezüge wie in Berlin zu gestalten. Die Petition soll demnächst geschäftsmäßig behandelt werden. Zum Schiedsmann wurde Herr Schiedsmannbesitzer Lande, als Mitglied der Gesundheitskommission die Herren Müller und Hagemann gewählt. In den, nach dem Ortsstatut gegen die Verunstaltung von Straßen und Plätzen zu bildenden Sachverständigenrat, wurden Gemeindevorordnete Kroeber, Baumeister Peters und Stadtbaurat Kiel aus Rigdorf gewählt. Die Gemeindevorstellung für das Jahr 1909 lag zur Einsicht der Gemeindevorordneten aus. Danach betrug die Einnahme 2 485 077,81 Mark, die Ausgabe 2 811 101,89 Mark. An Einnahmen stehen noch aus 897 169,10 Mark, an Ausgaben 868 439,08 Mark. Der Bestand beträgt demnach 204 775,44 Mark. Die Wertungsschulden betragen 1909 eine Einnahme von 137 627,19 Mark. In die Rechnungsprüfungskommission wurde außer dem Schöffen Herrn Dr. Salomon unser Genosse Carow und Herr Hartroth gewählt. Die Kosten für einen vierten Desinfektor wurden bewilligt. Die 1. Gemeindevorstellung ist von der Bouchéstraße nach der Kiehlstraße verlegt worden. In der Bouchéstraße wurde die 5. Gemeindevorstellung mit vorläufig sechs Klassen eingerichtet. Ein Rektor ist für diese Schule nicht bestellt. Herr Rektor Dammebaum soll die Rektoratsgeschäfte für eine Vergütung von 30 Mark pro Jahr und Klasse vorläufig mit übernehmen. Für jede Gemeindevorstellung ist ein Arzt angestellt, derselbe erhält für seine Tätigkeit pro Kind und Jahr 60 Pf. Der Vertrag soll grundsätzlich mit jedem Arzt nur für eine Schule abgeschlossen werden. Mitgeteilt wurde hierzu, daß Treptow zurzeit 64 Volksschulklassen mit durchschnittlich 41 Schüler pro Klasse hat. Ein Antrag des Genossen Carow, der Gemeindevorstand möge für eine weitere ärztliche Behandlung der erkrankten Schüler Mittel bereit stellen, wurde angenommen. Einer Polizeiverordnung über die Errichtung von Brunnen wurde zugestimmt. In derselben wird die Entfernung der Dungguben, Gullys sowie die Tiefe und Errichtung der Drinnen geregelt. Das Gehalt eines besoldeten Schöffen wurde auf 5000 Mark, steigend von drei zu drei Jahren um 600 Mark, bis 8000 Mark festgelegt. Die Einstellung eines Tiefbauamts, welchem gleichzeitig die Überwachung der Kanalisation und der Straßenreinigung übertragen werden soll, wird beschlossen. Das Gehalt für diese auf das Extraordinarium zu übernehmende Stelle ist auf 4500 Mark festgesetzt.

Lichtenberg.

Der Turnverein „Lichtenberg“ (M. d. K. L.) feiert am Sonntag, den 29. Oktober, im Lokale des Herrn H. Schwarz, Mühlendammstraße 25/26, sein fünfziges Stiftungsfest mit reichhaltigem Programm. Da der Verein bei Arbeiterfestlichkeiten mitwirkt, hofft derselbe, daß die Genossen durch regen Besuch das Fest unterstützen.

Dabendorf bei Jossen.

Die letzte Versammlung des hiesigen Wahlvereins beschäftigte sich mit dem Wogeburger Parteitag. Der Referent Genosse Will schilderte in eingehender und temperamentvoller Weise die Vorgänge auf dem Parteitage. Eine Resolution, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärte, gelangte zur Annahme. Diskussion fand nicht statt. Angenommen wurde eine Genossin. Zu Neuwahlen wurden die Genossen Schwach und Vordfeld, zum Mitglied der Lokalkommission Genosse Förster, zum Agitationsleiter Genosse Ralle gewählt.

Oris-Budow.

In der Sonntagnummer des „Vortages“ heißt es in dem Bericht über eine Versammlung unter freiem Himmel, daß der Arbeiterbildungsverein kein Lokal für öffentliche Versammlungen zur Verfügung stände. Das ist ein Irrtum, denn die Oriser Lokale sind sämtlich frei. Der Satz bezieht sich vielmehr auf die Budower Versammlungslokale, deren Inhaber der Arbeiterbildungsverein immer ihre Räumlichkeiten verweigern. Hoffentlich sorgen die Genossen durch Weiden derartiger Lokale dafür, daß der Mangel bald beseitigt wird.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Großer, Martin-Luther-Straße 51: 2. Vortragsabend über „Einführung in die moderne Gesellschaftskunde“. Teilnehmern sind noch in der Expedition, Kastanien-Luther-Straße 51 erhältlich.

Altenhof. Am Sonntag, den 29. Oktober, hält die „Freie Jugendorganisation“ zu Romanes für Kinderbegünstigten ab. Ausgeführt werden soll: „Zwölf Jahre Verbannung“ oder „Zwei Angekommenen Geliebte“, in 12 lebenden Bildern, mit Registralen von Schöola. Zur Verschönerung des Abends wird der Gesangsverein „Freier Männerchor“ und die Kapelle des Herrn Musikdirektors Köhler mit. Wir bitten die Genossinnen und Genossen um zahlreichen Besuch. Der Jugendausgänger.

Aus aller Welt.

Wenn Schutzleute schießen.

Der Schießprügel ist in der Hand von Schutzleuten eine gefährliche Waffe. Weniger, weil die Schutzleute so trefflichere Schützen sind, als vielmehr, weil erregte Hüter der Ordnung sehr geneigt sind, eingebildete Gefahren zu sehen und dann im Besitze von Brownings strotzen darauf los zu laufen und friedfertige Passanten in Lebensgefahr bringen können. Aber nicht nur das „Bivliistenpad“ wird durch schießende Schutzleute in Gefahr gebracht, sondern auch die eigenen Kameraden haben unter der Ungeschicklichkeit von Schutzleuten zu leiden. Ganz eigenartige Schießübungen scheinen es gewesen zu sein, über die eine telegraphische Meldung aus Nürnberg berichtet. Danach wurde bei Schießübungen der dortigen Schützmannschaft ein Schützmann durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt, ein Wachtmeister erlitt leichte Verletzungen an der Hand. Ob die beiden vielleicht Demonstranten markieren sollten? Im Interesse der öffentlichen Sicherheit ist immer wieder zu fordern: Fort mit den Schußwaffen bei Schutzleuten!

Wieder ein tödlicher Absturz.

Fast kein Tag vergeht in der letzten Zeit, ohne daß schwere Unglücksfälle von Aviatikern zu verzeichnen sind. Auch gestern wieder ist ein Flugkünstler, der italienische Genieutenant Joseph Soglietti, abgestürzt und dabei tödlich verletzt worden. Der Verunglückte hatte auf dem Militärflugfelde bei Rom einen Rundflug unternommen, beim Niedergehen des Aeroplans verlor er das Gleichgewicht und stürzte mit dem Apparat ab. Wie gemeldet wird, hat der Verunglückte die drohende Gefahr 15 Meter vom Erdboden bemerkt und vergeblich versucht, den Apparat wieder in das Gleichgewicht zu bringen. Als ihm das nicht gelang, versuchte er, dicht über dem Erdboden abzuspringen, aber der Aeroplan riß ihn um und fiel auf ihn. Man fand Soglietti unter dem Trümmern mit dem Gesicht auf der Erde liegend. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus ist er seinen schweren Verletzungen erlegen.

Der Ballon „America“ gelandet.

Der letzte an der Gordon-Bennett-Fahrt beteiligte und vermehrte Ballon „America“ ist, wie ein Telegramm aus New York meldet, am Peribonkafusse nördlich vom Chitongasse in Kanada gelandet. Die Insassen des Ballons haben den Michigansee und die Waldungen im nördlichen Quebec in schöner Fahrt überflogen. Am 19. Oktober nachmittags gerieten sie in einen Sturm, der sie zwang, auf einem unbekanntem, 1500 Fuß hohen Berg zu landen. Die Luftschiffer verbrachten dann die Nacht in der Gondel und brachen am folgenden Morgen zu Fuß auf, um in bewohnte Gegenden zu kommen. Am vierten Tage trafen sie einige kanadische Jäger, die sie in einem Stano nach St. Ambrose überführten, wo sie eintrafen, ohne ersten Schaden erlitten zu haben. — Der Ballon ist durch seine Fahrt Gewinner des ersten Preises des Wettfliegens geworden. Die „America“ hat während ihrer Fahrt 1855 englische Meilen durchflogen. Den zweiten Preis erhielt der deutsche Ballon „Düsseldorf“, der 1230 Meilen flog.

Die Leiche im Leierkasten.

In der serbischen Stadt Nisch wurde der Drehorgelspieler Petrowitsch angehalten, da die ungewöhnliche Form seiner Drehorgel und der entsetzliche Gestank des Gefährts auffiel. Man fand unter dem Deckel der Drehorgel auf dem Mechanismus eine mit Kalk bedeckte weibliche Leiche, und Petrowitsch gestand, seine Frau vor vier Monaten im Streit erschlagen zu haben. Seitdem habe er die Leiche mit sich im Leierkasten herumgeführt.

Kleine Notizen.

Ein schwerer Bauunfall ereignete sich gestern vormittag in Frankfurt a. M. Dort stürzte der mittlere Teil eines Neubaus an der Seckbacher Landstraße in sich zusammen. Ein Arbeiter wurde getötet, drei Arbeiter trugen schwere, mehrere andere leichte Verletzungen davon.

Auf dem Wälgwerk der Gute Hoffmannshütte in Sterkrade stürzte ein glühender Eisenblock auf die mit ihm beschäftigten Arbeiter. Einer der Arbeiter wurde vollständig verbrannt und getötet; ein zweiter erlitt schwere Brandwunden.

Erdbebewandlung. Der Seismograph der Kaiserlichen Erdbebenwarte registrierte Mittwoch nachmittags ein Erdbeben, dessen Herdbühn 1400 Kilometer betrug. Das Beben begann um 4 Uhr 40 Minuten und endete 5 Uhr 30 Minuten. Bisher liegen Nachrichten über ein Erdbeben, das mit dem gemeldeten identisch ist, nicht vor.

Ein Opfer des Frostes. Der Hofmeister Köpcke aus Charlottenhof bei Reinfeld in Pommern hatte am Mittwochabend einen Gasthof verlassen und wurde seitdem vermisst. Gestern morgen wurde er erstoren aufgefunden.

Ein verheerender Brand ist in dem Gebäude der medizinischen Fakultät an der Toulouser Universität ausgebrochen. Das Feuer hat bereits die Bibliothek eingeäschert, wüthet aber noch fort.

Gavarie des Luftschiffes der Morning-Post. Bei dem Einbringen des Morning-Post-Luftschiffes in seinen Schuppen in Widdershoff nach dem Fahrt von Paris riß das Luftschiff gegen einen Trageballen, der seine Hülle erschüt und aufschlug. Die Hülle fiel mit einem Knall in sich zusammen, doch wurde niemand verletzt.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. d. 29. Hamburg). Rühle Baumshulenberg. Sonntag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Rading, Baumshulenbergstraße 67: Mitgliederversammlung.

Kunstlicher Marktbericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktballen. Markttag: Freitag, 26. Oktober, Geschäft: schlecht, Preise unverändert. Bild: Zufuhr genügend, Geschäft: reger, Preise fast unverändert. Geschäft: Zufuhr reichlich, Geschäft: lebhaft, Preise fast. Fisch: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft: ruhig, zum Teil schwebend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft: ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, besonders in Blumenkohl, Geschäft: anhaltend still, Preise gedrückt.

Witterungsübericht vom 27. Oktober 1910, morgens 8 Uhr.

Station	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. u. °C = °F	Station	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. u. °C = °F
Stromsche	771.00	3	bedekt	1	Padernsda	767.50	bedekt	-1			
Hamburg	769.00	3	bedekt	2	Berensburg	772.50	3	Regen	2		
Berlin	769.00	3	bedekt	3	Schiff	769.00	7	bedekt	13		
Frankfurt	765.00	3	Dunst	4	Worms	769.00	3	bedekt	10		
München	767.00	4	bedekt	3	Bairn	768.00	3	bedekt	10		
Wien	769.00	3	bedekt	5							

Wetterprognose für Freitag, den 28. Oktober 1910.

Trocken und teilweise heller, nachts kalt, am Tage etwas wärmer bei trüblichen stürmischen Winden. Berliner Wetterbureau.